



# dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 14 • NOVEMBER 2015 • HERAUSGEGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Den Blick weiten – von den Jugendlichen  
ausgehen – Angebote überprüfen

Nicht (mit uns) verbunden –  
Jugendliche jenseits des Hilfesystems

Was kann und muss die Jugendhilfe  
von Systemsprengern/-innen lernen?

---

**Abgewandt? Schwierig? Eigensinnig?!  
Jugendliche, die aus unserem Rahmen fallen**

---



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Jugendliche haben ihren eigenen Kopf – nicht umsonst ist die Jugendphase nicht einfach nur der Übergang von der Kindheit zur Erwachsenenwelt, sondern eine Phase der Orientierung und des Austestens, um den eigenen Weg zu finden. Und manchmal ist es nur ein schmaler Grat zwischen jugendlichem Eigensinn einerseits und der Gefahr andererseits, auf dem Weg durch das Bildungs- und Ausbildungssystem zu scheitern. Weil junge Menschen sich nicht in unseren Rahmen pressen lassen wollen – oder auch Angst haben, den vielen Anforderungen nicht zu genügen? Auch Angebote der Jugendsozialarbeit, die Unterstützung geben wollen, werden abgebrochen oder am Ende sogar verweigert – vielleicht oft zu Recht, weil sie zu konfektioniert sind und wir die wirklichen Antworten gar nicht haben ... Müssen diese Jugendlichen sich ändern, um in unser System zu passen, oder muss der Rahmen vielleicht auch hinterfragt werden? Sind die Fachkräfte in der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit gut genug vorbereitet auf solche „Systemsprenger/-innen“?

Jeder Mensch ist anders – soziale Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Migrationserfahrungen, religiöse und kulturelle Identität prägen unser Aufwachsen in der Gesellschaft und geben uns unsere ganz eigene Persönlichkeit. Junge Menschen benötigen in dieser Orientierungsphase Freiräume, um sich auszuprobieren, um eigene Entscheidungen zu treffen und deren Konsequenzen zu erleben. Besonders Jugendliche mit verschiedenen sozialen Problemlagen und Benachteiligungen sind auf Begleitung und Unterstützung angewiesen.

*In dieser Ausgabe zeigen wir, wie es gelingen kann, auch Jugendliche abseits unserer normierten Vorstellungen als Zielgruppe der Jugendsozialarbeit wahrzunehmen und Angebote zu entwickeln, die den Fachkräften neue Handlungsmöglichkeiten für ihre Arbeit mit den jungen Menschen an die Hand geben.*

Die Angebote in der Jugendsozialarbeit müssen auch für junge Menschen, die nicht in unseren Rahmen passen (wollen), passender gemacht werden – damit alle Jugendlichen Unterstützung auf ihrem Weg von der Schule in Ausbildung und Beruf erhalten.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

*Doris Beneke*

*Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit*



# Inhalt

## DIE ANALYSE

Den Blick weiten – von den Jugendlichen ausgehen – Angebote überprüfen Jugendsozialarbeit braucht ein lebensweltlich orientiertes Jugendintegrationskonzept	Christine Müller und Franziska Schulz	4
(Lebens-)Welten von Jugendlichen sind bunt – Jugendforschung und Jugendhilfe müssen diese Vielfalt abbilden	Nora Gaupp	10
Schwer erreichbare junge Menschen als Herausforderung für die Jugendsozialarbeit	Yvonne Kaiser	15
Partizipation in der Jugendsozialarbeit: Auftrag, Prinzip oder Vision?	Thorsten Bührmann	20
Nicht (mit uns) verbunden Jugendliche jenseits des Hilfesystems und Anforderungen an Fachkräfte	Monika Rosenbaum	25

## KONTRAPUNKT

Was kann und muss die Jugendhilfe von Systemsprengern/-innen lernen?	Frank Mücher	30
--	--------------	----

## VOR ORT

„Früher habe ich mir nichts zugetraut!“ Wie das Kölner Programm „Rückenwind“ Schulverweigerer/-innen in den Lernalltag integriert	Rebekka Sommer	35
Das Leben wieder auf die Reihe bekommen ... Schutz und Unterstützung für Mädchen und junge Frauen	Kristin Haug	39

## PRAXIS KONKRET

Das Zentrum für alternatives Lernen – ein schulersetzendes Angebot für Schulverweigerer/-innen im Salzlandkreis	Jana Dosdall	42
Mobile Kindersozialarbeit in Ellwangen	Zita Forster	46

## DER KOMMENTAR

Wir schaffen das!?! Junge Menschen mit und ohne Fluchterfahrungen in der Jugendsozialarbeit – ein politischer Auftrag	Christine Lohn	48
--	----------------	----

## DIE NACHLESE

Nirgendwo erwünscht	Anna Traub	51
---------------------	------------	----

Impressum	54
-----------	----

# *Den Blick weiten – von den Jugendlichen ausgehen – Angebote überprüfen*

## *Jugendsozialarbeit braucht ein lebensweltlich orientiertes Jugendintegrationskonzept*

Christine Müller und Franziska Schulz

**D**ie Lebenswelten junger Menschen sind vielfältig und sowohl durch individuelle wie auch gesellschaftliche Faktoren geprägt. In einer zunehmend heterogenen Welt werden junge Menschen vor zahlreiche Herausforderungen gestellt: Sie wünschen sich soziale Anerkennung, Freundschaft und Teilhabe.<sup>1</sup> Sie sind aufgefordert, sich durch Ausbildung, Berufswahl, Lebensstil etc. gesellschaftlich zu positionieren. Erfahrene Ausgrenzungen und Statuszuweisungen durch die Zugehörigkeiten zu unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus zwingen die Jugendlichen dazu, subjektive Strategien des Umgangs damit zu entwickeln. Diese Strategien entsprechen nicht immer der gesellschaftlichen Vorstellung von Normalität (z. B. Gewalt, Verweigerung, Widerstand, Provokation). Durch Zuschreibungen und Bilder über Jugendliche – diejenigen, die „Jugend als Problem“ darstellen – werden oftmals gesamtgesellschaftliche soziale Probleme als individuelle Angelegenheiten der Jugend definiert und dabei die politischen und strukturellen Verhältnisse ausgeblendet.<sup>2</sup>

Der Anspruch an die Jugendsozialarbeit als Teildisziplin der Jugendhilfe ist hoch: Soll sie doch einen Beitrag zur Bewältigung sozialer Problemlagen leisten, die Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten der Adressaten/-innen erweitern, Benachteiligungen vermeiden oder abbauen und somit insgesamt zu sozialer Gerechtigkeit beitragen.<sup>3</sup>

Die oben skizzierte Komplexität der sozialen Wirklichkeit von Jugendlichen stellt vielfach gängige pädagogische Ansätze und Konzepte auf den Prüfstand. Die soziale Wirklichkeit von Jugendlichen ist nämlich nicht nur das Ergebnis individueller Identitätsentwicklungen, sondern auch Folge gesellschaftlicher Diskriminierungsstrukturen, die in der Arbeit mit den Jugendlichen verstanden und bearbeitet werden müssen. Die Jugendsozialarbeit steckt immer auch in einem Dilemma: Einerseits will sie gesellschaftlich integrieren, andererseits kann sie an den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst nichts ändern. Einerseits will sie anwaltschaftlich auf der Seite der Jugendlichen tätig sein, andererseits ist sie eng im Widerspruch von



Hilfe und Kontrolle verstrickt. Im Rahmen des breit geführten Diskurses über Fördern und Fordern schwingt auch immer die Frage nach der eigenen Verantwortung der Jugendlichen für ihre Situation mit, während gesellschaftlich übergeordnete Prozesse eher ausgeblendet werden.<sup>4</sup>

## Gesellschaftliche Veränderung oder soziale Integration – das Dilemma der Jugendsozialarbeit

Wie können individuelle Problemlagen und die gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen von jungen Menschen analysiert und differenziert werden? Welche Angebote fördern Motivationen, Orientierungen und Handlungsfähigkeiten, welche verfestigen eher die bestehende Benachteiligung durch weitere Zuschreibungen? Die wissenschaftlichen Diskurse um den Le-

benslagenansatz, den Capability Approach und die Intersektionalität bieten hier eine gute Annäherung. Die LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW hat Aspekte dieser Theorien in einem Jugendintegrationskonzept<sup>5</sup> zusammengeführt und in den letzten Jahren in Projekten und Arbeitsgruppen praktisch weiterentwickelt. Das Jugendintegrationskonzept versucht, die Bündelung und Integration der Bedarfe (besonders zu fördernder) junger Menschen und entsprechender Angebote und Leistungen nicht allein auf rechtlicher Ebene zu klären, zusammenzuführen und zu realisieren; es greift vielmehr auch in seinem inhaltlichen Ansatz pädagogische, sozialetische und praxisbezogene Implikationen auf und verknüpft sie mit den bestehenden Bedingungen des Bildungssystems und des Arbeitsmarktes. Einen weiteren Schwerpunkt des Jugendintegrationskonzepts bildet die Analyse von Möglichkeiten und Spielräumen bestehender Hilfen und Angebote der Jugendsozialarbeit bei der Unterstützung junger Menschen und von Hindernissen, die die notwendige Kooperation von Akteuren der Jugendhilfe mit anderen Institutionen erschweren, bspw.

---

mit der Justiz, den Verwaltungsbehörden, den Grundsicherungsträgern, den Arbeitsagenturen, den Schulen etc.

## Der Lebenslagenansatz – Teilhabe junger Menschen im Mittelpunkt

Der Lebenslagenbegriff entstammt ursprünglich der soziologischen Armutsforschung und stellt in Abgrenzung zu den bisherigen Vorstellungen einer Leistungs- oder Verteilungsgerechtigkeit die individuellen Handlungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten junger Menschen als zentrale Inhalte in den Mittelpunkt der Analyse: Welche Ressourcen für Menschen im sozialen Raum sind tatsächlich zugänglich und können individuell in Anspruch genommen werden bzw. werden durch gegebene gesellschaftliche Strukturen begrenzt?

Merkmale, die die jeweilige Lebenslage eines Menschen kennzeichnen, sind bspw. (Rechts-)Status und Rechtslage, Bildung, Arbeit, Alter, Wohnort/-raum und räumliche Anbindung, soziale Herkunft, soziale Mobilität und Netzwerke, familiäre Situation, Einkommen und Vermögen, soziale und gesellschaftliche Teilhabe, psychische und physische Gesundheit, Wertvorstellungen, Alltagskompetenzen, Selbstvertrauen und Auftreten, Sicherheit, Prestige, Entscheidungsbefugnisse etc. Die individuellen Merkmale bzw. Voraussetzungen tragen dazu bei, an welchen Ressourcen ein Mensch teilhat und inwiefern er in spezifischen Gruppierungen oder Organisationen einbezogen oder ausgeschlossen wird, was sich wiederum auf seine Lebenssituation auswirken kann.

## Intersektionalität – Eine Sicht auf dynamische Benachteiligungsmechanismen

Die bereits im Lebenslagenansatz angelegte Verknüpfung von Benachteiligungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen wird durch die Perspektive der Intersektionalität weiter konkretisiert und lässt eine noch differenziertere Wahrnehmung von Jugendlichen zu. Soziale Positionierung erfolgt durch Grenzziehungen in der Gesellschaft: Entscheidend ist, wer dazugehört und wer nicht – und aufgrund welcher Kategorien. Geschlecht/Gender, Klasse/Schicht und Migration/Ethnizität formen grundlegende Strukturen in gesellschaftlichen Systemen und haben einen bedeutenden Einfluss auf die Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung. Das Konzept der

Intersektionalität verfolgt den Anspruch, der Komplexität der Lebenswirklichkeiten von Menschen gerecht zu werden und damit der sozialen Realität in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen. Kriterien für soziale Benachteiligung werden nicht isoliert voneinander betrachtet, da sie in Wechselwirkung zueinander stehen.

Damit bietet eine intersektionale Perspektive die Möglichkeit, die Lebenslagen der Jugendlichen nicht statisch und abgeschlossen zu denken, sondern Querverbindungen zwischen Ausgrenzungsmechanismen und Benachteiligungen aufzudecken und als Folge der Analyse entsprechende Veränderungspotenziale herauszuarbeiten: Der Bildungserfolg von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte wird beispielsweise häufig immer noch nach kulturellen Faktoren beurteilt („In der muslimischen Kultur spielt Bildung für Frauen kaum eine Rolle, da sie sowieso heiraten.“). Über die soziale Kategorie „Ethnizität“ wird auf problematische soziale, politische, ökonomische und kulturelle Entwicklungen und Prozesse geschlossen. Das Thema „materielle Armut“ wird jedoch in diesem Zusammenhang meist nicht aufgegriffen, obwohl Studien belegen, dass Schüler/-innen mit besserem sozioökonomischem Status im Schulkontext generell weniger Schwierigkeiten bzgl. Schulanforderungen haben. Da insbesondere Familien mit Zuwanderungsgeschichte stärker von Armut bedroht sind, findet eine Mehrfachdiskriminierung durch die Überschneidung der Kategorien Ethnizität, Religion, Geschlecht und sozialer Status (Klasse) statt.

## Der Capability-Ansatz – Handlungsmöglichkeiten als zentraler Fokus

Der Lebenslagenbegriff wurde u. a. durch den Capability-Ansatz des indischen Ökonoms Amartya Sen weiterentwickelt, der die Frage nach „einem guten Leben bzw. einer gelingenden praktischen Lebensführung in den Mittelpunkt stellt“<sup>6</sup>. Dabei rückt der Capability-Ansatz (CA) die gesellschaftlichen Möglichkeiten und die individuellen Handlungs- und Selbstaktualisierungsfähigkeiten als zentrale Inhalte in den Fokus, d. h., welche Ressourcen für Menschen im sozialen Raum tatsächlich zugänglich sind und individuell in Anspruch genommen werden können. Bezogen auf den CA ist es die Aufgabe der Sozialen Arbeit, ihren Klienten/-innen zumindest ein Minimum an Verwirklichungschancen sicherzustellen. Mit ihren Angeboten kann sie weniger Lebenschancen im Sinne der Verteilung von strukturellen Ressourcen beeinflussen und nimmt pädagogisch Einfluss auf Motivationen, Orientierungen und Handlungsfähigkeiten von Personen – sie trägt also zur Lebensgestaltung und -entfaltung der Adressaten/-innen bei. Krafeld<sup>7</sup> beschreibt

## „Sich immer wieder des eigentlichen Auftrags vergewissern.“

in diesem Zusammenhang notwendige Faktoren, die bei der Befähigung zu einer gelingenden Lebensentfaltung unterstützen:

- Anerkennungsquellen, die nicht an Ungleichwertigkeit, sondern an den Menschenrechten orientiert sind
- Verwirklichungschancen aufgrund gesellschaftlicher Bedingungen, aber auch eigener Fähigkeiten
- Selbstwirksamkeitsgefühle
- wertschätzende Beziehungen

Der CA ermöglicht es der Sozialen Arbeit, eine noch stärker adressaten-/innenorientierte Perspektive einzunehmen und ihren Beitrag zur Erhöhung der Verwirklichungschancen in den Blick zu nehmen: Reflexiv muss sie sich fragen, ob die oben skizzierten Faktoren bei ihrer Zielgruppe vorhanden sind, was verschiedene Institutionen dazu leisten (können) und wie die aktuelle Situation verbessert werden kann. Einerseits stellt das die aktuellen Angebote auf den Prüfstand: Sind sie tatsächlich geeignet, die Verwirklichungschancen junger Menschen zu erweitern, d. h., Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, oder dienen sie vielmehr dazu, gesellschaftliche Zustände zu manifestieren? Andererseits kann sich die Soziale Arbeit durch diesen Ansatz noch einmal ihrer eigenen Selbstverpflichtung und gesellschaftlichen Verortung vergewissern, indem sie ihre sozialpädagogischen Angebote auf tatsächliche und zumutbare Bedingungen hin überprüft. Die Philosophin Martha Nussbaum hat den CA weiterentwickelt und eine Liste von zehn Capability-Aspekten zur Befähigung eines erfüllten menschlichen Lebens verfasst. Sozialpädagogisch relevant sind u. a. die Ausbildung sensorischer Fähigkeiten und grundlegender Kulturtechniken, die Fähigkeit zur Bindung mit anderen Menschen und die Ausbildung praktischer Vernunft sowie einer eigenen revidierbaren Konzeption eines gelungenen Lebens im Wissen um die eigenen Umstände und Wahlmöglichkeiten.<sup>8</sup>

## Das Jugendintegrationskonzept

Auch wenn Jugendhilfe, Bildungspolitik und Arbeitsmarktförderung die Notwendigkeit eines langfristigen Blicks auf die Lebenssituation und eine umfassende Förderung junger Menschen fordern, werden Gesetze und Richtlinien oftmals in einer Engführung der Ziele und Zielgruppen in Abgrenzung zu anderen Programmen und Verantwortlichkeiten formuliert. Ergebnis sind Gesetze und Förderprogramme, die um Zielgruppen konkurrieren und sich teilweise in ihrer Förderlogik widersprechen, anstatt sich zu ergänzen. Deutlich wird dies bspw. bei der Engführung der Anspruchsgrundlagen für Leistungen innerhalb des SGB II, SGB VIII und SGB XII für Menschen mit prekärem Wohnstatus. Ein weiteres Beispiel stellt die in den letzten Jahren innerhalb der Jugendsozialarbeit geführte Diskussion um das unterschiedliche und widersprüchliche

Grundverständnis des SGB II und des SGB VIII in der Förderung junger Menschen dar, das sich u. a. im Verständnis der Eigenverantwortung des jungen Menschen, des Hilfebegriffs und des Sanktionsrechts durch den Sozialleistungsträger zeigt. Spätestens in den Debatten um Vor- bzw. Nachrangregelungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) ist deutlich geworden, wie zersplittert die sozialen Rechte und Leistungen zur Förderung benachteiligter junger Menschen in den Sozialgesetzbüchern sind. Ein unübersichtliches Nebeneinander von Regelungen, Förderzielen und nicht eindeutig geklärten Verantwortlichkeiten führt dazu, dass junge Menschen immer wieder zwischen den unterschiedlichen Sozialleistungsträgern hin- und hergeschoben werden. Bereits 2005 forderte Peter Schruth auf der Tagung „U25“ der LAG KJS NRW die visionäre Idee eines Jugendgesetzes („SGB XIII“), das alle sozialen Rechte und Leistungen für junge Menschen (mit erhöhtem Förderbedarf) in einem Buch des Sozialgesetzbuches bündelt und integriert. Da diese Idee aufgrund der weitreichenden Implikationen zu diesem Zeitpunkt als nicht realisierbar erschien und immer noch in weiter Ferne ist, entwickelte die LAG KJS NRW unter Einbeziehung eines wissenschaftlichen Beirates im Jahr 2010 das Grundgerüst eines Jugendintegrationskonzeptes. Das Jugendintegrationskonzept untersucht spezifische prekäre Lebenslagen junger Menschen hinsichtlich ihrer Ausgrenzungsrisiken und der Integrationschancen durch geeignete Unterstützungsangebote. Damals neu waren die systematische Diskussion aus unterschiedlichen Perspektiven bezogen auf die Jugendsozialarbeit und der Versuch, ausgehend von den Lebenslagen die bestehende Praxis weiterzuentwickeln.

Die LAG KJS NRW hat hierfür aus dem Lebenslagenansatz Aspekte herausgegriffen, die für die Jugendsozialarbeit von Bedeutung sind und die auf den (jungen) Menschen als Handelnden fokussiert:

- Bildungsbeteiligung
- Erwerbsbeteiligung
- Integration
- Aufenthaltsstatus
- Straffälligkeit
- seelische Erkrankung, Sucht
- Überschuldung
- Wohnungslosigkeit

Alle oben genannten Lebenslagendimensionen wurden jeweils aus bildungsbezogener, arbeitsmarktbezogener, rechtssystematischer, pädagogischer, sozialetischer und praxisorientierter Perspektive betrachtet und bewertet. Für die umfassende und systematische Analyse wurden die einzelnen Lebenslagendimensionen und die darauf bezogenen gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen zunächst identifiziert und sozialpoli-



tisch bewertet, um daraus folgernd praktische und politische Handlungsbedarfe zu benennen. Die Herausforderung der systematischen Untersuchung bestand darin, die Querverbindungen und die wechselseitigen Bezüge und Abhängigkeiten der genannten Dimensionen und der gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen und Voraussetzungen herauszuarbeiten. Überschneidungen zwischen Angeboten der Jugendsozialarbeit und anderen Disziplinen der Sozialen Arbeit wie z. B. Wohnungslosenhilfe, Sucht- und Schuldnerberatung, Straffälligenhilfe, Bewährungshilfe, Hilfe zur Erziehung, Flüchtlingsarbeit, Schule und außerschulische Bildungsarbeit sowie Angebote der Arbeitsmarktintegration durch wirtschaftsnahe Beschäftigungsbetriebe traten dabei nicht zufällig auf, sondern ergaben sich aus der Natur der Fragestellung und Herangehensweise. Das Konzept beabsichtigt nicht, die Leistungen der anderen Disziplinen durch Angebote der Jugendsozialarbeit zu ersetzen. Vielmehr sollen Kooperationen dort initiiert und angeregt werden, wo Bedarf sichtbar wird, neue Angebote geschaffen bzw. Richtlinienänderungen angestoßen werden, wo junge Menschen nicht erreicht werden bzw. die notwendige Unterstützung nicht (ausreichend) zur Verfügung steht, und Kompetenzen im Umgang mit den individuellen Lebenslagen erworben werden, damit junge Menschen nicht durch das bestehende Netz fallen.

---

***„Es gilt, konkret nach Teilhabemöglichkeiten zu fragen.“***

---

Das Konzept stellt kein in sich abgeschlossenes Werk dar; vielmehr wird auch zukünftig die theoretische und praktische Ausarbeitung an Einzelthemen und -fragestellungen vertieft und weitergeführt und an Ansätzen in und für die Praxis gearbeitet. Das Jugendintegrationskonzept bleibt trotz seiner Forderungen stark im Analyserahmen, es muss durch praxisbezogene Schwerpunkte und Theorien weiterentwickelt werden.

## **Schlussfolgerungen für die Jugendsozialarbeit**

Unabhängig vom konkreten Handlungsfeld in der Jugendsozialarbeit – ob in der Beratung von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in den Jugendmigrationsdiensten, ob in der Arbeit in der Schule, in Wohnheimen oder Maßnahmen der Arbeitsförderung in der Jugendberufshilfe – soll eine lebenslagenorientierte und intersektionale Perspektive die Weiterentwicklung des jeweiligen Arbeitsansatzes so unterstützen, dass die komplexen Lebenswirklichkeiten der Teilnehmenden berücksichtigt und verstanden werden können. Ein erster Schritt ist

die kritische Analyse der eigenen Herangehensweise: Wie sieht die Lebenslage des Jugendlichen in den unterschiedlichsten Bereichen aus? Wo bedingen oder verstärken sich Probleme, z. B. im Bereich Wohnen und Bildung oder Gesundheit und Ausbildung? Welche Teilhabemöglichkeiten stehen konkret zur Verfügung? Welche Art von Benachteiligung wird mit dem eigenen Angebot angesprochen? Löst der Ansatz irgendein Problem der Jugendlichen, mit denen gearbeitet wird? Bin ich gezwungen, Zuschreibungen zu verfestigen, um damit bessere Chancen in der Beantragung von Projektgeldern zu haben? Wie stark müssen Jugendliche sich im eng abgesteckten Maßnahmealltag an die vorgegebenen Normen der Gesellschaft anpassen, ohne dass ihnen jedoch reale Chancen zur sozialen und ökonomischen Teilhabe eröffnet werden?

Diese Herangehensweise löst nicht immer direkt die Probleme der Jugendlichen, sie macht jedoch die eigene Eingebundenheit in gesellschaftliche Prozesse deutlich. Sie kann auch der Frage näher kommen, warum Jugendliche evtl. nicht (mehr) erreicht werden oder warum es trotz Verringerung von Vermittlungshemmnissen immer noch nicht mit einem Ausbildungsplatz klappt. Die theoretische Brille dient dabei als Werkzeug für blinde Flecken, bleibt aber offen für Überraschungen.<sup>9</sup> Der Capability-Ansatz kann ein Instrument sein, diese theoretische Brille durch Projekte oder direkt integriert in den „Maßnahmealltag“ praktisch umzusetzen: Kritische Jugendsozialarbeiter/-innen müssen sich – trotz oder gerade wegen der aktuellen sozial- und gesellschaftspolitischen Situation und des Diskurses über gesellschaftliche Verwertbarkeit – immer wieder ihres eigentlichen Auftrags vergewissern, indem sie einerseits vorhandene Angebote, andererseits aber insbesondere die eigene Haltung systematisch auf die Förderung von Aspekten der Lebensentfaltung der Zielgruppe hin überprüfen. Die Diskurse der Lebenslagenforschung, der Intersektionalität und des Capability Approaches können dabei eine fundierte Unterstützung sein. //

#### Die Autorinnen:

Christine Müller ist Diplom-Sozialpädagogin (FH) und Fachreferentin für Jugendmigrationsdienste bei der LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW sowie Lehrbeauftragte der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Köln und an der Fachhochschule Köln. E-Mail: [christine.mueller@jugendsozialarbeit.info](mailto:christine.mueller@jugendsozialarbeit.info)  
Franziska Schulz ist Diplom-Pädagogin und Referentin bei der LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW. E-Mail: [franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info](mailto:franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info)

#### Literatur:

DISSENS e. V. (Hrsg.) (2011): Handbuch Intersektionale Gewaltprävention – Leitlinien zur Umsetzung einer Intersektionalen Gewaltprävention (IGIV). o. O.

GROß, Melanie (2010): „Wir sind die Unterschicht“ – Jugendkulturelle Differenzartikulation aus intersektionaler Perspektive“. In: Plößer, Melanie; Kessel, Fabian (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit dem Anderen. Wiesbaden, S. 34–48.

KRAFELD, Franz Josef (2010): „Der Befähigungsansatz (Capability Approach) als Perspektivenwechsel in der Förderung junger Menschen“. In: deutsche jugend, 58. Jg., H.7–8, S. 310–317.

MÜLLER, Christine; Schulz, Franziska; Thien, Ulrich (Hrsg.) (2010): Auf dem Weg zum Jugendintegrationskonzept. Grundlagen und Herausforderungen angesichts veränderter Lebenslagen junger Menschen. Münster.

RIEGEL, Christine (2012): „Intersektionalität in der Sozialen Arbeit“. In: Bütow, Birgit; Munsch, Chantal (Hrsg.): Soziale Arbeit und Geschlecht. Münster, S.40–60.

VON LANGSDORFF, Nicole (2012): „Intersektionalitätsanalytischer Ansatz im Kontext von Jugendhilfe“. In: „Gekreuzt?!“ Intersektionalität & Soziale Arbeit. Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialarbeitsbereich. 32. Jg. Nr. 126. Dezember 2012, S.71–92.

ZIEGLER, Holger (2011): „Soziale Arbeit und das gute Leben“. In: Sedmak, Clemens et al. (Hrsg.): Der Capability-Approach in sozialwissenschaftlichen Kontexten. Wiesbaden, S. 117–138.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Dissens e. V. (2011), S. 7.

<sup>2</sup> Vgl. Groß (2010), S. 34.

<sup>3</sup> Vgl. Riegel (2012). S. 40.

<sup>4</sup> Vgl. Von Langsdorff (2012), S. 72 f.

<sup>5</sup> Die Ausführungen zum Jugendintegrationskonzept sind dem Band von Müller, Schulz und Thien entnommen (vgl. Müller; Schulz; Thien (2010)).

<sup>6</sup> Otto; Ziegler (2008), S. 9.

<sup>7</sup> Krafeld (2010), S. 315.

<sup>8</sup> Vgl. Ziegler (2011), S.132.

<sup>9</sup> Vgl. Von Langsdorff (2012), S. 87.



***(Lebens-)Welten von  
Jugendlichen sind bunt –***

***Jugendforschung und Jugendhilfe***

***müssen diese Vielfalt abbilden***

Diversitätssensible Jugendforschung beschäftigt sich mit der Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Lebenslagen Jugendlicher. Sie fragt, an welchen Stellen für welche Gruppen von Jugendlichen soziale Ungleichheiten, Benachteiligungen und Risiken sozialer Exklusion bestehen.

---

**G**ut belegt sind die – nicht immer eindimensionalen, aber wiederholt beobachteten – Auswirkungen von sozialer Herkunft und Migration. Weniger ist beispielsweise über die Bedeutung der Diversitätsdimensionen „sexuelle Identität“ oder „Aufwachsen mit Behinderung“ bekannt.

## Multiple Zugehörigkeiten charakterisieren das Aufwachsen Jugendlicher

Jugendliche leben in unterschiedlichen Jugendkulturen, hören die dazugehörige Musik, kleiden sich entsprechend und pflegen kulturelle Praxen. In diesen jugendkulturellen Lebensstilen (beispielsweise der Punks, Cosplayer, Raver, Gamer, Ökos, Gothics) zeigen sie dabei eine große Vielfalt. Jugendliche sind Angehörige einer Religion oder auch nicht, bezeichnen sich selbst als gläubig oder areligiös. Die Zugehörigkeit zu ungleichen sozialen „Schichten“ prägt ihren sozialen Alltag, bahnt bestimmte Freundschaftsbeziehungen und macht den Besuch bestimmter Schulformen mehr oder weniger wahrscheinlich. Die Beteiligung an Jugendverbänden wie der Freiwilligen Feuerwehr, der Pfadfinderschaft, der Naturschutzjugend oder der Jugendorganisation einer politischen Partei spiegelt bestimmte politisch-gesellschaftliche Einstellungen und Werthaltungen wider. Aus einer Familie zu stammen, deren Wurzeln in einem anderen Land liegen, prägt die subjektiven Zugehörigkeiten von Jugendlichen zu ihrem Herkunftsland, zur Aufnahmegesellschaft oder auch zu einer offenen Identität als Bürger/-in Europas. Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten benennt eine weitere wichtige Ausprägung der Identität und Zugehörigkeit junger Menschen.

Diese Reihe von Beispielen ließe sich ohne Weiteres fortsetzen. Festzuhalten bleibt die Beobachtung, dass die Lebensphase „Jugend“ wesentlich durch eine Vielfalt an Zugehörigkeiten, Lebenslagen, Identitäten und Orientierungen gekennzeichnet ist. Der 14. Kinder- und Jugendbericht formuliert diesen Gedanken in einer sprachlichen Abgrenzung von Jugend und Jugendlichen: „Der Vorstellung von Jugend im Singular wird die Heterogenität der Lebenslagen Jugendlicher und ihrer Sichtweisen entgegeng gehalten“<sup>1</sup>. „Diversity“ ist damit mehr als eine gesellschaftliche Programmatik, indem Unterschiedlichkeiten die Lebensrealität von Jugendlichen prägen.

Diese auf das Jugendalter bezogene gesellschaftliche Beschreibung ist an sich ohne Wertung. Ihre sozialpolitischen Bedeutungen erhalten Zugehörigkeiten über die – mit ihnen verbundenen – Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe bzw. Risiken gesell-

schaftlicher Exklusion. Bei einem diversitätssensiblen Blick auf die Lebenslagen von Jugendlichen spielen daher systematische soziale Ungleichheiten eine wesentliche Rolle: Wie verteilen und entwickeln sich günstige und weniger günstige Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe bezogen etwa auf Bildungsbeteiligung, Freizeitmöglichkeiten, Gesundheit oder den Zugang zu sozialstaatlichen Angeboten und welche Disparitäten zeigen sich hier für welche Gruppen junger Menschen?

## Zur Notwendigkeit einer diversitätssensiblen Jugendforschung

Diese Beobachtungen haben auch Konsequenzen für die Jugendforschung. In Ergänzung einer „allgemeinen“ Jugendforschung, die die Bedingungen des Aufwachsens „der“ jungen Generation in unserer Gesellschaft betrachtet, bedarf es einer diversitätssensiblen Forschungsperspektive auf Jugendliche. Eine solche „Diversitätssoziologie des Jugendalters“ fragt nach der Vielfalt jugendlicher Lebenswelten. In diesem Verständnis sind die spezifischen Lebenssituationen von bestimmten Gruppen von Jugendlichen entlang der Diversitätsdimensionen von Gender-/sexueller Identität, Migration, sozioökonomischer Herkunft, Behinderung und Region des Aufwachsens zu berücksichtigen. Eine genderbezogene Jugendforschung mit Fragen nach der Vielfalt geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung von schwulen, lesbischen, bisexuellen und trans\* Jugendlichen (LSBT\*), Forschung zu Inklusions- und Exklusionserfahrungen im Alltag junger Menschen mit Behinderungen oder ein binnendifferenzierender Blick auf junge Migranten/-innen stellen wesentliche Fragen einer solchen Forschungsperspektive dar. Gemeinsam ist dieser Perspektive die Frage nach Bedürfnissen und Bedarfen der Jugendlichen und dem Vorhandensein bzw. Fehlen von für die Lebenslage angemessenen Bildungs-, Beratungs- und Freizeitangeboten.

---

***„Differenzierte Forschungsstrategien müssen den unterschiedlichen Lebenssituationen gerecht werden.“***

---

Auf einer methodologischen Ebene verschränken sich Forschungsgegenstand und Forschungsstrategien. Wie exemplarisch für Jugendliche mit einer geistigen oder einer Sinnesbehinderung oder nach Deutschland zugezogene junge Flüchtlinge besonders einleuchtend, bedarf es geeigneter Erhebungsinstrumentarien, um diese Jugendlichen methodisch und inhaltlich

# „Wie verteilen sich Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe?“

angemessen zu befragen. So können für Jugendliche mit geistiger oder einer Sinnesbehinderung Fragebögen in einfacher oder leichter Sprache notwendig sein, für blinde Jugendliche Erhebungssettings mit akustischer Befragung oder für junge Flüchtlinge mit eingeschränkten deutschen Sprachkompetenzen die Unterstützung durch Dolmetscher/-innen. Differenzierte Forschungsstrategien müssen diesen unterschiedlichen Lebenssituationen und individuellen Möglichkeiten der Beteiligung an empirischen Erhebungen gerecht werden. Befragungen von „besonderen“ Gruppen Jugendlicher – die in ihrer Gesamtheit die sog. „Allgemeinbevölkerung“ bilden – können so differenzierende Bilder von Jugend befördern und Anregungen liefern, bestimmte Selbstverständlichkeiten einer „allgemeinen“ Jugendforschung zu hinterfragen und zu ergänzen.

## Lebenslagen Jugendlicher unter der Perspektive sozialer Ungleichheiten

Im Folgenden sollen beispielhaft unterschiedliche Lebenslagen junger Menschen daraufhin untersucht werden, an welchen Stellen und für welche Gruppen von Jugendlichen entlang der Diversitätsdimensionen „Migration“, „sexuelle Identität“ und „Behinderung“ Benachteiligungen und Exklusionsrisiken – bezogen auf konkrete biografische Phasen – existieren. Gemeinsam ist allen Jugendlichen, dass sie alterstypische Entwicklungsaufgaben (wie Identitätsentwicklung, Eingehen und Praxis von Freundschaften und Partnerschaften, (Um-)Gestaltung von Familienbeziehungen und Ablösung aus dem Elternhaus, Abschluss der Schule und Beginn einer beruflichen Ausbildung) vor dem Hintergrund ihrer „besonderen“ Lebenssituation bewältigen müssen.

Wiederholt empirisch bestätigte Befunde weisen auf die besonderen Schwierigkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit hin. Beispielhaft für den umfangreichen Forschungsstand sei hier auf Ergebnisse aus der BIBB-Übergangsstudie<sup>2</sup> oder dem DJI-Übergangspanel<sup>3</sup> verwiesen. So zeigt etwa die BIBB-Übergangsstudie, dass junge Migrantinnen/-innen im Durchschnitt niedrigere Schulabschlüsse erreichen und häufiger aus niedrigeren sozialen Schichten stammen. Darüber hinaus kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass junge Migrantinnen/-innen auch unter Kontrolle ihrer Schulleistungen und sozioökonomischen Herkunft geringere Chancen besitzen, eine duale Ausbildung beginnen zu können.<sup>4</sup> Sie streben – häufig als kompensatorische Strategie der Chancenerweiterung – einen weiteren Schulbesuch an, um dort einen zusätzlichen, höherwertigen Schulabschluss zu erreichen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das DJI-Über-

gangspanel für die Gruppe der Jugendlichen mit Hauptschulbildung: Jugendliche mit Migrationshintergrund besitzen hier geringere Chancen auf einen Direkteinstieg in eine Ausbildung unmittelbar nach dem letzten Schuljahr und sind einem höheren Risiko prekärer oder nicht gelingender Übergänge ausgesetzt. In der Gesamtschau bestehen herkunftsbedingte Disparitäten in den Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen in Deutschland weiterhin fort.<sup>5</sup> Die gravierendsten Unterschiede zeigen sich bei den allgemeinbildenden sowie beruflichen Abschlüssen: So sind trotz Verbesserungen noch immer 9 Prozent der 30- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund ohne allgemeinbildenden und 35 Prozent ohne beruflichen Abschluss (gegenüber 2 bzw. 11 Prozent der Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund).

Lesbische, schwule, bisexuelle und trans\*-Jugendliche (LSBT\*) befinden sich durch ihre sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität, die sich jenseits gesellschaftlicher heteronormativer Vorstellungen von (cis-geschlechtlicher und heterosexueller) Zweigeschlechtlichkeit bewegt, ebenfalls in einer vulnerablen Lebenssituation. Zwar finden sich einerseits zunehmend Vielfalt akzeptierende Wahrnehmungen und Haltungen in der Gesellschaft, die auf eine neue „Normalität“ sexueller und geschlechtlicher Vielfalt hindeuten, andererseits verstärken sich auch neokonservative Standpunkte. LSBT\*-Jugendliche stehen somit vor der Anforderung, sich in diesem Spannungsfeld mit ihrer trans\*-geschlechtlichen Identität und/oder gleichgeschlechtlichen sexuellen Orientierung in der Gesellschaft zu verorten, sich zu gesellschaftlichen Haltungen und Diskursen ins Verhältnis zu setzen und sich individuell einen Lebensentwurf zu erarbeiten, der dem eigenen Erleben gerecht wird. Zu diesen Herausforderungen in ihrem Alltagsleben gehören beispielsweise der Umgang mit Diskriminierung (z. B. in der Schule) und die Frage nach der Notwendigkeit bzw. Freiwilligkeit eines Coming-outs und ggfs. dessen Realisierung.<sup>6</sup> Das erst im Entstehen begriffene Bewusstsein für die (Unterstützungs-)Bedarfe von LSBT\*-Jugendlichen, bezogen auf Freizeit-, Beratungs- und ggfs. Therapieangebote, stellt eine erschwerende Rahmenbedingung dar.

Als drittes seien Jugendliche mit Behinderung angesprochen, dies allerdings nicht nur unter der aktuell vorherrschenden Debatte um die inklusive Beschulung von Schülern/-innen mit und ohne Behinderung, sondern auch mit Blick auf die Frage der Alltagswelten von Jugendlichen mit verschiedenen Formen von Behinderungen (wie Sinnesbehinderungen, körperlicher Behinderung, Lernbeeinträchtigung/geistiger Behinderung, psychischer/seelischer Behinderung, Sprachbehinderung, Mehrfachbehinderung). In der Argumentation der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen betont Artikel 30 die Bedeutung der Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport.<sup>7</sup> Und wengleich die Datenlage zu den Beteiligungschancen von Jugendlichen mit Behinderung

# „Noch ganz am Anfang: (Unterstützungs-)Bedarfe für LSBT\*-Jugendliche.“

---

in diesen alltagsweltlichen Kontexten ausgesprochen dürftig ist – in großangelegten sozialwissenschaftlichen Jugendstudien zu den Lebensbereichen „Alltag“, „Freundschaft“ und „Freizeit“ sind Jugendliche mit Behinderungen unterrepräsentiert, fehlen in den Stichproben oder sind nicht identifizierbar –, so muss die Antwort auf die Frage, wie viel Inklusion in diesen außerschulischen Lebensbereichen für Jugendliche schon erreicht bzw. möglich ist, zurückhaltend oder zumindest vorsichtig ausfallen. Auf eine empirische Beantwortung warten beispielsweise nachfolgende Fragen:

- An welchen Orten verbringen Jugendliche mit Behinderungen ihre Freizeit? Mit wem und mit welchem Ausmaß an Autonomie (z. B. von Eltern, Assistenzen oder Betreuungspersonen) gestalten sie diese Zeiten?
- Wo entstehen Freundschaften und wo werden sie gelebt (z. B. Schule, Heim/Einrichtung, Vereine, Jugendzentren, Nachbarschaft, Internet)? Wie gestalten sich die Peerbeziehungen zu behinderten und nicht behinderten Gleichaltrigen?
- Was sind aus Sicht der Jugendlichen hinderliche und ver hindernde Momente beim Zugang zu Freizeitangeboten (z. B. örtliche Erreichbarkeit, vermutete exkludierende Bedingungen in den Einrichtungen, Sorge vor Stigmatisierung oder Diskriminierung)?

Wenn Inklusion in diesem Sinne lebensweltlich verstanden und nicht auf formales Lernen in Bildungsinstitutionen beschränkt werden soll, so ist die Frage der Alltags- und Freizeitgestaltung von zentraler Bedeutung für die Lebenslagen von Jugendlichen mit Behinderungen, da sie dort Erfahrungen machen können, die ihre Behinderung weniger bedeutungsvoll erscheinen lassen. Die institutionelle Antwort auf diese Fragen auf Ebene der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe stellt die Diskussion um die sogenannte „Große Lösung“ dar, auf Ebene der Einrichtungen die Frage einer inklusiven Öffnung von Angeboten der Jugendarbeit.<sup>8</sup>

## Herausforderungen für eine diversitätssensible pädagogische Fachpraxis

Wenngleich die obigen Beispiele auf den ersten Blick ausgesprochen heterogen wirken und sich die Frage der Teilhabe (bzw. Exklusion von dieser) auf ganz unterschiedliche Dimensionen bezieht (Bildungserfolg, Diskriminierungserfahrungen, Alltags- und Freizeitgestaltung), so finden sie doch einen gemeinsamen Kern in den ungleichen Lebensbedingungen und -chancen. Eine Sensibilität für diese Asymmetrien ist notwendig, um diese Disparitäten abzubauen oder zumindest deren Verstärkung zu

verhindern. Eine gesellschaftliche Offenheit kann hierzu ebenso beitragen wie eine diversitätsbewusste Fachpraxis. Fragen beziehen sich darauf, ob pädagogische Angebote Jugendliche in besonderen Lebenssituationen als Zielgruppen ausreichend im Blick haben, ob Fachkräfte über die notwendigen fachlichen Qualifikationen verfügen oder ob Angebote für Jugendliche sich in ihrem Selbstverständnis „inklusiv“ im Sinne von „offen für alle“ verorten.

Jenseits solcher (struktureller) Vorbedingungen ist nach dem durchaus ambivalenten Verhältnis von eigenen Angeboten für bestimmte Gruppen Jugendlicher und Angeboten für alle zu fragen. Spezifische Angebote können auf spezielle Bedürfnisse und Bedarfe reagieren, die Herausforderungen einer besonderen Lebenssituation erhalten eine angemessene Aufmerksamkeit, „geschützte Räume“ können Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen und der Abbau von Benachteiligungen bzw. die Verbesserung der Teilhabechancen bestimmter Gruppen Jugendlicher stehen im Fokus. Der 13. Kinder- und Jugendbericht vertritt dagegen eine inklusive Position: „Inklusion und Beteiligung werden dabei als Herausforderung, Verpflichtung und Aufgabe einer sozialen Gemeinschaft verstanden, alle Menschen in vergleichbarer Weise (...) am Leben in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv zu beteiligen und nicht Sonderbezirke oder sogenannte Schonbereiche für bestimmte Gruppen von Menschen (...) zu schaffen.“<sup>9</sup> Diese Forderung wird dort zwar im Kontext Gesundheit formuliert, sie ließe sich aber in ihrer Argumentation ohne Weiteres konkret auf das Feld der Angebote für Jugendliche beziehen und auf andere Diversitätsdimensionen erweitern.

---

## „Ziel muss sein, Lebenslagen in ihrer gesamten Bandbreite abzubilden.“

---

Eine allgemeine Lösung dieser Ambivalenz im Sinne von Entweder-oder ist nicht notwendig, indem ein Nebeneinander von besonderen Angeboten und solchen für „alle“ möglich ist. Je nach den Bedarfen der Jugendlichen können spezifische, pädagogisch unterstützte Angebote für bestimmte Jugendliche zielführend sein (beispielsweise eine Coming-out-Beratung für LSBT\*-Jugendliche). Eine Öffnung von Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe bzw. der Jugend- und Jugendsozialarbeit bezogen auf die Breite der Vielfaltsdimensionen kann die Begegnung von Jugendlichen in unterschiedlichen Lebenslagen ermöglichen und so Diversität als Wert thematisieren. Die explizite Nicht-Thematisierung von Besonderheiten im Sinne einer Selbstverständlichkeit von Angeboten für alle Jugendlichen kann auf einer Metaebene als Versuch gelesen werden, Vielfalt als Normalität und per se gegeben anzusehen. Angesichts von

# „Geschützte Entwicklungsräume vs. Inklusion?“

noch immer vorzufindenden sozialen Benachteiligungen, Exklusionsrisiken und Zugangsbarrieren stellt diese Variante in ihrer letzten Konsequenz jedoch – noch – eine gesellschaftliche Zukunftsutopie dar.

## Inklusive Jugendforschung zielt auf inklusive Lebenswelten

Lebenslagen heutiger Jugendlicher sind vielfältig und werden sich möglicherweise in Zukunft noch weiter ausdifferenzieren. Die Bedingungen des Aufwachsens von z. B. jungen Migranten/-innen, LSBT\*-Jugendlichen oder Jugendlichen mit Behinderungen bedürfen dabei unter der Frage nach möglichen sozialen Ungleichheiten einer besonderen gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Zugleich sind diese Jugendlichen auch „einfach Jugendliche“ mit alterstypischen Wünschen, Zielen, Hoffnungen usw., die nicht a priori als „Benachteiligte“ gesehen werden sollten.

Ziel von Jugendforschung ist es, Lebenslagen von Jugendlichen in ihrer ganzen Breite abzubilden. Wenn bestimmte Gruppen aufgrund ihrer Spezifität in „allgemeinen“ Jugendstudien nicht berücksichtigt werden (können), müssen sie zumindest als Zwischenschritt gesondert betrachtet werden. Als Ziel können allerdings inklusive Forschungsmethoden benannt werden, die eine systematische Exklusion von bestimmten Gruppen junger Menschen aus Forschungsdesigns und Stichproben vermeiden. Unter dieser Perspektive verbinden sich „allgemeine“ und „spezifische“ Jugendforschung. //

### Die Autorin:

Dr. Nora Gaupp leitet die Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher“ in der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut e. V. in München. E-Mail: [gaupp@dji.de](mailto:gaupp@dji.de)

### Literatur:

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein Indikatorengeprägter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld.

BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR BELANGE BEHINDERTER MENSCHEN (2010): alle inclusive! Die neue UN-Konvention. Berlin.

BEICHT, Ursula (2015): „Berufsorientierung und Erfolgchancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Übergang Schule–Ausbildung im Spiegel aktueller Studien“. In: SCHERR, Albert (Hrsg.): Diskriminierung migrantischer

Jugendlicher in der beruflichen Bildung. Stand der Forschung, Kontroversen, Forschungsbedarf. Weinheim/Basel, S. 82–114.

BEICHT, Ursula; Walden, Günter (2014): Einmündungschancen in duale Berufsausbildung und Ausbildungserfolg junger Migranten und Migrantinnen. Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011. BIBB Report 5/2014. Bielefeld.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2011): UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bundestags-Drucksache 16/12860. Berlin.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bundestags-Drucksache 17/12200. Berlin.

HUPKA-BRUNNER, Sandra; Gaupp, Nora; Geier, Boris; Lex, Tilly; Stalder, Barbara E. (2011): „Chancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher: Bildungsverläufe in der Schweiz und in Deutschland“. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 1/2011, S. 62–78.

KRELL, Claudia (2013): Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen von homosexuellen Jugendlichen in Deutschland. München.

REIßIG, Birgit; Gaupp, Nora; Lex, Tilly (Hrsg.) (2008): Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. München.

SECKINGER, Mike; Pluto, Liane; Peucker, Christian; Santen, Eric van (i. E.): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. (Kapitel: Offen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung – aber nicht inklusiv).

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag (2013), S. 136.

<sup>2</sup> Beicht; Walden (2014); Beicht (2015).

<sup>3</sup> Reißig; Gaupp; Lex (2008).

<sup>4</sup> Beicht; Walden (2014).

<sup>5</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014).

<sup>6</sup> Krell (2013).

<sup>7</sup> Beauftragte der Bundesregierung für Belange behinderter Menschen (2010); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011).

<sup>8</sup> Seckinger; Pluto; Peucker; van Santen (i. E.).

<sup>9</sup> Deutscher Bundestag (2013), S. 35.



## *Schwer erreichbare junge Menschen als Herausforderung für die Jugendsozialarbeit*

Warum bleiben trotz vielfältiger Angebote einige junge Menschen schwer erreichbar? Diese Frage untersuchte ein Forscher-/innen-team an der Fachhochschule Münster mit dem Forschungsprojekt „Schwer erreichbare junge Menschen als Zielgruppe der Jugendsozialarbeit“, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurde.

Yvonne Kaiser

**G**erade junge Menschen mit sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen haben es schwer, den Übergang von der Schule in die Ausbildung oder das Erwerbsleben ohne Unterstützung erfolgreich zu meistern. Innerhalb des sogenannten Übergangssystems bestehen neben (berufs-)schulischen Angeboten und Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) vielfältige Angebote der berufsbezogenen Jugendsozial-

arbeit, die insbesondere Jugendliche mit besonderem sozialpädagogischem Förderbedarf im Übergang unterstützen. Studien verweisen jedoch auf zum Teil hohe Abbruchquoten in berufsbezogenen Unterstützungsmaßnahmen. Zudem werden nicht alle jungen Menschen, die auf die Unterstützung durch solche Angebote angewiesen sind, auch von ihnen erreicht. Ein Teil der jungen Menschen kann nicht oder nur schwer angesprochen werden.



## Welche Faktoren führen dazu, dass junge Menschen die Angebote der Jugendsozialarbeit nicht wahrnehmen?

Das Forschungsprojekt fokussierte die fehlende oder nicht ausreichend gelingende Passung zwischen Individuum und Organisation. Diese mangelnde Passung kann zwei möglichen Faktorenbündeln zugeordnet werden, die in der Formulierung ‚schwer erreichbare junge Menschen‘ angesprochen sind und denen im Forschungsprojekt mittels biografischer Interviews sowie Experten-/inneninterviews nachgegangen worden ist: Einerseits Faktoren, die auf Seiten der jungen Menschen zu identifizieren sind und die es ihnen erschweren, den Zugang zu den Organisationen und Angeboten der Jugendsozialarbeit zu finden. Andererseits organisationsinterne und -externe Faktoren, die dazu führen, dass Organisationen der Jugendsozialarbeit nur begrenzt in der Lage sind, junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu erreichen.

Zur spezifischen Zielgruppe der ‚schwer Erreichbaren‘ wurden im Forschungsprojekt Jugendliche gezählt,

- die bisher keinen Zugang zur Jugendsozialarbeit oder zu anderen Angeboten der beruflichen Integration gefunden haben und die für sich noch keine Lebensperspektive jenseits sozialstaatlicher Transferleistungen entwickelt und praktisch umgesetzt haben („Nichterreichte“);

- die sich aktuell in einem Angebot der Jugendsozialarbeit befinden, aber bereits einmal oder mehrmals eine Maßnahme abgebrochen haben („Abbrecher/-innen“);
- die sich aktuell in einer Maßnahme befinden, deren weitere Beteiligung oder deren Maßnahmeerfolg aber von den Mitarbeitern/-innen als bedroht eingeschätzt wird („Abbruchgefährdete“).

Ein zentraler Projektschritt<sup>1</sup> waren leitfadengestützte biografisch-narrative Interviews mit jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren, die in Anlehnung an die genannte Definition als ‚schwer erreichbar‘ gelten können.<sup>2</sup> Ziel war es, Kenntnis darüber zu gewinnen, welche biografischen Erfahrungen dazu geführt haben und führen, dass die jungen Menschen schwer erreichbar (geworden) sind, sowie die Frage zu beantworten, inwiefern und warum die Organisationen der Jugendsozialarbeit und Organisationen im Umfeld der Jugendsozialarbeit aus Sicht der jungen Menschen für sie schwer erreichbar waren oder sind.

Aus den Interviews lässt sich das Bild von mehrfach problembelasteten jungen Menschen skizzieren, die schon sehr früh in ihrer Biografie mit prekären Verhältnissen konfrontiert waren und in zum Teil äußerst belastenden Familienverhältnissen aufgewachsen sind. Für die Mehrzahl der jungen Menschen haben sich die begrenzenden Erfahrungen aus ihren Familien in den Organisationen fortgesetzt. ‚Schwere Erreichbarkeit‘ für Jugendsozialarbeit – so zeigen es die Daten – konstituiert sich nicht nur im Kontakt mit entsprechenden Bildungsträgern und freien Trägern der Jugendhilfe, sondern entwickelt sich schon in Kontakten mit Organisationen im Umfeld der Jugendsozialarbeit wie Schule, Jobcenter und Arbeitsagentur.

	BEGRENZENDE WIRKMÄCHTIGKEIT DER ORGANISATION	KEIN KONTAKT ZU ORGANISATIONEN/ IRRELEVANZ VON ORGANISATIONEN	ERMÖGLICHENDE WIRKMÄCHTIGKEIT DER ORGANISATION
LEBENSVERLAUF-AGENCY VORHANDEN	Phasen-Typ A: Phase, in der Organisationen die Tür zur Realisierung beruflicher Wunschvorstellungen verschließen.	Phasen-Typ B: Überbrückungs- oder (Neu-) Orientierungsphase, in der (noch) kein Kontakt zu Organisationen besteht.	Phasen-Typ C: Temporäre Leerlaufphase, in der Organisationen als wichtige Unterstützung erlebt werden.
LEBENSVERLAUF-AGENCY NICHT VORHANDEN	Phasen-Typ D: Phase eigener Ziellosigkeit, in der Organisationen als Begrenzung erlebt werden.	Phasen-Typ E: Phase der ‚Nichterreichbarkeit‘, in der Organisationen keine Relevanz haben.	Phasen-Typ F: Phase fehlender Koproduktion, in der ein loser Kontakt zu Organisationen besteht.

## „Schwere Erreichbarkeit“ und das Agency-Konzept

Ziel der Auswertung der qualitativen Interviews war es, Typen ‚schwerer Erreichbarkeit‘ zu identifizieren. Um bei der Analyse den Fokus auf beide Betrachtungsebenen – Person und Organisation – richten zu können, wurde auf die Ideen des Agency-Konzepts<sup>3</sup> zurückgegriffen. Sehr verkürzt und vereinfacht ausgedrückt, kann Agency verstanden werden als Handlungs- oder Wirkmächtigkeit, die eine Person sich und anderen mit Blick auf den Verlauf von Geschehnissen in der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft zuschreibt. Agency ist kein stabiles Persönlichkeitsmerkmal. Die Entwicklung und Ausprägung der Handlungsmächtigkeit einer Person ist immer auch verwoben mit der Umwelt und beeinflusst von den jeweiligen strukturellen Bedingungen, mit denen die Person konfrontiert ist. Insofern konstituiert sich Agency in verschiedenen Situationen und Phasen des Lebens unterschiedlich. Im Forschungsprojekt konnten mit Hilfe dieses Konzepts sowohl die Handlungsmächtigkeit der Jugendlichen (Person) als auch die Verhältnisse (Organisation) als Bedingungen und Voraussetzungen in den Blick genommen werden, die ermöglichenden, aber auch begrenzenden Einfluss auf die Handlungsmächtigkeit der jungen Menschen haben. Die Interviewanalysen zeigten, dass sich die ‚schwere Erreichbarkeit‘ der jungen Menschen in den einzelnen Phasen der Biografie unterschiedlich darstellt. In den Einzelfallanalysen wurde zudem die vergleichsweise hohe Bedeutung der in den jeweiligen Phasen entwickelten beruflichen Wünsche, Pläne und Ziele für die Erreichbarkeit im Kontext der Jugendsozialarbeit deutlich. Aufgrund dessen wurde als eine der Dimensionen der

Typologie *Lebensverlaufagency*<sup>4</sup> gewählt, verstanden als Fähigkeit, Lebenspläne zu entwerfen und zu verfolgen und dem Zutrauen, langfristige Ziele verfolgen und erreichen zu können. Die zweite Dimension stellt die Wirkmächtigkeit dar, die die Jugendlichen den Organisationen beim Verfolgen ihrer Ziele und Pläne zuschreiben, da sie für das ‚Erreichbarsein‘ der jungen Menschen entscheidend ist.

In den Biografien der jungen Menschen wurden anhand dieser beiden Dimensionen unterschiedliche Agency-Konstellationen deutlich. Auf der Grundlage der Daten konnten sechs Phasentypen ‚schwerer Erreichbarkeit‘ gebildet werden: Phasen, in denen die Lebensverlaufagency der jungen Menschen, also das Entwickeln und Verfolgen von Plänen und Zielen mehr oder weniger stark ausgeprägt ist oder gänzlich fehlt und in denen Organisationen beim Verfolgen der Ziele und Pläne entweder als ermöglichend oder begrenzend erlebt werden oder in denen kein Kontakt zu Organisationen besteht. Zu jedem der sechs Phasentypen ‚schwerer Erreichbarkeit‘ wurden spezifische Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den jungen Menschen formuliert. Anhand von drei Phasentypen soll dies exemplarisch illustriert werden, wobei sowohl die Phasentypen als auch die Handlungsempfehlungen im Rahmen dieses Beitrags nur angedeutet werden können.<sup>5</sup>

Aus der lebensgeschichtlichen Erzählung eines jungen Mannes, zum Interviewzeitpunkt 25 Jahre alt, lassen sich unterschiedliche Phasen der schweren Erreichbarkeit rekonstruieren. Nach einer Zeit ohne berufliche Perspektive, in der er keinen Kontakt zu Organisationen hatte (Typ E), findet er – vermittelt über das Jobcenter – Zugang zur Jugendsozialarbeit:

# „Jugendliche brauchen Selbstwirksamkeitserfahrungen“

„... da war ich dann einen Monat da haben wir einen Betrieb gesucht ich wollte Tischler werden. auch mal Probearbeit gemacht zwischendurch. eine Woche aber. die haben dann leider nein gesagt. und dann noch ewig weitergesucht und nach einem Monat meinten die dann, die wollen das einfach aufgeben Tischler zu suchen hätten eh keine Chance ich solle was anderes machen. ja und dann war mein Fehler ich bin dann einfach nicht mehr hingegangen anstatt wenigstens hinzugehen und sagen nee das passt mir nicht und damit hat das mit der Ausbildung nicht geklappt“.

## Lebensverlaufsagency und Wirkmächtigkeit der Organisationen

Der junge Mann hat in dieser Phase, die dem Typ A zugeordnet werden kann, einen Ausbildungswunsch entwickelt und verfolgt diesen aktiv durch Stellensuche und Probearbeiten (*vorhandene Lebensverlaufsagency*). Die Organisation erlebt er jedoch bei dem Verfolgen seines Ziels als begrenzend wirkmächtig. Er muss erfahren, dass der Organisationsvertreter die Realisierung seines Ausbildungswunschs infrage stellt, weitere Unterstützungsleistungen einstellt und ihn auffordert, seinen beruflichen Wunsch zu revidieren (*begrenzende Wirkmächtigkeit der Organisation*). Aufgrund dieser Erfahrung ist er so resigniert, dass er den Kontakt zur Einrichtung abbricht und (wieder) schwer erreichbar wird.

Diese Sequenz steht exemplarisch für viele Interviewpassagen, die dem Phasen-Typ A zugeordnet werden konnten. In diesen berichten die jungen Menschen zum Teil sehr differenziert von begrenzenden Erfahrungen mit Organisationen. Neben fehlender Anerkennung und Wahrnehmung ihrer beruflichen Wünsche und Perspektiven bleiben ihnen zugesicherte oder zustehende Unterstützungsleistungen von Seiten der Organisationen aus oder die jungen Menschen brechen die Angebote (wieder) ab, weil sie die an sie gerichteten Anpassungs- oder Leistungsanforderungen als zu hoch erleben.

Die Handlungsempfehlung für Organisationen in Bezug auf diesen Phasen-Typ liegt auf der Hand: Wann immer die Notwendigkeit besteht und die jungen Menschen aufgefordert

sind, ihre beruflichen Ziele anzupassen oder Alternativen zu entwickeln, ist ein sensibles Vorgehen angezeigt. Die Organisationen sind aufgefordert, diesen Schritt intensiv zu begleiten, um die Koproduktionsbereitschaft und Motivation der Jugendlichen nicht zu gefährden.

Schwieriger wird es für die Jugendsozialarbeit dann, wenn ihnen von den jungen Menschen zwar ermöglichende Wirkmächtigkeit zugesprochen wird, die jungen Menschen jedoch keine Koproduktionsbereitschaft aufbringen können. Von einer solchen Phase, in der er wieder Kontakt zu einer Organisation hat, berichtet der oben genannte Interviewpartner im weiteren Verlauf seiner Erzählung:

„ja die Anleiter hier sind sowieso alle cool ich komme eigentlich mit jedem klar den ich soweit kenne. die helfen auch wo sie können wenn sie sehen dass man selber will und. ja die Möglichkeit gibt es schon. ich ergreife sie halt nur nicht. leider nicht“

Empfehlungen für den Umgang mit Jugendlichen in dieser Phase (Typ F) zu formulieren, fällt nicht leicht. Die Interviews zeigen, dass die jungen Menschen zahlreiche Erfahrungen schulischen und beruflichen Misserfolgs hinter sich haben und zunächst einmal Hilfe bei der Verarbeitung dieser Erfahrungen brauchen. Wichtig ist zudem eine intensive Unterstützung bei der Entwicklung alternativer beruflicher Optionen in Form einer individuellen und vertieften Berufsorientierung. Vor allem aber brauchen diese jungen Menschen Angebote, die es ihnen ermöglichen, Erfolgs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu sammeln.

Viele junge Menschen berichten von Phasen in ihrem Leben, in denen sie keinen Kontakt zu Organisationen gehabt haben oder in denen Organisationen keine Relevanz für sie hatten. Die Erzählungen machen eine hohe Problembelastung in diesen Phasen deutlich. Die alltägliche Sorge ums Überleben lässt ihnen keinen Raum für die Entwicklung oder das Verfolgen von beruflichen Perspektiven (Typ E), wie ein weiterer Interviewpartner erzählt:

„ja und dann ging es halt von Freund zu Freund. über Umwege immer mal wieder auf der Straße dann. ja und. pff dann habe ich immer mal wieder. halt keine Drogen genommen [...] und dann äh. ja hatte ich. gut ein Jahr lang anderthalb überhaupt keinen Kontakt zu äh ja Leuten die mir helfen eine Aus-

---

bildung klar zu machen [...] weil ich halt selber so mit meinem Leben. damals überfordert war so. und auf der Straße hat man nicht- so ich hatte die Woche hatte ich zum Essen zehn Euro“

In diesen Phasen, in denen die jungen Menschen zum Teil über lange Zeiträume keinen Kontakt zu Organisationen haben oder diese sogar meiden, können allein aufsuchende Angebote und niedrigschwellige Anlaufstellen und Notunterkünfte eine Zugangsmöglichkeit darstellen. Diese sollten – idealerweise durch interorganisationale Kooperationen – Beratung und Hilfe für eine Vielzahl von Problembereichen (Sucht, Obdachlosigkeit etc.) und Unterstützung bei der Lebens- und Alltagsbewältigung anbieten. Wichtig für die Jugendlichen in dieser Phase ist, dass ihnen bei der Kontaktaufnahme bedingungslose und sofortige Hilfe angeboten wird. Weiterhin ist die Begleitung zu Behörden, Ärzten etc. zentral, um eine Weiterversorgung sicherzustellen.

Die Phasentypisierung kann ein hilfreiches Reflexionsinstrument für die Gestaltung von Praxis darstellen. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei den rekonstruierten Typen ‚schwerer Erreichbarkeit‘ nicht um personen- bzw. fallbezogene Typen handelt, sondern um eine Typisierung von Phasen ‚schwerer Erreichbarkeit‘ in den Biografien der jungen Menschen. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen setzt voraus, dass die Fachkräfte in der Problemanalyse des Einzelfalls sensibel wahrnehmen und herausarbeiten, in welcher Phase sich der junge Mensch befindet. Ein Reflexionsinstrument, das den Blick und die Aufmerksamkeit auf die Agency-Konstellation des jungen Menschen in der Phase richtet, in der er/sie sich gegenwärtig befindet, ist vor allem im Rahmen von Jugendsozialarbeitsprojekten mit kurzen Laufzeiten als Orientierungshilfe geeignet und kann neue Perspektiven zum Handeln eröffnen. //

#### Die Autorin:

Dr. Yvonne Kaiser ist Leiterin des Bachelorstudiums am Departement Soziale Arbeit an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Sie war bis März 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FH Münster im Forschungsprojekt „Schwer erreichbare Jugendliche als Zielgruppe der Jugendsozialarbeit“. E-Mail: [yvonne.kaiser@zhaw.ch](mailto:yvonne.kaiser@zhaw.ch)

#### Literatur:

EMIRBAYER, Mustafa; Mische, Ann (1998): „What Is Agency?“ In: American Journal of Sociology 4/1998, S. 962–1023.  
HITLIN, Steven; Elder, Glen H. (2007): „Time, Self, and the Curiously Abstract Concept of Agency“. In: Sociological Theory 2/2007, S. 170–191.

GURR, Thomas; Kaiser, Yvonne; Kress, Laura; Merchel, Joachim (i. E.): Schwer erreichbare junge Menschen: eine Herausforderung für die Jugendsozialarbeit.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> In den 2½ Jahren Projektlaufzeit wurden zudem anhand von Experten-/inneninterviews mit Organisationsvertretern/-innen die organisationalen Bedingungen der Jugendsozialarbeit untersucht. Auf die Ergebnisse dieser Analysen kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Vgl. hierzu den ausführlichen Forschungsbericht, der im Herbst 2015 im Verlag Beltz Juventa erscheint (vgl. Gurr u. a.), auf dem auch dieser Beitrag basiert.
- <sup>2</sup> Der Zugang zu den Interviewpartnern/-innen im Forschungsprojekt erfolgte durch eine Kooperation mit acht Trägern der Jugendsozialarbeit aus unterschiedlichen Bundesländern.
- <sup>3</sup> Grundlegend waren die Konzeptionalisierungen von Emirbayer; Mische (1998) und Hitlin; Elder (2007).
- <sup>4</sup> In Anlehnung an Hitlin; Elder (2007), S. 183.
- <sup>5</sup> Vgl. ausführlich Gurr u. a.



Lesen Sie weiter: Hintergrundmaterial zum Schwerpunkt finden Sie unter [www.jugendsozialarbeit.de/dreizehn](http://www.jugendsozialarbeit.de/dreizehn)

---

# *Partizipation in der Jugendsozialarbeit: Auftrag, Prinzip oder Vision?*



---

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein Schlüsselthema der gesellschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert. Sie findet – wenn auch in Wellen – regelmäßig eine besondere Beachtung in politischen Programmen wie zuletzt in der Europäischen Jugendstrategie und der „Eigenständigen Jugendpolitik“<sup>1</sup>.

---

Thorsten Bührmann

**V**or diesem Hintergrund wurde 2014/2015 von der Universität Paderborn im Auftrag des AWO Bundesverbandes eine Erhebung zur Einschätzung der Fach- und Leitungskräfte zur Partizi-

pation in der AWO-Praxis der Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit durchgeführt. Ziel war die Bestandsaufnahme angewandter Partizipationsansätze sowie die Feststellung von Unterstützungsbedarfen und erforderlicher Rahmenbedingungen.<sup>2</sup> Die

---

Befragung und Auswertung der Daten basiert auf einer durch Prof. Dr. Stange im Vorfeld erstellten Expertise zu Voraussetzungen für die Umsetzung von Partizipationskonzepten in der Jugendsozialarbeit sowie der Evaluation von zwei Praxisprojekten zur Entwicklung und Erprobung spezifischer Partizipationsformen.<sup>3</sup> Zwar beziehen sich die vorgestellten Ergebnisse „nur“ auf die Einrichtungen und Träger eines Bundesverbandes, zeigen aber sicher in vielen Punkten typische Problemlagen für die gesamte freie Jugendhilfe und die Jugendsozialarbeit auf.

## Welchen Stellenwert haben partizipative Elemente in der Jugendsozialarbeit?

In der allgemeinen Fachdiskussion wird Partizipation zumeist aus einer gesellschaftspolitischen Perspektive heraus betrachtet: Kinder und Jugendliche sind als „Zukunftsträger“ der Gesellschaft möglichst umfassend einzubeziehen. Mit dieser Perspektive ist die Forderung nach einer erlebbar gestalteten Demokratie für alle Altersgruppen verbunden. Partizipation wird verstanden als Recht auf freie, gleichberechtigte und öffentliche Teilhabe an gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsprozessen in Gesellschaft, Staat und Institutionen, in institutionalisierter oder offener Form. Diese Perspektive findet sich insbesondere in Ansätzen politischer Partizipation sowie in der Forderung nach einer jugendgerechten Gesellschaft sowie rechtebasierten Partizipation.<sup>4</sup>

Aus dieser Perspektive ist die Gesamtsituation kritisch einzuschätzen: Öffentlich zugängliche und verbreitete Konzepte und Praxisbeispiele der politischen und gesellschaftlichen Partizipation junger Menschen sind in den wenigsten Fällen auf die spezifische Situation benachteiligter Jugendlicher ausgerichtet und spielen auch in den Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit eine eher geringe Rolle – so ein zentrales Ergebnis der o. g. Expertise.

Dennoch – darauf verweisen die Ergebnisse unserer Erhebung – spielt Partizipation eine bedeutende Rolle für die Jugendsozialarbeit. Dies wird dann deutlich, wenn eine individuumsbezogene, pädagogische Perspektive eingenommen wird. Diese nimmt in stärkerem Maße die individuelle Entwicklung der Jugendlichen zum zentralen Bezugspunkt, wie es in Ansätzen der sozialen Partizipation der Fall ist oder auch in der „partizipativen Wende“ in der Sozialen Arbeit zum Ausdruck kommt.<sup>5</sup> Erfolgreich erlebte Partizipation wird im Sinne der Bewältigung der Entwicklungsaufgabe Jugendlicher hin zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit eine positive Wirkung zugeschrieben.

Partizipation wird aus dieser Perspektive heraus von nahezu allen Befragten (91 Prozent) der AWO-Erhebung als Bestandteil ihres professionellen Selbstverständnisses angesehen sowie als selbstverständlicher Bestandteil sozialpädagogischer Arbeit (89 Prozent). Partizipation wird hier in erster Linie als „pädagogisches Handlungsprinzip“ begriffen.

## Partizipation muss pädagogisch ermöglicht und gefördert werden

Entsprechend dominieren in der Praxis vor allem solche Partizipationsformen, die sehr eng auf die konkrete pädagogische Arbeit vor Ort bezogen sind. Dies umfasst zum einen die Alltagspartizipation im direkten Umgang mit den Jugendlichen, z. B. in Beratungs-, Konflikt- oder Anforderungssituationen, in denen Jugendliche unterstützt werden, ihre Situation, Anliegen und Ziele selbst zu klären sowie Lösungswege gemeinsam zu vereinbaren. Zum anderen betrifft dies projektbezogene Formen, indem Räume und Gelegenheiten zur Mitgestaltung geschaffen werden (z. B. Raumgestaltung, Einrichtung eines Skate-Parks etc.). Die Fachkraft übernimmt hier vorrangig die Rolle der Moderation und des „Gruppencoachings“<sup>6</sup>. Darüber hinaus sind punktuelle Formen verbreitet, wie beispielweise Kummer- und Beschwerdebrieffächern bzw. -sprechstunden, die bereits als niedrigschwellige Formen zur Schaffung partizipationsfördernder Strukturen auf Einrichtungsebene zu werten sind.

Je komplexer, formalisierter und umfassender – und je stärker auf institutionelle und kommunale Aktionsfelder die Partizipationsformen bezogen sind, desto geringer wird demgegenüber von den Fachkräften der Verbreitungsgrad, die Akzeptanz auf Seiten des Fachpersonals sowie die Praktikabilität eingeschätzt. So schreiben nur 23 Prozent der Befragten stellvertretenden Formen bzw. Beteiligungsformen in Strukturen eine hohe Praxisbedeutung zu. 59 bzw. 63 Prozent geben demgegenüber an, dass diese Formen eine sehr geringe bis keine Bedeutung in ihrer Praxis einnehmen.<sup>7</sup> Zum Vergleich: Die Praxisbedeutung bezogen auf die Alltagspartizipation wird von 79 Prozent hoch eingeschätzt (von 5 Prozent als gering), punktuelle Partizipationsformen von 61 Prozent, projektorientierte Formen von 56 Prozent.

Am ehesten lassen sich strukturelle Beteiligungsformate auf Ebene der Einrichtungen (z. B. Hausparlament) im Bereich der Hilfen zur Erziehung finden. Strukturelle Beteiligungsformate mit Wirkungen in den Sozialraum (z. B. in Form einer Zukunftswerkstatt/-konferenz) scheinen am ehesten in der offenen Jugendsozialarbeit verankert zu sein – sowohl vom An-

---

spruch her als auch im praktischen Tun, dies verdeutlicht das folgende Interviewzitat:

„... also jetzt mal ganz heroisch gesprochen: Wer außer die offene Arbeit hat denn heute die Möglichkeit, Partizipation leben zu können? Jugendliche wirklich in allen Belangen zu beteiligen und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, nach außen Gehör zu verschaffen. Genau das ist ja auch Teil des gesetzlichen Auftrags, den wir haben: freiheitliche mündige demokratische Bürger zu befördern.“ (Pädagogische Fachkraft)

## „Können“ die Jugendlichen Partizipation?

Partizipation bedeutet Mitwirkung und Mitgestaltung, die Übernahme von Verantwortung, eigenständiges Handeln etc. Dies erfordert Fähigkeiten wie eine gezielte Informationsbeschaffung und -verarbeitung, die Wahrnehmung eigener und fremder Interessen, die angemessene Formulierung von Meinungen, Ideen und Zielen, Selbstorganisation, Kommunikation und Kooperation – sowie ein grundlegendes Interesse an demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen. In der Praxis muss diesbezüglich häufig von mangelnden Kompetenzen insbesondere benachteiligter Jugendlicher ausgegangen werden.<sup>8</sup> Aus Sicht der befragten Fachkräfte mangelt es – bei aller individueller Unterschiedlichkeit der Jugendlichen – insbesondere an der Fähigkeit, langwierige und zeitintensive Aushandlungsprozesse „aushalten“ zu können, sich auf demokratische Entscheidungen einlassen zu können, sowie der Fähigkeit, Zukunftsprojektionen vornehmen und Konsequenzen abschätzen zu können.

Dies stellt jedoch aus Sicht der Fachkräfte keinen grundsätzlichen Hinderungsgrund für die Umsetzung von Partizipation dar. Im Gegenteil: 64 Prozent schätzen die Möglichkeit hoch bis sehr hoch ein, im Rahmen ihrer eigenen Arbeit die Partizipationskompetenz der Jugendlichen zu stärken. Es dominiert diesbezüglich eine entwicklungs- und potenzialorientierte Sichtweise auf die Jugendlichen – dies verdeutlicht das folgende Zitat:

„Also ich würde jetzt mal grundsätzlich sagen, die Jugendlichen bringen ja alle Kompetenzen, Voraussetzungen erst mal mit, weil sie selber Experten ihrer eigenen Lebenswelt sind ... Also wer außer denen ist da kompetent? Das ist grundsätzlich gar nicht so das Problem.“ (Pädagogische Fachkraft)

Damit geht es aus Sicht der Fachkräfte in ihrer Arbeit nicht nur darum, Jugendliche bei der Wahrnehmung und Ausgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten zu unterstützen, sondern diese zugleich als Lern- und Entwicklungsprozess für die Jugendlichen

zu gestalten. Insbesondere der Alltagspartizipation und den projektorientierten Formen wird dabei von 91 bzw. 82 Prozent der befragten Fachkräfte ein hoher Nutzen für die Jugendlichen zugeschrieben. Es wird u. a. davon ausgegangen, dass die Eigenmotivation, Selbstständigkeit und die Fähigkeit, Ziele selber zu erreichen sowie seinen Standpunkt zu vertreten, gefördert werden.<sup>9</sup> Grundsätzlich wird dieses Lernpotenzial auch in den strukturellen Partizipationsformen gesehen, wenngleich in deutlich geringerem Maße: Die Zustimmungswerte liegen hier unter 50 Prozent. Ein belastbarer empirischer Beleg, inwieweit diese positiven Einschätzungen und Zuschreibungen von Seiten der Fachkräfte tatsächlich zutreffend sind, steht allerdings noch aus.

## Lassen die Rahmenbedingungen Partizipation zu?

Auch hier liefert die Befragung ein relativ positives Ergebnis: Sowohl die Kompetenzen des Fachpersonals als auch die äußeren Rahmenbedingungen (Zielvorgaben, zeitliche Freiräume, Erwartungen seitens Mittel- und Fördergebern) bieten laut Angaben der Befragten grundsätzlich Möglichkeiten für die Umsetzung von Partizipation in der praktischen Arbeit. So geben beispielsweise 57 Prozent an, die Zielvorgaben seien ausreichend flexibilisiert, sodass inhaltliche Freiräume zur Realisierung einzelner Formen von Partizipation gegeben sind.

Einschränkend wirken jedoch in vielen Fällen die finanziellen Möglichkeiten, insbesondere in der Jugendberufshilfe und der offenen Jugendarbeit. In beiden Bereichen geben über 60 Prozent der Befragten an, dass es keine finanziellen Frei- und Spielräume zur Realisierung einzelner Formen der Partizipation gibt, diese werden in nur 12 bzw. 9 Prozent der Fälle gesehen. Hinter diesen Werten steckt nicht einfach nur die pauschale Forderung nach mehr Geld. Vielmehr wird kritisiert, dass es im Rahmen von Projektförderungen keinen flexiblen Etat gibt, der spezifisch auf Partizipation (im Sinne der gesellschaftspolitischen Perspektive) ausgerichtet ist. Häufig ist es nur über Umwege möglich, für entsprechende Projektideen finanzielle Mittel zu akquirieren. Im Mittelpunkt der Förderung und der damit einhergehenden „Erfolgsmessung“ stehen dann allerdings nicht die partizipativen Prozesse selbst, sondern beispielsweise die Förderung kultureller Bildung durch Theaterprojekte. Es handelt sich dann um einen funktionalen bzw. instrumentellen Einsatz, Partizipation wird reduziert auf ein pädagogisches Handlungsprinzip bzw. eine Methode, die sich an übergeordneten, meist fachlichen oder output-orientierten Zielen auszurichten hat. Diese Ziele sowie der Kontext selbst sind i. d. R. nicht verhandelbar und nicht Gegenstand der partizipativen Prozesse. Als hilfreich und notwendig werden hier unkomplizierte Wege finanzieller Förderung angesehen, die ex-

# „Beziehen wir die Kompetenzen der Jugendlichen (genug) mit ein?“

plizit alle Facetten von Partizipation zum Gegenstand haben, so wie dies jedenfalls für Mikroprojekte beispielsweise beim Deutschen Kinderhilfswerk möglich ist.<sup>10</sup>

„Ich glaube, die Schwierigkeit liegt vor allem auf der Seite der Pädagogen, die sich dazu auch entschließen müssen, den Schritt zu gehen. Das war für uns im Team ja auch nicht ganz einfach ...“ (Pädagogische Fachkraft)

Es sind nicht nur die äußeren Rahmenbedingungen, die einschränkend wirken können, wie Antworten auf die offenen Fragen sowie die qualitativen Praxisanalysen verdeutlichen. Kritisch bewertet werden „partizipationsfeindliche“ Strukturen innerhalb der Einrichtungen, wenn beispielsweise die einrichtungsinterne Verwaltung kein Verständnis zeigt für nicht vorhersehbare Prozesse oder nicht über erforderliche administrative Spielräume zur Umsetzung offener partizipativer Prozesse verfügt. Oder aber wenn partizipatives Arbeiten und der damit verbundene Mehraufwand an Zeit und persönlichem Engagement ausschließlich auf „eigene Kosten der Mitarbeitenden“ geschieht.

Deutlich wird hier, dass die Umsetzung von Partizipation eine entsprechend ausgerichtete Grundhaltung und Organisationskultur erfordert<sup>11</sup>, die alle Bereiche und Ebenen der Einrichtung einbezieht: von der (Geschäfts-)Leitung über die pädagogischen Fachkräfte bis hin zu den Verwaltungskräften. Dabei bestimmen diese nicht nur die Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation, sondern sie können ebenso geprägt und verändert werden durch punktuelle Umsetzungen von Partizipation – dies haben nicht nur die qualitativen Interviews deutlich werden lassen, sondern auch die vorangegangenen Evaluationen der Praxiserprobungen. Bereits „kleine“ methodische Umsetzungen können grundlegende Lern- und Entwicklungsprozesse auf Seiten des Personals enthalten sowie nachhaltige Teamentwicklungsprozesse bewirken – wie es in der folgenden Beschreibung einer pädagogischen Fachkraft zum Ausdruck kommt:

„Die Voraussetzung für die Zukunftswerkstatt waren die vergangenen zwei Jahre. Weil wir Partizipation auch lernen mussten, z.B. die Wünsche der Jugendlichen und die Fähigkeiten zur Mitgestaltung wirklich(!) wahrzunehmen, ernst zu nehmen. Dafür haben wir diese Zeit gebraucht, ... da gab es viele Diskussionen im Team, bis die Umsetzung der Zukunftswerkstatt mit all ihren Konsequenzen wirklich eine Teament-

scheidung war und nicht einfach von oben angeordnet. Denn die Einstellung jedes Einzelnen zur Partizipation war anders, das mussten wir zunächst klären.“

Damit wird zugleich das größte Problem deutlich, das von den Befragten in den Rahmenbedingungen gesehen wird: Für die Realisierung komplexer Partizipationsformate braucht es eine Investition in langfristige Entwicklungsprozesse auf Ebene des Fachpersonals – und genau diese sind aufgrund häufig befristeter Projektförderungen nicht gegeben.

„Ein großes Problem: Die Mitarbeiterfluktuation. Dann hat man Mitarbeiter, die sind endlich begeistert, nehmen sich des Themas an und fangen an zu entwickeln. Dagegen steht: Wir arbeiten hier viel mit befristeten Verträgen und dann war's das. Dann fängt man beim nächsten Mitarbeiter wieder neu an und baut den auf.“ (Leitungskraft)

## Wie lässt sich Partizipation in der Jugendsozialarbeit steigern?

Die Studie zeigt, dass es in vielen Einrichtungen sowohl auf der Leitungsebene als auch auf Ebene der pädagogischen Fachkräfte einzelne Personen gibt, die über eine klare und differenzierte Vorstellung von Partizipation verfügen und sich für deren Umsetzung vor Ort engagieren.

Die Studie bestätigt aber zugleich das Ergebnis der dieser Erhebung zugrunde liegenden Expertise: Es mangelt an einer systematischen Verankerung der Partizipation, die sowohl in die Breite wirkt als auch Strukturen für die Umsetzung verschiedener Partizipationsformen schafft. Entsprechend sehen über 40 Prozent der Befragten bezogen auf alle Partizipationsformen einen deutlichen Entwicklungsbedarf.

Auch wenn die grundsätzliche Bereitschaft und Überzeugung über den Nutzen von Partizipation auf Ebene der Fach- und Leitungskräfte gegeben ist, so besteht zudem die Gefahr, dass ein funktionaler bzw. instrumenteller Einsatz von Partizipation die Praxis dominiert. Das heißt, Partizipation wird in erster Linie als pädagogisches Mittel für einen vorgegebenen, nicht gemeinsam verhandelbaren Zweck genutzt. So werden Jugend-

---

liche zwar häufig in einem vorgegebenen Rahmen an Entscheidungsprozessen beteiligt, jedoch ist ein „Infragestellen“ des Entscheidungsgegenstandes selbst zumeist nicht vorgesehen und intendiert. Wichtig erscheint es daher, das gesamte Spektrum unterschiedlicher Partizipationsformen in der Praxis zu implementieren.

Hierfür bedarf es sicherlich geeigneter Rahmenbedingungen auf (förder-)politischer Ebene. Ebenso kann auf verbandlicher Ebene die Entwicklung übergreifender Konzepte, Leitfäden<sup>12</sup> und Positionspapiere hilfreich sein, die die besonderen Anforderungen an Partizipation in den Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit angemessen zur Geltung bringen und diese im Rahmen von Fachtagen, Weiterbildungen, Entwicklungswerkstätten etc. sowohl in die Praxis als auch in die fachlichen und (förder-)politischen Diskurse einbringen.

Ebenso wichtig sind jedoch langfristig angelegte Organisationsentwicklungsprozesse, in denen zum einen die Führungskräfte in den Trägereinrichtungen formale Strukturen vor Ort überprüfen, Freiräume und lokale Anschlüsse für Beteiligungsprozesse in der pädagogischen Arbeit ausbauen sowie Anreize für die Mitarbeitenden zur Nutzung dieser Freiräume schaffen. Zum anderen aber müssen auch die Fachkräfte selbst eine kritische Reflexion der eigenen Praxis vornehmen, sich auf Weiterbildungen und Teamentwicklungsprozesse einlassen sowie letztlich eine positive Grundhaltung entwickeln, wie sie beispielhaft in den angeführten Interviewzitate zum Ausdruck kommt. //

#### Der Autor:

Dr. Thorsten Bührmann ist Akademischer Rat im Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Paderborn. E-Mail: [buehrmann@email.de](mailto:buehrmann@email.de)

#### Literatur:

AWO Bundesverband (Hrsg.) (2015): Partizipation in der Jugendsozialarbeit – Ein Leitfaden für die Praxis. Berlin.

AWO Bundesverband (Hrsg.) (2013): Partizipation von Jugendlichen – Eine Herausforderung für die Angebote der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe, Berlin.

BETZ, Tanja; Olk, Thomas; Rother, Pia (2010): „Zwischen Absichtserklärung und Partizipationswirklichkeit. Argumente und Empfehlungen zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen“. In: Betz, Tanja; Gaiser, Wolfgang; Pluto, Liane (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. München, S. 273–287.

BURCZYK, Jennifer (2014): „Bürgercoaching – Ein Training für mehr Eigeninitiative“. In: Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (Hrsg.): Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre

und Praxis Sozialer Berufe. Weinheim und Basel, S. 177–185. KNAUER, Rainard; Sturzenhecker, Benedikt (2005): „Partizipation im Jugendalter.“ In: Hafenecker, Benno; Jansen, Mechtild; Niebling, Torsten (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Opladen 2005, S. 63–94.

REITZ, Sandra (2015): Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Partizipation. Was aus menschenrechtlicher Sicht im Bildungsbereich getan werden muss. Berlin.

RIEGER, Judith; Straßburger, Gaby (2014): „Warum Partizipation wichtig ist – Selbstverständnis und Auftrag sozialer Berufe“. In: Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (Hrsg.): Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre und Praxis Sozialer Berufe. Weinheim und Basel, S. 42–49.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe [www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/eigenstaendige-jugendpolitik.htm](http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/eigenstaendige-jugendpolitik.htm).

<sup>2</sup> Die Erhebung erfolgte mittels eines Online-Fragebogens sowie einer vertiefenden qualitativen Befragung in ausgewählten Einrichtungen. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf der Auswertung von 104 Fragebögen, die in erster Linie aus Einrichtungen der Jugendberufshilfe, Hilfen zur Erziehung, der offenen Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit stammen.

<sup>3</sup> AWO (2013).

<sup>4</sup> Für einen Überblick siehe Reitz (2015).

<sup>5</sup> Vgl. Rieger; Straßburger (2014).

<sup>6</sup> Vgl. Burczyk (2014).

<sup>7</sup> Zugrunde gelegt wurde eine 5-stufige Skala, anhand derer verschiedene Argumente, Aussagen und Partizipationsformen/-beispiele hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien eingeschätzt wurden. Für eine ausführliche Erläuterung zu den unterschiedenen Partizipationsformen siehe auch AWO-Leitfaden.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Knauer; Sturzenhecker (2005).

<sup>9</sup> Es handelt sich hierbei um Angaben aus offenen Fragen.

<sup>10</sup> Siehe hierzu [www.dkhw.de](http://www.dkhw.de); [www.kinderpolitik.de](http://www.kinderpolitik.de).

<sup>11</sup> Siehe hierzu die Handlungsempfehlungen des Bundesjugendkuratoriums: Betz et al. (2010), S. 279 ff.

<sup>12</sup> Siehe hierzu z. B. AWO Bundesverband (2015).



**Nicht (mit uns)  
verbunden**

**Jugendliche jenseits des  
Hilfesystems und Anfor-  
derungen an Fachkräfte**

Monika Rosenbaum

**D**ie Jugendsozialarbeit kümmert sich um die Jugendlichen, die aus dem Normalitätsraster gelingenden Aufwachsens herausfallen, insbesondere in der Schule oder beim Übergang ins Berufsleben. Die Fachkräfte – ein breites Spektrum von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen und Diensten der Jugendsozialarbeit – verfügen entsprechend über das Methodenrepertoire und die Ansätze, um diesen Jugendlichen innerhalb eines differenzierten Maßnahmesystems weiterzuhelfen. Grundvoraussetzung dafür ist es, dass sie erst einmal Zugang zu diesen Jugendlichen gewinnen. In diesem Beitrag geht es um den Blick auf jene Jugendlichen, die sich unserem Zugriff entziehen, die wir übersehen, die aus allen Rastern staatlicher Vorgaben oder individueller Wahrnehmung fallen. Die Kategorie „NEETs“ vereinfacht zwar den fachlichen Austausch, läuft aber in einem verkürzten Verständnis Gefahr, die innere Differenzierung dieser Gruppe zu verschleiern.

## **Immer auf der Suche: Lernen von der Social Patrol in Odessa**

Durch frühere Beratungseinsätze in Osteuropa kenne ich seit knapp zehn Jahren die international gut vernetzte NGO „Way Home“ in Odessa, die Obdachlose, Straßenkinder und Suchtkranke unterstützt, mit oft nach internationalen Standards ausgebildeten Mitarbeitern/-innen. Ein langjähriges Angebot ist die „Social Patrol“: ein im wörtlichen Sinn aufsuchendes Angebot für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die überwiegend „auf der Straße“ leben.

Die „Straßenkinder“ in Odessa können bis heute auf eine reiche Basis von Unterschlupfmöglichkeiten zurückgreifen: verfallene Abrisshäuser, die Katakomben oder – bei großer Kälte – auch unterirdische Höhlen der Fernwärmerohre. Zugleich leben die Kinder und Jugendlichen beständig in Angst vor Gewalt und Übergriffen und wechseln deshalb häufig ihren Unterschlupf. Die „Social Patrol“ hat seit vielen Jahren die Aufgabe, aktuelle Treffpunkte aufzusuchen, aber zugleich auch kontinuierlich nach neuen Unterkunftsorten zu recherchieren: Die langjährigen Mitarbeiter/-innen sprechen mit den Straßenkindern, aber auch mit Nachbarn/-innen, Ladenbesitzern/-innen und anderen, die Hinweise geben können, sie verfolgen Baustellen oder polizeiliche Schwerpunkte und tauschen sich mit anderen NGOs aus. Die „Social Patrol“ findet aber nicht nur Orte, sondern identifiziert auch neue Themen wie neue Drogen und Konsumarten, die dann dokumentiert oder gar erforscht, vielleicht sogar zum Inhalt neuer Angebote werden.

---

**Stefan – im Wechselspiel der Konjunktur**  
**Anton – Versorgter in Wartestellung**  
**Rebecca – Realitätsflucht** Nicole – Fremdbestimmte Laufbahnwahl  
Sibel – Erfolglos im Bildungserwerb, Erfolglos am Arbeitsmarkt  
**Sam – IT-verliebter Träumer aus gutem Hause**  
**Tom – Freiwilliges Trampelerleben** **Tim – Identitätskrise und Spielsucht**  
**Ian – Heroin, Kleinkriminalität und Bewährungsaufgabe. Therapie als Wendepunkt**  
**Daniel – Kriminelle Peergroup bis zum Wendepunkt**  
**Peter – Leistungsnorm unerreichbar** **Theresa – Mehrfache Betreuungspflichten**  
**Cem – Resignierter Außenseiter und Drogensucht**  
Eva – Folgen verdrängter Traumata: Lernbehinderung, Lethargie und soziale Isolation  
**Nora – Gesundheitliche Langzeitschäden einer Negativentwicklungsgeschichte**  
**Ariana – Mehrfachstigma**  
**Mirko – Gesellschaftlicher Außenseiter**  
**Tina – Niedrigqualifizierte Alleinerzieherin**  
**Josef – Strukturell bedingter Außenseiter**  
**Ermina – Sprachbarrieren und deren Auswirkungen**

Quelle: Kurztitel der Einzelfallportraits (Stadlmayr, Lankmayer in Bacher u. a. 2014: 223–444)

Im direkten Kontakt mit den Jugendlichen geht es um Gespräch und Überlebenshilfe, aber auch um Angebote zur Änderung der Situation: So ging es bei meinem Besuch im Herbst 2013 um das Thema Schule, denn in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion spielt die schulische Bildung eine große Rolle. „Way Home“ versucht, durch verschiedene Angebote Kindern und Jugendlichen den (Wieder-)Einstieg in den Besuch des Schulunterrichts zu ermöglichen: Wir haben ein junges Paar kennengelernt, das zu dem Zeitpunkt schon über Jahre einen Raum im verrotteten Keller eines verfallenen Hauses bewohnte. Die Akzeptanz dieser Entscheidung bildete aber die Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen, die es beiden ermöglichte, tatsächlich noch einen Schulabschluss zu erreichen – eine Grundbedingung für soziale Mobilität.

Der Blick in die Ukraine zeigt einige der Voraussetzungen für gelingende Angebote:

- Fachkräfte, die über viele Jahre verlässlich als Ansprechpartner/-innen verfügbar sind;
- Fachkräfte und Dienste, die kontinuierlich auf der Suche sind nach Jugendlichen, die systematisch Wissen über „ihre“ Jugendlichen sammeln und aktualisieren sowie spezielle aufsuchende Angebote zu einem integralen Bestandteil ihres Angebotes machen;

- Fachkräfte, die Entscheidungen der Jugendlichen akzeptieren (dürfen), auch wenn diese schwer auszuhalten sind;
- flexible, bedarfsorientierte Angebote, die auf neue Herausforderungen reagieren und dazu beitragen, die Lebensläufe Jugendlicher im Fluss zu halten.

## Die Vielfalt der jungen Menschen – verborgen im NEET-Indikator

Wie lässt sich die „Suche“ nach Jugendlichen, die aus unseren Rastern fallen, umsetzen? Die BAG KJS befasst sich bereits seit Längerem mit den „Unerreichbaren“, besonders mit denen, die als Konsequenz einer Politik des Forderns und Förderns aus Leistungsbezügen und dem Einflussbereich der Jugendsozialarbeit verschwanden. Eine nicht veröffentlichte Vorstudie nennt sie „verlorene Jugendliche“, eine 2013 veröffentlichte Studie bezeichnet sie als „ausgegrenzte Jugendliche“ und im Sommer 2015 sprach eine von der BAG KJS unabhängige, aber teils von denselben Autoren/-innen verfasste Studie von an Übergangsprozessen scheiternden und in der Folge vom System „entkoppelten“ Jugendlichen (in den USA:



disconnected youth), die „aus institutionellen Bezügen – wie Schule oder Ausbildung –, zum anderen aber auch aus sozialen Netzwerken und Hilfeinrichtungen herauszufallen“ drohen.<sup>1</sup>

Zwar können viele Fachkräfte und Forscher/-innen mit diesen Begriffen etwas anfangen – weil sie jedoch keineswegs eindeutig oder trennscharf sind, beziehe ich mich auf den etwas anders gelagerten NEET-Begriff. Auch in Deutschland gewinnt aktuell der Begriff der NEET (Not in Education, Employment or Training)-Jugendlichen an Bedeutung. Die Bezeichnung NEET wurde in den 90er-Jahren in Großbritannien entwickelt und war ursprünglich auf 16- bis 18-jährige Jugendliche bezogen. Die Bezeichnung NEET ist aber mittlerweile international gebräuchlich: So bilden NEET-Jugendliche eine wichtige Zielgruppe der europäischen Jugendgarantie<sup>2</sup>, der Begriff spielt auch eine Rolle in den aktuellen Verhandlungen über die „2013-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen – als einziger reiner Jugendindikator der aktuell diskutierten nachhaltigen Entwicklungsziele mit dem Ziel, die Zahl der NEET-Jugend deutlich zu reduzieren.<sup>3</sup>

Der NEET-Begriff entspricht dabei keinesfalls der Zielgruppe von § 13 (1) SGB VIII, trotz manchmal erfolgreicher Gleichsetzungen.<sup>4</sup> Tatsächlich bildet der NEET-Begriff ein oft prakti-

sches Hilfskonstrukt, obwohl er auch kritisiert werden kann, da er z. B.:

- eine viel zu statische Restkategorie bildet,
- die jungen Menschen reduziert auf eine auf den Arbeitsmarkt bezogene Defizitkategorie,
- ein Problem statt eines möglichen Wertes betont oder
- als Indikator dazu einlädt, politische Maßnahmen in erster Linie auf die Reduktion von Zahlen auszurichten.<sup>5</sup>

Hilfreich ist der NEET-Begriff, insofern er einen länderübergreifenden Vergleich und Austausch ermöglicht. Als Indikator verdeutlicht er, „dass ein bestimmter Anteil der Jugendlichen von Angeboten der Beschäftigungs- und Bildungspolitik nicht erreicht wird bzw. dass diese nicht angenommen werden“<sup>6</sup>. Eine Orientierung am NEET-Begriff erfordert m. E. unbedingt die Berücksichtigung, dass es sich um eine heterogene Gruppe handelt: Sie umfasst als erwerbslos gemeldete Jugendliche, obdachlose Jugendliche, junge Mütter, Jugendliche, die sich (mit klarem zeitlichem Ende) zwischen zwei Lebensphasen befinden usw.

Wer „NEET“ als zusammenfassenden Begriff akzeptiert für die Jugendlichen, die aus dem Raster fallen, die Angebote nicht wahrnehmen wollen oder können, muss sich mit der Heterogenität der NEET-Gruppe intensiver auseinandersetzen. Dazu fin-

---

det sich spannende Lektüre in einer aktuellen Studie zu NEET-Jugendlichen, die in Österreich durchgeführt wurde – also in einem Land, das genau wie Deutschland auf eine im europäischen Vergleich extrem niedrige NEET-Quote blicken kann. In der vom österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in Auftrag gegebenen Studie wurden nicht nur bisherige Forschungsergebnisse zusammengetragen und um quantitative Sekundärauswertungen ergänzt, sondern ca. 70 qualitative Interviews durchgeführt und in einer Weise systematisiert, die einerseits genau die Heterogenität der NEET-Jugendlichen in den Blick rückt, zugleich aber durch die analytische Einordnung eine leichtere Diskussion über Strategien ermöglicht.

Zwanzig auf Basis narrativer Interviews erstellte Einzelfallportraits werden in der Studie auf ca. 150 Seiten detailliert vorgestellt und zeigen eine Vielzahl von Faktoren auf, die im individuellen Lebenslauf eine Bedeutung erlangen, die sich überlappen oder bedingen können, z. B. sozialer Status der Eltern, Migrationshintergrund, Geschlecht, familiärer Betreuungsbedarf oder psychische Erkrankungen. Dieser Teil des Berichts lädt in besonderer Weise ein zur Auseinandersetzung mit der eigenen Wahrnehmung und professionellen Bewertung von NEET-Situationen sowie möglichen Handlungsalternativen.

Wenn das „Europäische Netzwerk der Arbeitsagenturen“ sich mit NEET-Jugendlichen befasst, geht es – wie nicht anders zu erwarten – darum, (a) nicht registrierte junge Menschen zu identifizieren und (b) die Angebote der Arbeitsagenturen so zu verändern, dass diese jungen Menschen davon erreicht werden.<sup>7</sup> Die Jugendsozialarbeit dagegen zielt nicht allein ab auf die Arbeitsmarktintegration, sondern auch auf die Persönlichkeitsentwicklung und hat dadurch die Chance, sich Jugendlichen unvoreingenommen zu nähern – auch denen, die wie in der österreichischen Studie z. B. finanziell abgesichert, sozial integriert sind oder deren Lebensentwurf mittelfristig gar keine Erwerbsarbeit vorsieht.

## Das Problem anderer Leute ...? – Fachkräfte auf der Suche nach Zuständigkeiten

Douglas Adams verrät in einem der „Per Anhalter durch die Galaxis“-Bände, am einfachsten ließe sich Beliebiges unsichtbar machen, indem man es mit einem PAL-Feld, einem Problem-anderer-Leute-Feld umgibt. Viele der jungen Menschen, die von den existierenden Angeboten nicht erreicht oder nicht angesprochen werden, befinden sich selbst für die Jugendsozialarbeit in einem solchen PAL-Feld, sind also das „Problem anderer Leute“.

Dieses aufzulösen und die NEET-Jugendlichen somit zu unserem Thema, unserem Problem zu machen, ist ein bereits überfälliger Schritt, lässt sich aber nicht auf Sondermaßnahmen reduzieren, die von speziellen Fachkräften umgesetzt werden.

NEET-Jugendliche wahrzunehmen und anzusprechen, sollte ins Tagesgeschäft integriert werden. Das Wissen um verschiedene biografische Verläufe und Faktoren, die zu einem NEET-Status und entsprechend unterschiedlichen Gruppen der „Unerreichten“ führen, kann einen ersten Schritt zur Annäherung an diese Gruppe bilden – auch für erfahrene Fachkräfte. Es gibt mittlerweile eine wachsende Zahl von Untersuchungen, die die Gruppe der NEET-Jugendlichen quantitativ oder qualitativ bestimmen, die Risikofaktoren herausarbeiten oder Policy-Empfehlungen entwickeln (vgl. Literaturliste). Ergänzt werden sollte dies aber durch eigene Recherche innerhalb von Verbänden oder Einrichtungen. Diese Recherche, nicht zuletzt in Gesprächen mit Jugendlichen in Einrichtungen oder Maßnahmen, muss zur Gewohnheit werden und das Wissen der Organisation bereichern.

Die österreichische Studie schlägt vor, die NEET-Jugendlichen entlang zweier Dimensionen zu differenzieren: (a) Wie aktiv bemühen sie sich um eine Änderung dieses Status? (b) Wie verfestigt ist der NEET-Status? Diese – möglicherweise auch noch weitere – Dimensionen können die Grundlage für eine Bestimmung differenzierter Angebote sein. Allerdings ist das Wissen darum, dass irgendwo bestimmte Jugendliche sich unseren Angeboten entziehen, nicht gleichzusetzen mit dem Können, diese anzusprechen.

Im europäischen Projekt „EnGage. Train the Trainer to Engage NEETs“ wurden Trainer/-innen der beruflichen Bildung dazu befragt, ihre Arbeit in den drei Bereichen Ansprache (reaching), Motivieren (motivating) und Unterstützung (supporting) zu bewerten und Unterstützungsbedarfe zu formulieren. Mit weitem Abstand am schlechtesten bewertet wurde die Ansprache, die Kontaktaufnahme (reaching), die von 48 Prozent der Trainer/-innen sogar als schlecht bewertet wurde. Trotzdem wurden Qualifizierungsangebote, die sich speziell auf die Phase der Ansprache beziehen, von den Trainern/-innen kaum gewünscht.

Ich habe mit Kollegen/-innen gesprochen, die das Glück haben, über viele Jahre an bestimmten öffentlichen Stellen (z. B. Jugendzentren) regelmäßig präsent zu sein und damit auch „zufälligen“ Kontakt zu Jugendlichen aufzubauen bzw. zu halten, selbst wenn diese keinen Unterstützungsbedarf haben bzw. äußern. Die Mehrheit der Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit bewegt sich aber in klarer definierten beruflichen Handlungsfeldern, in denen die Möglichkeit des Kontakts zu Jugendlichen außerhalb der eigenen Maßnahme oder Zielgruppe kaum besteht. Der aufsuchende Kontakt jenseits dieser Handlungsfelder ist nicht einfach und erfordert sowohl ein Konzept als auch Übung – ähn-

# „Jugendliche außerhalb unseres Blicks: unerreichbar oder nur gut verborgen?“

lich wie bei jeder anderen Akquise, die die Möglichkeit der Ablehnung immer schon einschließt – Ablehnung, die selbst systemisch ausgebildeten Fachkräften an die Nieren geht und zudem oft nach außen zu rechtfertigen ist.

Sind Recherche und Kontaktaufnahme gelungen, sind die Anforderungen dieselben wie z. B. bei den Jugendlichen, die immer wieder in Kontakt gehen, ohne je Angebote wirklich wahrzunehmen: neben methodischer Kompetenz und der Fähigkeit zum Kontaktaufbau auch die Professionalität, Jugendlichen Handlungsspielräume aufzuzeigen, ihnen aber die eigene Verantwortung zu lassen. Streetwork und Schulverweigerungsprojekte sind hier spezialisiert und Quellen kreativer Ideen (z. B. rund um Computer oder Hunde, ...). Zu hilfreichen Qualifizierungsangeboten zählt z. B. die systemische Beratung, weil diese auch Elemente wie die Schulung der eigenen Wahrnehmung oder aktivierende Fragen umfasst. Wollen wir Jugendliche und junge Erwachsene erreichen, die durch unsere Raster fallen, müssen wir die Raster ändern – neben den Vorgaben der Programme und Förderbereiche auch die Grenzen unserer Wahrnehmung. Informiert durch Studien und eigene Recherche, können wir sie aufsuchen, Kontakt aufbauen und Angebote machen – als integrierte „Social Patrol“, die sich nicht begrenzt auf Straßen und Hinterhöfe. //

## Die Autorin:

Dr. Monika Rosenbaum ist Mitarbeiterin der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle (SoWiFo) und Bildungsreferentin in der IN VIA Akademie in Paderborn. E-Mail: [m.rosenbaum@invia-akademie.de](mailto:m.rosenbaum@invia-akademie.de)

## Literatur:

BACHER, Johann; Tamesberger, Dennis; Leitgöb, Heinz; Lankmayer, Thomas (2014): Not in Education, Employment or Training: Causes, Characteristics of NEET-affected Youth and Exit Strategies in Austria.

BACHER, Johann u. a. (2014): Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe „NEET“. Studie von ISW, IBE und JKU im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Sozialpolitische Studienreihe, 17).

BALDWIN, Eric J. (2012): Reengaging disconnected youth.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (BMAS) (2014): Nationaler Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland.

CARCILLO, Stéphane; Königs, Sebastian; Minea, Andreea;

Fernández, Rodrigo (2015): NEET Youth in the Aftermath of the Crisis. Challenges and policies. OECD Social, Employment and Migration Working Papers. Paris.

ELDER, Sara (2015): What does NEETs mean and why is the concept so easily misinterpreted? ILO Technical Brief.

EUROFOUND (Hrsg.) (2012): Junge Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren („NEETs“): Merkmale, Kosten und Reaktionen der Politik in Europa. Zusammenfassung.

EUROFOUND (Hrsg.) (2012): NEETs. Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe.

HALL, Anne-Mari; Metcalfe, Helen; Irving, Pat (2015): PES Practices for the Outreach of NEETs. A contribution of the Network of Public Employment Services. Hrsg. v. European Commission.

KATARZYNA Łobacz, Klimek, Jordan (2014): VET Trainers for young NEETs in the European countries. Training needs and Good Practices.

MÖGLING, Tatjana; Tillmann, Frank; Reißig, Birgit (2015): Entkoppelt vom System: Jugendliche am Übergang ins junge Erwachsenenalter und Herausforderungen für Jugendhilfestrukturen. Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Hrsg. v. Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH.

ROYLE, Karl; Colfer, Scott (2010): The breadth and scope of computer games in learning: Applications to 14 to 19 learners with a specific focus on applicability to those who are classified as Not in Employment, Education or Training (NEET).

TILLMANN, Frank; Gehne, Carsten (2012): Situation ausgegrenzter Jugendlicher. Expertise unter Einbeziehung der Praxis. Hrsg. v. BAG KJS.

WEIHMANN, Katrin (2015): „Mobilität und Benachteiligung: Wie können transnationale Erfahrungen Ausbildungs- und Arbeitschancen junger Menschen verbessern?“ In: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Nr. 13/Mai 2015, S. 19–22.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Mögling; Tillmann; Reißig (2015), S. 6.

<sup>2</sup> Vgl. BMFSFJ (2014).

<sup>3</sup> Vgl. Elder (2015).

<sup>4</sup> Z. B. Weihmann (2015), S. 20.

<sup>5</sup> Vgl. Royle; Colfer (2010), S. 6.

<sup>6</sup> Tamesberger (2013), S. 14.

<sup>7</sup> Hall; Metcalfe; Irving (2015), S. 49.



# *Was kann und muss die Jugendhilfe von Systemsprengern/-innen lernen?*

---

Insbesondere im Kontext der Hilfen zur Erziehung wird wieder vermehrt über Kinder und Jugendliche gesprochen, die nicht in feste Maßnahmenprofile passen (wollen) oder die (rückblickend) an den Angebotsstrukturen der Jugendhilfe gescheitert sind. Aber vielleicht können Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit gerade von diesen Jugendlichen viel lernen?

---



---

Junge Menschen, die mit bestehenden Angeboten und etablierten Hilfeformen nicht erreicht werden, werden in der Fachdebatte in unterschiedlicher Weise u. a. als ‚Ausreißer- oder Trebegänger/-innen‘, ‚Straßenkinder‘, ‚die Schwierigsten‘, ‚Problem- und Risikojugendliche‘, ‚Erziehungsresistente‘ thematisiert oder neuerdings auch als ‚Systemsprenger/-innen‘ oder ‚Entkoppelte‘ bezeichnet. Gemein ist all diesen Etikettierungsversuchen, dass es sich offenbar um Kinder und Jugendliche mit multiplen ‚Problemhintergründen‘ handelt, aber auch, dass die Gründe, die für das Scheitern der Jugendhilfe vorgebracht werden, eher in einer ‚schwierigen‘ Persönlichkeitsstruktur dieser jungen Menschen wie auch in ungünstigen sozialen und biografischen Rahmenbedingungen als in der Struktur der von ihnen durchlaufenen Angebote bzw. der Logik des Hilfesystems gesehen werden.

So gilt als ‚Systemsprenger‘ vor allem im Bereich der stationären Erziehungshilfe der/die als „Hoch-Risiko-Klientel“ bezeichnete Jugendliche, der/die „sich in einer durch Brüche negativen Interaktionsspirale mit dem Hilfesystem, den Bildungsinstitutionen und der Gesellschaft befindet“ und der/die das Scheitern institutioneller Hilfesettings durch eine „als schwierig wahrgenommene Verhaltensweise aktiv mitgestaltet“<sup>1</sup>. Dabei wird häufig auf ein breites Spektrum an bereits durchlaufenen Maßnahmen und individuell zurechtgeschnittenen Settings verwiesen, die von Formen geschlossener Unterbringung bis hin zu hoch spezialisierten individualpädagogischen Angeboten im In- und Ausland reichen, an denen diese jungen Menschen bereits ‚gescheitert‘ sind.

Daher gelten Systemsprenger/-innen aus Sicht der Jugendhilfe gleichermaßen als eine Gruppe ‚hoch riskant agierender‘ wie ‚schwer zu vermittelnder junger Menschen‘.<sup>2</sup> „Das Etikett Systemsprenger“, so resümiert Matthias Schwabe die fachliche Diskussion, „rückt den jungen Menschen in die Nähe eines Terroristen, der Freude darin findet, Systeme in die Luft zu jagen“<sup>3</sup>. Das verwundert nicht, denn so hat der Begriff des ‚Systemsprengers‘ ursprünglich in sonderpädagogischen bzw. psychiatrischen Kontexten Verwendung gefunden.<sup>4</sup> Entgegen dieser Auffassung, die auf einer normativen Ebene eine ‚Verhaltensstörung‘ unterstellt, möchte ich an dieser Stelle für eine adressaten-/innenbezogene Perspektive plädieren, indem ich danach frage, ob und inwiefern ‚Systemsprenger/-innen‘ vor dem Hintergrund ihrer überwiegend negativen biografischen Erfahrungen mit dem Hilfesystem weiterhin Maßnahmen der Jugendhilfe brauchen.

Und wenn ich frage, ob die institutionalisierte Jugendhilfe nicht Systemsprenger/-innen braucht, impliziert diese Frage zunächst einmal die Überwindung einer defizitorientierten Sichtweise, nach der die Gründe für das Scheitern von Hilfen primär dem Individuum bzw. dessen eigenem Fehlverhalten zugeschrieben werden.

---

## Kinder und Jugendliche auf der Straße: Ausschluss aus dem Hilfesystem

Aufzeigen möchte ich dies am Beispiel von wohnungslosen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, deren Lebensmittelpunkt ‚die Straße‘ ist und die bereits im Vorfeld ihrer Straßenkarriere eine hohe biografische Belastung aufweisen, indem ihr Leben von zahlreichen Brüchen und Ortswechseln geprägt ist. Dazu haben sie zumeist eine Vielzahl an Hilfemaßnahmen (‚erfolglos‘) durchlaufen und werden von den klassischen Angeboten der Jugendsozialarbeit kaum oder gar nicht mehr erreicht. Offizielle Schätzungen der Bundesregierung gehen dabei von bundesweit zwischen 5.000 und 7.000 Kindern und Jugendlichen aus, die sich als harter Kern dauerhaft abseits der traditionellen Sozialisationsräume Familie, Schule und Jugendhilfe bewegen und bei denen der Aufenthalt in öffentlichen Räumen zumindest zeitweise zentraler Lebensmittelpunkt ist. Dazu spricht eine aktuelle Expertise des DJI von mehr als 20.000 ‚vom System entkoppelter Minderjähriger‘, die akut von institutioneller Ausgrenzung (Schule, Ausbildung sowie Arbeitsmarkt) betroffen und die von einem Abrutschen in die Wohnungslosigkeit und/oder in die Sucht bedroht sind. Als Folge mangelnder gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten drohen so entkoppelte und fragmentierte Lebensläufe mit fehlender Perspektive ‚in Bezug auf Wohnen, Ausbildung, Arbeit und Lebensplanung‘<sup>5</sup>, die wiederum – so ein Fazit dieser von der Vodafone-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie – enorme soziale Folgekosten hervorrufen.

## Welche Unterstützung brauchen wohnungslose Jugendliche?

Empirische Studien zur biografischen Situation von jungen Wohnungslosen verweisen darauf, dass die Ursachen für eine Abkehr vom traditionellen Unterstützungssystem oftmals in einer Verkettung von gescheiterten und/oder abgebrochenen Maßnahmen der Jugendhilfe zu sehen sind. So hat das DJI bspw. bereits Mitte der 1990er-Jahre in einer als ‚Endstation Straße?‘ betitelten Studie typische Verlaufsprozesse von Straßenkarrieren junger Menschen beschrieben, die in ihrer (negativen) Eigendynamik zu einer weiteren Abkehr vom Hilfesystem und zu einer gleichzeitigen Verfestigung risikobeladener Lebensstile im Straßenmilieu geführt haben.<sup>6</sup> Eigene Untersuchungen im Kontext niedrigschwelliger Hilfen bestätigen diese Beobachtungen und zeigen, dass es vor allem interventionsbezogene Formen der Hilfe sind, die einen hohen Grad an Verpflichtungen bzw. Erwartungsdruck mit sich bringen, die von diesen Jugendlichen bei der Planung weiterer Hilfen zurückgewiesen werden. Demgegen-

über werden häufig niedrigschwellige Angebote der Sozialarbeit wie Straßensozialarbeit oder aber auch das Beratungsangebot in Notschlafstellen weiterhin in Anspruch genommen und im Rahmen des Hilfeprozesses oft gar nicht mit dem klassischen Hilfesystem in Verbindung gebracht.<sup>7</sup>

Folgt man nun der Sichtweise wohnungsloser junger Menschen, so scheint es, dass es ihnen zunächst einmal gar nicht so sehr darauf ankommt, ob sich durch die Unterstützung, die sie durch niedrigschwellige Hilfen erhalten, eine ‚konkrete‘ Veränderung ihrer Situation erzielen lässt. Vielmehr sehen sie den Nutzen dieser Hilfeformen darin begründet, dass sie in krisenhaften Lebenssituationen Hilfe von jemandem bekommen, der ihre Bedürfnisse und Interessen auf institutioneller Ebene (z. B. gegenüber Behörden, Ämtern oder auch anderen Hilfetägern) vertritt, als Gesprächspartner/-in dient oder schlicht dabei hilft, eine Bleibe für die Nacht zu finden. Von zentraler Bedeutung ist, dass diesen Jugendlichen ein Gesprächsangebot offeriert wird, das nicht – wie in den Hilfen zur Erziehung üblich – an Interventionen ausgerichtet ist, sondern das ihnen zunächst einmal ein biografisches Erzählen innerhalb eines geschützten Raums ermöglicht. Auf diese Weise unterstützen niedrigschwellige Hilfen ihre Adressaten/-innen zunächst einmal dabei, ihre gegenwärtige Lebenssituation im Straßenmilieu zu festigen und eine weitere Verschlimmerung der Situation zu vermeiden, ohne dass dabei ein pädagogischer Veränderungsdruck auf sie ausgeübt wird. In diesem Sinne ergeben sich hier für eine niedrigschwellige und aufsuchende Jugendsozialarbeit Handlungsspielräume und Chancen. Mag vielen diese niedrigschwellige Form von Hilfe auf den ersten Blick nicht angemessen genug erscheinen, so ist sie aus Sicht dieser jungen Menschen, die ja als ‚Systemsprenger/-innen‘ eben an den strukturellen Vorgaben des Hilfesystems gescheitert sind, nicht hoch genug einzuschätzen, da sie oftmals eine grundlegende Voraussetzung darstellt, um weiterführende Hilfsangebote annehmen zu können. So ist schon die Bereitschaft der Jugendlichen als Erfolg zu werten, sich mit niedrigschwelligen Angeboten auseinanderzusetzen.

## Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten niedrigschwelliger Hilfen

Wechseln wir nun die Perspektive: Welche Art von Unterstützung, die über ein niedrigschwelliges Beratungsangebot hinausgeht, lässt sich etwa im Rahmen des § 13 (1) finden (und finanzieren), ohne dass sich dabei für ihre Adressaten/-innen die oben beschriebenen institutionellen Ausgrenzungserfahrungen wie auch das erneute ‚Sprengen‘ von Hilfesystemen wiederholen? Diese Frage ist natürlich nicht pauschal zu beantworten und wie

---

immer in der Sozialen Arbeit von den Umständen des konkreten Fallbezugs wie auch von den Angebotsstrukturen der lokalen Helfelandschaft abhängig. Auch stehen vor diesem Hintergrund die Mitarbeiter/-innen niedrigschwelliger Hilfen angesichts des riskant agierenden Verhaltens ihrer Zielgruppe in ihren beruflichen Entscheidungen vor dem ständigen Dilemma, zwischen intervenierenden und gewähren lassenden Handlungsstrategien abwägen zu müssen.<sup>8</sup>

Diese Handlungsproblematik führt eben dazu, dass es in der niedrigschwelligen Arbeit mit wohnungslosen Jugendlichen keine Best-practice-Modelle geben kann, die genau wissen, was das Beste für eine bestimmte Zielgruppe ist. Vielmehr und überhaupt kommt es darauf an, die lebensweltlich begründeten Entscheidungen wohnungsloser Jugendlicher fallhermeneutisch zu verstehen wie auch Wissen über infrage kommende Hilfesysteme abzurufen, um Handlungsoptionen für anzubahnende Unterstützungsangebote zu schaffen. Dies setzt ein Professionsverständnis von Sozialer Arbeit voraus, bei dem das Aushandeln von Unterstützungsmöglichkeiten, die sowohl für die Jugendlichen selbst als auch für andere akzeptabel sind, im Mittelpunkt des sozialpädagogischen Handelns steht. Erst indem wohnungslose Jugendliche in ihrer Abkehr vom Hilfesystem ernst genommen werden, kann es gelingen, zwischen den Anforderungen und Bedingungen neu anzubahnender Hilfen und den subjektiven Wünschen und Vorstellungen zu vermitteln. Hierbei sollte nicht der Anspruch verfolgt werden, für jeden Jugendlichen eine passende Hilfe zu finden. Dies gestaltet sich schon aus dem Grund als schwierig, als dass ‚Systemsprenger/-innen‘, die bereits Hilfen abgebrochen haben, nur schwer in weitere Hilfeformen zu vermitteln sind. Dementsprechend kommt es zum einen darauf an, zu erkennen, ob und für welche Hilfeformen welche Jugendlichen in ihrer jeweiligen Lebensphase ‚bereit‘ sind, und zum anderen gleichzeitig passende ‚sprengungsresistente‘ Angebote für diese Zielgruppe bereitzustellen.

## Jugendsozialarbeit muss auch jungen Erwachsenen über 18 Jahren zur Verfügung stehen

Beim Finden geeigneter Hilfesettings ergeben sich vor allem bei der Gruppe junger Erwachsener fast zwangsläufig Konflikte

zwischen den sozialrechtlichen Zuständigkeitsbereichen des SGB II und des SGB VIII. Zwar steht der rechtliche Anspruch auf Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) sowie vor allem auch die Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) prinzipiell jedem/-r jungen Volljährigen – in begründeten Ausnahmefällen sogar bis zur Vollendung des 27. Lebensjahrs – als Hilfe zur Verselbstständigung zur Verfügung; dies wird aber regional sehr unterschiedlich gehandhabt und in der Praxis nur in den seltensten Fällen angewandt. Junge Volljährige im Wohnungslosenmilieu geraten so stattdessen unmittelbar in den Zuständigkeitsbereich des SGB II, in dem sich aufgrund der an sie gestellten Leistungserwartungen und der geforderten Eigenverantwortung die institutionellen Ausgrenzungserfahrungen früherer Hilfesysteme häufig fortsetzen, was eine Wiederaufnahme sozialpädagogischer Arrangements im Rahmen der Jugendhilfe seitens niedrigschwelliger Hilfen erschwert. So gelten vor allem seit der umstrittenen Arbeitsmarktreform und dem damit verbundenen Sanktionsrecht wohnungslose junge Menschen aus Sicht der Sozialbehörden als ‚erwerbsfähige‘ Hilfebedürftige, denen in der Regel kein besonderer Förderbedarf im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) mehr zugestanden wird. Als Folge hiervon hat nach dem SGB II nur derjenige Anspruch auf Sozialleistungen, der dazu bereit und fähig ist, die an ihn gestellten Anforderungen der Wiedereingliederung zu erfüllen. Aufgrund dieser Rechtswirklichkeit werden vor allem jungen Erwachsenen im Straßenumfeld oftmals Hilfen gestrichen bzw. die Bezugsrechte für Transferleistungen gekürzt, wenn die Betroffenen im Sinne der vorgegebenen Regelungen nicht ausreichend mitwirken bzw. die Angebote von aktivierenden Maßnahmen nicht annehmen. Dies führt bei diesen Jugendlichen – die zum Teil gar nicht dazu in der Lage sind, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen – oft zu einer Verfestigung ihrer Straßensituation und damit zu einem weiteren Ausschluss aus dem Hilfesystem. Vor allem junge Erwachsene geraten dabei so in die Gefahr, endgültig und dauerhaft in den Zuständigkeitsbereich des Sozialhilfesystems abgeschoben zu werden.

## Braucht die Jugendhilfe Systemsprenger/-innen?

Zuerst einmal benötigt die Jugendhilfe – wie jedes andere Hilfesystem natürlich auch – Klienten/-innen, die an ihren

# „Jugendsozialarbeit muss auch jungen Erwachsenen über 18 Jahren zur Verfügung stehen“

Angebotsstrukturen scheitern. So brutal und banal es klingen mag: Ohne die Möglichkeit des ‚Misslingens‘ von Hilfe wäre im Umkehrschluss auch kein ‚Gelingen‘ von Hilfe möglich. Praktiker/-innen niedrigschwelliger Hilfen müssen daher in ihrer Arbeit mit Systemsprengern/-innen ein doppeltes Risiko eingehen, indem sie einerseits mit dem Scheitern von Hilfeofferten zu rechnen haben wie auch das ‚riskante‘ Agieren ihrer Adressaten/-innen abseits pädagogischer Räume aushalten müssen.

Nichtsdestotrotz stellen niedrigschwellige Hilfsangebote einen wichtigen Baustein im Leistungsspektrum der Jugendhilfe wie auch an der Schnittstelle zu anderen Sozialsystemen (z. B. SGB II) dar. Sie bieten vor allem ‚schwierigen‘ jungen Menschen, die aufgrund sozialer wie auch biografischer Umstände aus den Regelangeboten der Jugendhilfe herausgefallen sind, die Möglichkeit einer für sie akzeptablen Form der Unterstützung. Hieraus können sich wiederum im weiteren Hilfeverlauf ggf. weitergehende Hilfesettings entwickeln. Dabei verfolgen niedrigschwellige Hilfen jedoch nicht den Anspruch, alle Jugendlichen erreichen zu müssen. Auch lehnen sie den in der sozialpolitischen Diskussion formulierten Anspruch nach ‚Inklusion‘ oftmals ab, der eben für die hier beschriebene Zielgruppe keine realistische sozialpädagogische Zielsetzung sein kann. Vielmehr und vor allem bauen sie auf die Freiwilligkeit einer Angebotsstruktur, die (zunächst einmal) darauf verzichtet, gesellschaftliche Normalitätsansprüche zu formulieren und stattdessen gemeinsam mit ihren Adressaten/-innen versucht, individuelle Lösungswege für oftmals aussichtslos erscheinende Problemstellungen zu finden.

Das Wissen über die Perspektive und die biografische Situation von Systemsprengern/-innen hilft der Jugendhilfe dabei, über die Wirksamkeit/das Versagen ihrer Angebotsstrukturen und Maßnahmen nachdenken zu können. Vor diesem Hintergrund wäre die Implementierung eines vernetzten Hilfesystems wünschenswert, das wohnungslosen Jugendlichen auf verschiedenen Ebenen individuelle Hilfestellungen bietet und an den speziellen Bedürfnissen dieser Adressaten/-innengruppe ausgerichtet ist sowie sich ferner auf sozialpolitischer Ebene für eine Umsetzung geltender Rechtsnormen (SGB VIII, ‚Jugendsozialarbeit‘ sowie ‚Hilfen für junge Volljährige‘) einsetzt. Vor diesem Hintergrund sollte die Jugendhilfe wie auch die Jugendsozialarbeit diesen jungen Menschen ein breites Spektrum an auf Freiwilligkeit basierenden Angeboten bereitstellen können, die von diesen auch zu einem späteren biografischen Zeitpunkt (auch über das 18. Lebensjahr hinaus) bei Bedarf in Anspruch genommen werden können. So könnte das Sprengen von Systemen auch eine produktive Wirkung haben und zu Innovationen im Hilfesystem führen. //

Der Autor:

Prof. Dr. Frank Mücher ist Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Fachhochschule Bochum. E-Mail: [muecher@efh-bochum.de](mailto:muecher@efh-bochum.de)

Literatur:

BAUMANN, Menno (2010): Kinder, die Systeme sprengen. Wenn Jugendliche und Erziehungshilfe aneinander scheitern. Baltmannsweiler.

BAUMANN, Menno (2014): „Jugendliche Systemsprenger – zwischen Jugendhilfe und Justiz (und Psychiatrie)“. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (25), 2/2014, S. 162–167.

MÖGLING, Tatjana; Tillmann, Frank; Reißig, Birgit (2015): Entkoppelt vom System. Jugendliche am Übergang ins junge Erwachsenenalter und Herausforderungen für Jugendhilfestrukturen. Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Düsseldorf.

MÜCHER, Frank (2010): Prekäre Hilfen? Soziale Arbeit aus der Sicht wohnungsloser Jugendlicher. Wiesbaden.

MÜCHER, Frank; Uhlendorff, Uwe (2015): „Das fragendbegleitende Gespräch. Sozialpädagogische Diagnostik im Kontext von Jugendwohnungslosigkeit“. In: Dollinger, Bernd; Oelkers, Nina (Hrsg.): Sozialpädagogische Perspektiven auf Devianz. Weinheim, S. 49–67.

SCHWABE, Mathias; Stallmann, Martina; Vust, David (2013): Freiraum mit Risiko. Niedrigschwellige Erziehungshilfen für sogenannte Systemsprenger/innen. Ibbenbüren.

Anmerkungen:

<sup>1</sup> Baumann (2014), S. 162.

<sup>2</sup> Vgl. Schwabe et al. (2013), S. 19.

<sup>3</sup> Ebd., S. 26.

<sup>4</sup> Vgl. Baumann (2010), S. 14 f.

<sup>5</sup> Mögling et al. (2015), S. 25.

<sup>6</sup> Permien; Zink (1998).

<sup>7</sup> Vgl. Mücher (2010).

<sup>8</sup> Vgl. Mücher; Uhlendorff (2015).

# ***„Früher habe ich mir nichts zugetraut!“***

***Wie das Kölner Programm „Rückenwind“  
Schulverweigerer/-innen in den Lernalltag integriert***

---

Rebekka Sommer





**W**enn Kerstin Josephs neu in eine Schulklasse kommt, läuft oft das gleiche Muster ab: „Die Lauten, die Störer in der Klasse, die sogenannten Klassenclowns – die nehmen direkt Kontakt zu mir auf“, erzählt die Sozialarbeiterin. Unweigerlich lächelt sie, wenn sie an eine dieser Episoden denkt: Ein Junge, siebte Klasse, öffnet ihre Haltung nach, wie sie etwas abseits im Klassenraum sitzt und beobachtet. „Ich merke das – und sofort ist da ein Draht zwischen uns. ‚So, und Sie sitzen jetzt einfach so hier?‘, fragt er mich forsch, ‚und dafür werden Sie bezahlt?‘“ Ein wenig Zeit vergeht im Unterricht, und Kerstin Josephs fallen weitere Kinder auf: Zum Beispiel das Mädchen, das von den Klassenkameraden gemobbt wird. „Die Mädchen und Jungen müssen für eine Aufgabe die Plätze tauschen, aber keiner will auf ihrem Platz sitzen. Die Lehrerin sagt über das gemobbte Kind: ‚Die ist aber auch schwierig ...‘“ Dann sind da die Schülerinnen und Schüler, die sich im Unterricht schier unsichtbar machen, die immer fünf Minuten früher kommen, weil sie nicht auffallen wollen – und die, die gar nicht auffallen können, weil sie dauernd fehlen, oft von den Eltern entschuldigt. „Einmal klopfte ich an einem Klassenzimmer, um ein Kind für ein Einzelgespräch abzuholen“, berichtet Kerstin Josephs. „Der Lehrer sagte: Er ist nicht da. Der Junge war aber da. Er hatte es geschafft, den ganzen Tag nicht bemerkt zu werden.“

„Passive Schulverweigerung“ sagen Kerstin Josephs und ihre Kolleginnen im Programm „Rückenwind“, wenn Kinder sich so sehr aus dem Unterricht herausziehen, dass sie den Lehrstoff nur bruchstückhaft aufnehmen können. „Aktive Schulverweigerung“ heißt es im Fachjargon, wenn Kinder laut sind, rebellieren oder „blaumachen“, wie man gemeinhin sagt. Die Aufgabe der Sozialarbeiterinnen von „Rückenwind“ ist es, die Gründe für das Fehlen, Stören und Verweigern mög-

lichst früh zu erkennen und mit Schülern/-innen, Lehrern/-innen und Eltern tragfähige Lösungen dafür zu erarbeiten, damit möglichst jedes Kind lernt, sich in ein Regelsystem wie das der Schule zu integrieren – und hoffentlich mit einem Abschluss von der Schule geht.

---

## *„Zeit ist ein wesentlicher Faktor für erfolgreiche Arbeit.“*

---

Seit dem Jahr 2006 ist das Angebot für Schulverweigerer/-innen an mittlerweile sechs Kooperationsschulen in den Kölner Stadtteilen Kalk und Mülheim verankert. Die ersten acht Jahre wurde das Projekt „Schulverweigerung – Die 2. Chance“<sup>1</sup> durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Das direkte Nachfolgeprogramm „Rückenwind – Gemeinsam gegen Schulfrust“ wird seit Beginn dieses Jahres aus kommunalen Mitteln in Form von flexiblen Erziehungshilfen ermöglicht und mit Stiftungsgeldern bezuschusst. Von ursprünglich 15 ist die Zahl der beteiligten Schüler/-innen auf 40 angestiegen – es gibt immer eine Warteliste. „Nach knapp zehn Jahren haben wir uns etabliert und müssen nicht mehr um unsere Existenz kämpfen“, sagt Uta Schumann, die das Programm viele Jahre lang für die IB West gGmbH leitete und die Teamleitung erst kürzlich an ihre Kollegin Kerstin Josephs übergab. Bis 2016 ist das Projekt gesichert, dann entscheidet das Jugendamt – nach Haushaltslage – neu. Die Jugendamtsleitungen von Kalk und Mülheim haben das Programm bis jetzt aber stets unterstützt.

Mehrere Mitarbeiterinnen von „Rückenwind“ haben einen beruflichen Hintergrund in der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPHF). Familienhilfe, so ihre Überzeugung, funk-

---

tioniert in der Schule besonders gut: „weil sie direkt in den Alltag integriert ist“, sagt Teamleiterin Josephs. Die Hürde, teilzunehmen, sei relativ gering, weil Kinder und Eltern das Umfeld bereits kennen und keine zusätzlichen Zeiten und Wege aufwenden müssen – die Einzelgespräche mit den Kindern und die Lernförderung in Kleingruppen finden innerhalb der Schulzeit statt und die Sozialarbeiterinnen haben eigene Räume in den Schulen. Weil das Angebot im Rahmen der Schule stattfindet, halten sich auch die Bedenken der Familien davor in Grenzen, dem Jugendamt bekannt zu werden – dieses erhält Einblick in die nicht anonymisierten Akten. Es sind dort feste Koordinatoren/-innen für das Programm zuständig – ebenso wie feste Ansprechpersonen, Lehrer/-innen oder Schulsozialarbeiter/-innen, an den Schulen. „Das hat sich bewährt“, sagt Schumann.

Davon abgesehen hat sich im Programm vor allem eins bewährt: Zeit. Nach Ablauf der ESF-Förderung können die Sozialarbeiterinnen zwei statt früher maximal anderthalb Jahre lang mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten. In diesem Zeitraum gelinge es besser, Beziehungen zu allen Beteiligten aufzubauen und die eigentlichen Probleme hinter der Schulverweigerung zu erkennen, sagt Uta Schumann. Außerdem können jetzt schon Schüler/-innen ab dem 5. Schuljahr statt wie früher ab dem 12. Lebensjahr aufgenommen werden. Je früher die Hilfen, desto besser, meinen Schumann und ihre Kolleginnen. Jüngere Kinder seien dafür zugänglicher als Jugendliche, bei denen die Regeln der Peer-group meist wichtiger sind als die Grenzen und Regeln der Schule. Dass sich die Gründe für Schulverweigerung schon in der Grundschule anbahnen, davon ist die ehemalige Koordinatorin überzeugt: „Wenn wir Fünftklässler aufnehmen, sagen deren Grundschullehrer/-innen bei Rücksprache immer wieder, sie hätten schon in der zweiten Klasse Schwierigkeiten gemacht.“

Schwierigkeiten machen? Die Schule verweigern? Schulangst oder Schulfrust mit sich herumtragen? Die Jugendlichen selbst sagen: „Ich störe“, „Ich komme immer zu spät“ oder „Ich muss immer Aufmerksamkeit haben.“ Sie benennen Symptome: „Ich hatte sehr oft Nackenschmerzen und lag viel im Bett“, erzählt die 14-jährige Lara. „Meine Mama konnte mich verstehen und hat gesagt, ich soll nicht zur Schule gehen ...“ Als Laras Noten in Deutsch und Mathe immer schlechter wurden, schlug die Klassenlehrerin sie als Teilnehmerin für

„Rückenwind“ vor. Jetzt führt sie regelmäßig Gespräche mit ihrer Case Managerin und nimmt an der Lernförderung teil, die im Programm „Rückenwind“ von Lehramtsstudierenden angeboten wird. „Das hilft mir, weil ich dann zu Hause nicht alleine lernen muss“, sagt Lara, die den Realschulabschluss schaffen und Modedesignerin werden will. Besonders toll findet die Siebtklässlerin, dass die „Rückenwind“-Gruppe ihrer Schule manchmal Ausflüge macht – zum Beispiel in den Wald – und Geburtstage feiert. Sie glaubt, dass das Programm auch ihrer Familie hilft: „Weil die Sozialarbeiterin viel mit meiner Mutter redet, und die redet dann zu Hause mit mir.“

„Es gibt viele Gründe, weshalb Eltern die Schulverweigerung ihrer Kinder nicht bemerken oder sogar mit Entschuldigungen unterstützen“, erklärt Kerstin Josephs. „Manche haben selbst schlimme Schulerfahrungen gemacht und wollen ihre Kinder schützen. Andere werden ständig für ihren Umgang mit den Kindern kritisiert – erst im Kindergarten, später in der Schule. Wer so missverstanden wird, hat auf Dauer keinen guten Draht zu Lehrerinnen und Lehrern. Dann gibt es aber auch Eltern, die selbst oder deren Kinder aus den verschiedensten Gründen einfach nicht allein sein können.“ Schumann erinnert sich an ein Mädchen, das es nie länger als zwei Stunden in der Schule aushielt und dann nach Hause lief. Es stellte sich heraus, dass die Familie aus einem Kriegsgebiet geflüchtet war – das Mädchen hatte Angst, dass ihren Eltern etwas passieren könnte. „Unser Lösungsansatz war, dass sie aus dem Unterricht herausgehen und von meinem Raum aus zu Hause anrufen durfte.“ Manche Eltern verschließen aber auch die Augen vor dem Schule schwänzen, weil sie ihre Kinder zu Hause brauchen – als Babysitter für die Geschwister, Hilfen im Haushalt oder als Gesprächspartner/-innen.

„Letztendlich geht es bei ‚Rückenwind‘ fast immer um Erziehungsfragen“, erklärt Kerstin Josephs, „der Fokus liegt auf einer intensiven Elternarbeit.“ Die Wirkung des systemischen Ansatzes bemerken auch die Lehrer/-innen: „Viele sind dankbar für unsere Arbeit mit Eltern und Kindern, auch wenn es für sie erst einmal Mehrarbeit bedeutet, mit uns zu arbeiten.“ Die ständige Präsenz der Projektmitarbeiterinnen über zehn Jahre hinweg in den Schulen hat sich ausgezahlt: „Inzwischen kommen viele Lehrer/-innen auf uns zu und machen Vorschläge, welche Kinder wir ins Projekt einbeziehen könnten. Sie sind sensibler für die verschiedenen Formen der Schulverweigerung geworden und benennen nicht mehr nur

---

Kinder, die aktiv den Unterricht stören, sondern auch die, die sich aus allem zurückziehen.“

Weil das Problem der Schulverweigerung so vielschichtig ist, lässt es sich kaum in Zahlen fassen. Erst seit wenigen Jahren wird es in Deutschland wissenschaftlich erforscht, obwohl das Alltagsproblem an Schulen weitverbreitet ist. Laut Bildungsbericht 2014 haben in den Jahren 2006 bis 2012 in Deutschland zwischen 5,9 und 8 Prozent der Schulabgänger/-innen die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen.<sup>2</sup> Dass den Schulabbrüchen häufig eine Phase der Schulverweigerung vorausgeht, ist anzunehmen. Einen Anhaltspunkt für die Größenordnung des Problems bietet auch die Abschlussstatistik von „Die 2. Chance“: Bundesweit haben 200 Koordinierungsstellen zwischen 2008 und 2013 mehr als 16.000 aktiv oder passiv schulverweigernde Schüler/-innen im Case Management erreicht, 61 Prozent der jungen Menschen konnten soweit schulisch reintegriert werden, dass ihre Schulabschlüsse nicht mehr gefährdet erschienen.<sup>3</sup>

---

## *„Die Lehrkräfte sind sensibler für alle Formen der Schulverweigerung geworden.“*

---

Es gibt nicht *die* Schulverweigerung und entsprechend keine Pauschallösungen – das betonen die Sozialarbeiterinnen von „Rückenwind“. Für jedes Kind erstellen sie individuelle Entwicklungs- und Förderpläne. Die Ursachen können in der Schule oder zu Hause liegen – aber nicht nur. Bei einer Sechstklässlerin stellte sich dank eines von ‚Rückenwind‘ initiierten Tests heraus, dass sie Legasthenikerin war. „Früher dachte ich, ich wäre dumm“, sagte das Mädchen, „jetzt traue ich mir in der Schule mehr zu.“ Wieder ein anderes Kind bekam, um seine große Unruhe abzufedern, eine Zeitlang die Sondererlaubnis, während des Unterrichts eine Treppe hoch und wieder herunterzulaufen und sich still wieder an den Platz zu setzen. Wichtig sei es – so Kerstin Josephs –, Lösungen zu finden, die in den Unterricht integriert werden können. Klappt das nicht oder sind Lehrer/-innen nicht mit der Zusammenarbeit mit „Rückenwind“ einverstanden, kann der Wechsel in eine andere Klasse oder Schule eine Lösung sein. „Im Anschluss an ‚Rückenwind‘ sind viele Kinder so weit, dass sie entspannt am Unterricht teilnehmen und keine weiteren Hilfen brauchen“, sagt Josephs, „wir können aber auch an weitere Hilfen andocken wie eine externe Hausaufgabenbetreuung, Logo- oder Ergotherapie, eine Unterbringung in einer Tagesklinik oder eine sozialpädagogische Beratungsstelle.“

Wenn die Mitarbeiterinnen von „Rückenwind“ sich für die große Gruppe der Schulverweigerer/-innen etwas wünschen dürften? „Dass Programmen wie unserem auch Geld für Freizeit- und

erlebnispädagogische Angebote zur Verfügung stehen“, sagt Schumann. Sozialtraining, Anti-Aggressionstraining, gemeinsame Ausflüge – all das gab es in einer früheren Projektphase, doch mit Ablauf der ESF-Förderung sind die Gelder dafür weggefallen. Ein Wermutstropfen. „Denn diese Erfahrungen haben die Entwicklung der Kinder oft bestärkt und beschleunigt.“ Und Kerstin Josephs? Sie würde sich wünschen, dass es an viel mehr Schulen Programme wie „Rückenwind“ gäbe, in denen Lehrer/-innen, Erzieher/-innen und Sozialarbeiter/-innen kooperieren: „Schule muss ein Ort sein, an dem sich die Professionen vernetzen!“ //

**Die Autorin:**

**Rebekka Sommer ist Texterin und Journalistin. E-Mail: [rebekkasommer@freenet.de](mailto:rebekkasommer@freenet.de)**

**Literatur:**

SOMMER, Jörn; Aram, Elisabeth; Otto, Kristin; Timptner, Silke (2013): Abschlussbericht des Programms „Die 2. Chance – gemeinsam gegen Schulfrust“. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin (online unter [www.jugend-staerken.de](http://www.jugend-staerken.de)).

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld.

**Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Sommer et.al. (2013).

<sup>2</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), S. 91.

<sup>3</sup> Sommer et. al. (2013), S. 14.



Informationen zu Ergebnissen  
des Programms „Schulverweigerung –  
Die 2. Chance“ finden Sie auf  
[www.jugendsozialarbeit.de/jugend\\_staerken](http://www.jugendsozialarbeit.de/jugend_staerken)

---

# DAS LEBEN WIEDER AUF DIE REIHE BEKOMMEN ... SCHUTZ UND UNTERSTÜTZUNG FÜR MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN

---

Kristin Haug

**I**m Mädchenhaus Bremen finden Mädchen und junge Frauen Zuflucht und Unterstützung. Ihre größte Gemeinsamkeit: Sie müssen oder wollen weg von zu Hause. „Die jungen Frauen, die beim Mädchenhaus Bremen um Hilfe bitten, kommen aus allen Schichten der Gesellschaft“, sagt Heike Ohlebusch, die Geschäftsführerin der Jugendhilfeeinrichtung. Ohlebusch ist freundlich und wirkt resolut. In der Küche der Anlauf- und Beratungsstelle des Mädchenzentrums unweit des Bremer Hauptbahnhofes berichten sie und einige ihrer Kolleginnen von der Arbeit mit den Mädchen und jungen Frauen. Eine Kanne Tee steht auf dem Tisch und auf einer Tafel steht in bunter Kreide „Mädchenzentrum Bremen“ geschrieben. Rund herum hat jemand Sterne gezeichnet.

Viele Mädchen, die hierher kommen, seien zwar aus Familien mit finanziellen Problemen, aber es gebe auch welche aus der Mittel- und Oberschicht. „Das können Jugendliche sein, die von ihren Eltern vernachlässigt oder geschlagen werden, deren Eltern überfordert sind oder die psychische Probleme haben“, sagt Ohlebusch. Yelda<sup>1</sup> war 16 Jahre alt, als ihr 14-jähriger Bruder sie schlug. Die Mutter der beiden sah zu, aber sie griff nicht ein, ließ geschehen, was da in ihrem Zuhause passierte. Denn in den Augen der Eltern hatte sich Yelda in den falschen Jungen verliebt. In einen Jungen aus Russland. Diese Beziehung kam für die Eltern, die aus dem Kosovo nach Deutschland immigriert waren, nicht infrage. Auch für Yeldas Bruder nicht. Yelda sollte nur mit jemandem aus ihrer Heimat zusammen sein dürfen. Fünf Jahre ist das jetzt her.

„Als ich eines Abends erzählt habe, wer mein Freund sei, gab es richtig Ärger. Mein Papa ist total ausgerastet“, sagt Yelda. Die Eltern haben sie angeschrien, ihr Vorwürfe gemacht, die Beziehung verboten. Am nächsten Morgen ging Yelda zur Polizei. „Der Beamte nahm mich nicht ernst.“ Er schickte sie nach Hause, sagte aber, sie solle wiederkommen, wenn noch einmal etwas vorfallen würde. Als Yelda nach Hause kam, machte ihr die Mutter erneut Vorwürfe, nahm ihr das Handy weg – und der Bruder schlug zu. „Ich wusste, ich muss hier weg“, sagt Yelda.

Sie ging erneut zur Polizei. In ihrer Jackentasche hatte sie nur ihren Haustürschlüssel, ihre Krankenkassenkarte und einen Euro.

„Entweder Sie bringen mich von meiner Familie weg oder ich fahre zu meinem Freund“, sagte Yelda zu den Beamten. Diese alarmierten das Jugendamt und Yelda kam in eine Notunterkunft des Mädchenhauses in Bremen. Seit 1992 unterstützt die Jugendhilfeeinrichtung Mädchen und junge Frauen, die von ihrer Familie vernachlässigt, geschlagen oder missbraucht werden. Ziel des Mädchenhauses ist es, das zu leisten, was die Eltern nicht können: Die Mitarbeiterinnen wollen den jungen Frauen ermöglichen, ihren Weg zu gehen, mit dem Leben klarzukommen.

Zum Mädchenhaus gehören neben der Notunterkunft eine betreute Wohngruppe für sieben Mädchen und eine ambulante Betreuung, die zurzeit 13 junge Frauen in Anspruch nehmen, die in einer eigenen Wohnung leben. Außerdem gibt es ein Notruftelefon und eine Anlauf- und Beratungsstelle, in der Mädchen und junge Frauen anonym und kostenlos beraten werden, sowie ein Mädchenzentrum in einem Bremer Stadtteil, in dem die Jugendlichen ihre Freizeit verbringen können.

In der Notunterkunft, deren Adresse geheim ist, können acht Mädchen im Alter von zwölf bis 17 Jahren für einige Monate wohnen. Innerhalb von einem viertel Jahr soll dort gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der Kriseneinrichtung, der Jugendlichen, der Familie und dem Jugendamt eine Perspektive entwickelt werden. Betreut werden sie in dieser Zeit von sieben Sozialpädagoginnen. Auch nachts ist immer jemand da. Pro Jahr werden dort rund 110 Mädchen aufgenommen und entsprechend wieder entlassen. Es gibt Familien, in denen Mädchen jahrelang geschlagen werden und die diese Gewalt bereits als normal empfinden. Dann gibt es junge Frauen, die alkohol- oder drogenabhängig sind oder ihre Essstörungen nicht in den Griff bekommen. Es gibt diejenigen, die psychisch krank sind, eine Borderline-Störung haben und sich selbst verletzen. Und es gibt Mädchen, die aus Ländern wie Somalia oder Syrien geflohen und ohne Angehörige in Deutschland gelandet sind. Um all

## „Die Leistungen der Jugendhilfe enden oft mit 18 Jahren – der Bedarf nicht.“

diese kümmern sich die Mitarbeiterinnen des Mädchenhauses. Aber es gibt auch viele Jugendliche, die nicht die Kraft haben, eine Jugendeinrichtung aufzusuchen, die auf der Straße enden oder bei Freunden unterkommen und leicht in Abhängigkeiten geraten, weil sie auf deren Gunst angewiesen sind.

„Wenn die jungen Frauen unter 18 sind, dann können wir sie aufnehmen“, sagt Heike Ohlebusch. „Schwierig wird es aber, wenn sie bereits volljährig sind. Dann muss erst geprüft werden, ob sie von der Jugendhilfe als junge Volljährige nach § 41 unterstützt werden können.“ Das könne einige Wochen dauern. Einmal mussten die Mitarbeiterinnen vom Mädchenhaus eine 18-Jährige in einem Haus für Obdachlose unterbringen, weil die Jugendhilfe sich nicht mehr zuständig gefühlt hat – und die Frauenhäuser voll besetzt waren. „Irgendwann hat das Jugendamt gesagt, dass sie den Jugendhilfebedarf anerkennen“, sagt Ohlebusch. Aber das durchzukriegen, sei sehr mühsam gewesen, obwohl das Gesetz im Bedarfsfall eigentlich auch Hilfen für junge Erwachsene vorsieht. Ohlebusch ist der Ansicht, dass die Gesetze dahingehend geändert werden müssten, dass auch Volljährige unproblematisch in einer Notunterkunft aufgenommen werden können. Ist eine junge Frau 18 Jahre alt, werde von ihr erwartet, dass sie allein klarkäme, sagt Brigitte Lichte, Sozialarbeiterin im Mädchenhaus Bremen. „Diese jungen Frauen haben Gewalt erfahren, manche von ihnen brauchen eine Therapie. Wie kann man annehmen, dass gerade junge Erwachsene, die aus belasteten Familien kommen, ihr Leben ohne Unterstützung organisieren können?“ Ihre Kollegin Bianca Gerdes, psychologische Psychotherapeutin in der Einrichtung, ergänzt: „Zumal ja junge Erwachsene, die in Familien aufwachsen, lange über das 18. Lebensjahr hinaus unterstützt werden.“

Brigitte Lichte wünscht sich, dass die Gesellschaft umdenkt. „Man muss die Jugendlichen ernster nehmen und akzeptieren, dass sie, auch wenn sie volljährig sind, Zeit brauchen.“ Es müsse im Gesetz verankert werden, dass die Jugendhilfe zuverlässig bis 25 Jahre in jedem Fall greife. In Skandinavien etwa gebe es einen Rechtsanspruch auf Jugendhilfe bis zum 27. Lebensjahr. Da müsse das Amt begründen, warum es die Unterstützung nicht gewähre. Die Bedürfnisse der jungen hilfesuchenden Frauen sind vielfältig. „Wir schauen, ob die Mädchen gesundheitlich versorgt sind, also etwa regelmäßig zum Arzt gehen. Wir kümmern uns darum, dass sie die Schule besuchen oder einen Ausbildungsplatz bekommen, und achten darauf, dass sie vernünftig essen“, sagt Brigitte Lichte. Außerdem begleiten die Mitarbeiterinnen des Mädchenhauses Bremen die jungen Frauen zu Ämtern. „Ihnen fällt es schwer, im Dschungel der staatlichen Unterstützungen durchzublicken“, sagt Lichte. Manche von ihnen brauchen eine Bescheinigung dafür, dass sie Kindergeld bekommen, um BAföG zu erhalten. Wenn die Eltern als Unterstützende wegfallen, dann helfen die Jugendsozialarbeiter/-innen. Auch wenn sich die jungen Frauen verschuldet haben – etwa durch Handyverträge –, versucht das Team, mit den Gläubigern eine Einigung zu erzielen. Das Mädchenhaus kooperiert zudem mit Kliniken und Psychotherapeuten/-innen, aber auch anderen Beratungsstellen, die sich etwa auf Suchtkrankheiten spezialisiert haben.

Auch Yelda hat schnell gemerkt, wie gut die Betreuung des Teams aus dem Mädchenhaus war. „Als ich in die Notunterkunft kam, hatte ich Angst“, sagt sie. „Doch eine ganz liebe Betreuerin öffnete die Tür.“ Eine Woche lang durfte Yelda das Haus nicht verlassen, weil ihre Familie sie suchte und drohte, ihr etwas anzutun. Das Jugendamt hatte ihre Angehörigen dar-



## *„Die Gesellschaft muss umdenken – auch junge Erwachsene brauchen noch Unterstützung und Begleitung.“*

---

über informiert, dass sich Yelda an einem geheimen Ort aufhalte, und bat die Familie darum, Yeldas Kleidung im Amt vorbeizubringen. Das tat sie schließlich auch und Yelda erhielt sogar ihr Handy zurück. Die Jugendamtsmitarbeiter/-innen brachten ihr die Sachen in die Notunterkunft.

Mit Hilfe der Pädagoginnen brachte Yelda wieder Struktur in ihr Leben. „Ich bin jeden Tag in die Schule gegangen, dann zum Mittagessen in die Notunterkunft, dann zu meinem Freund und abends wieder zurück“, sagt Yelda. Mittwochs habe es immer einen Gruppenabend gegeben, an dem die Mitbewohnerinnen zusammen etwas unternommen haben. „Wir haben gekocht und über den Putzplan gesprochen oder darüber, wer ein Zimmer tauschen möchte. Manchmal sind wir auch ins Kino gegangen oder was trinken.“

Nach vier Monaten in der Notunterkunft ist Yelda in eine betreute Wohngemeinschaft gezogen, die ebenfalls vom Mädchenhaus Bremen betreut wird. In der WG lernte sie Conny<sup>2</sup> kennen. Conny wohnte erst bei ihrer Mutter und deren Freund und später bei dem Vater und dessen Freundin. Doch dort gab es ständig Stress, wie Conny sagt. „Ich habe damals schon bei der Notrufnummer des Mädchenhauses angerufen, den Flyer hatte ich beim Frauenarzt mitgenommen“, sagt sie. Conny machte einen Termin mit den Sozialarbeiterinnen aus, um sich beraten zu lassen. Doch diesen konnte sie nicht wahrnehmen, weil der Vater und dessen Freundin ihr verboten hatten, das Haus zu verlassen.

„Sie haben mich psychisch unter Druck gesetzt. Ständig haben wir uns wegen Kleinigkeiten gestritten. Irgendwann sagten sie, dass sie mich vor die Tür setzen wollen.“ Conny ging von sich aus. Da war sie gerade einmal 15 Jahre alt. Drei Tage lang blieb sie bei ihrem Freund, dann stand das Jugendamt vor der Tür, deren Mitarbeiter/-innen sie in die Notaufnahme des Mädchenhauses brachten. Dort hatte sie ihre Freiheit wieder, wie sie sagt.

---

## *„Notaufnahme, Wohngruppe und Beratungsstelle wirken zusammen.“*

---

„Am Anfang habe ich erst noch ganz schüchtern gefragt, ob ich meinen Freund besuchen könnte und hatte Angst, dass es schon wieder ‚Nein‘ heißen würde. Doch ich durfte gehen – und musste nur sagen, wann ich zurückkomme“, sagt Conny. Die einzige strenge Regel, die es in der Notunterkunft gibt, ist es, geheim zu halten, wo sich die Einrichtung befindet. Nur so kann für die Sicherheit der Mädchen gesorgt werden, deren Familienangehörige sie gegen ihren Willen nach Hause holen wollen.

220 Euro kostet ein Platz für ein Mädchen in der Notaufnahme pro Tag, 151 Euro sind es in der Wohngruppe. „Das hört sich viel an“, sagt Geschäftsführerin Ohlebusch. Doch die Mädchen werden ja auch rund um die Uhr betreut. Finanziert wird das Mädchenhaus aus Landesmitteln. Bremen sei da eigentlich gut ausgestattet, sagt Ohlebusch. Allerdings könnten sie mehr Personal in der Anlauf- und Beratungsstelle des Mädchenhauses gebrauchen. Hier werden Mädchen und junge Frau zwischen zwölf und 23 Jahren zu allen Themen beraten, die sie mitbringen. Mehr als 100 sind es im Jahr. „Vor zwei Jahren haben wir die Altersgrenze von 21 auf 23 Jahre angehoben, weil wir gemerkt haben, dass auch ältere Mädchen Unterstützung benötigen, vor allem diejenigen, die schon einmal in einer Jugendeinrichtung untergebracht waren und keine verlässliche Hilfe durch die Familie bekommen können“, sagt Bianca Gerdes. Es sei ganz unterschiedlich, wie oft und in welchem Alter die Mädchen Hilfe in der Beratungsstelle suchten. Manche kämen mit 13 Jahren, dann noch einmal mit 15, 19 und Anfang 20. Manche suchten nur wenige Male Rat, andere kämen über Jahre.

Auch Yelda und Conny kommen noch regelmäßig vorbei. In der Küche kennen sie sich aus, wissen etwa, wo das Wasser und die Süßigkeiten stehen. Man sieht ihnen an, dass sie sich auch in der Beratungsstelle ein Stück weit zu Hause fühlen. Weder Yelda noch Conny vermissen ihre Familien, wie sie sagen. Es habe nie einen Moment gegeben, in dem sie zurück wollten. „Irgendwann will man das ja auch alles hinter sich lassen.“ Kontakt haben sie kaum noch zu ihren Eltern. //

### Die Autorin:

Kristin Haug ist freie Journalistin in Hamburg. Sie arbeitet unter anderem für SPIEGEL ONLINE und DIE ZEIT. E-Mail: [mail@kristinhaug.com](mailto:mail@kristinhaug.com)

### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Name von der Redaktion geändert.
- <sup>2</sup> Name von der Redaktion geändert.

Weitere Informationen finden Sie auf [www.maedchenhaus-bremen.de](http://www.maedchenhaus-bremen.de)



Praxis konkret

# *Das Zentrum für alternatives Lernen —*

*ein schulersetzendes Angebot für Schulverweigerer/  
-innen im Salzlandkreis*

---

Jana Dosdall

---

**D**er Verein „Rückenwind e. V. Schönebeck“ gründete sich 1992. Das Leitbild prägt die Arbeitsweise des Vereins: „Immer mit denen, nie über die, die es betrifft. Dann haben wir eine Chance, etwas besser zu gestalten, zum Gelingen beizutragen, zu helfen, Ziele zu finden und zu erreichen.“ Mit seiner über zwanzigjährigen Erfahrung auf den Gebieten der Jugendsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung, Straffälligenhilfe, Arbeit mit Eltern und Familien, Prävention, Schulsozialarbeit und Offenen Jugendarbeit hat der Verein die Jugendhilfelandchaft im Salzlandkreis mit geprägt. In diesem Beitrag wird als ein Beispiel für unsere Arbeit mit schwierigen Jugendlichen ein Angebot für schulverweigernde Jugendliche vorgestellt.

## Hilfe für schulverweigernde Jugendliche

Im Zentrum für alternatives Lernen (ZAL) werden bis zu zehn Schüler/-innen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren beschult. Unsere Zielgruppe sind Schüler/-innen, die mindestens ein halbes Jahr nicht zur Schule gegangen sind und bei denen keine Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie innerhalb eines überschaubaren Zeitraums wieder in die Schule integrierbar sind. Das ZAL entstand 1998 durch eine Beteiligung an den Ausschreibungen zum Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“. Der Modellphase von 1998 bis 2001 folgte eine weitere von 2001 bis 2005. Schließlich gelang es, das ZAL 2005 in eine (relativ) stabile Finanzierung durch das Jugendamt zu bringen. Aktuell wird das ZAL über die Hilfen zur Erziehung finanziert.

Die pädagogische Betreuung richtet sich sowohl nach dem im Hilfeplan festgelegten Bedarf der Jugendlichen als auch nach individuellen Bedürfnissen und Notwendigkeiten. Die Kernbetreuungszeit liegt zwischen 8.00 Uhr und 13.30 Uhr.

Die Vermittlung erfolgt durch:

- das Jugendamt
- Schulen und Schulsozialarbeit
- Polizei und Ordnungsamt
- psychotherapeutische/psychiatrische Einrichtungen
- Einrichtungen der Jugendhilfe

Kinder und Jugendliche sowie deren Familien kommen z. T. auch ohne weitere Vermittlung in unsere Einrichtung.

Der Erstkontakt erfolgt in Form eines Gesprächs des Jugendlichen und seiner Familie mit dem ZAL sowie mit den zuständigen Mitarbeitern/-innen des Jugendamtes und den am Fall Be-

teiligten. In Absprache mit dem ZAL und der Herkunftsschule ist ein „Schnuppertag“ möglich. Es besteht die Möglichkeit einer Bedenkzeit von sieben Tagen für alle Beteiligten und die Vereinbarung einer Probezeit. Bei einer Zusage wird den Eltern die Verantwortung über die Beantragung der Hilfe zur Erziehung beim Jugendamt übertragen. Die Mitarbeiter/-innen des ZAL bieten dabei ihre Unterstützung an. In die Folgegespräche wird der/die zuständige Sozialarbeiter/-in des Jugendamtes einbezogen. Voraussetzung für eine Beschulung im ZAL ist die Zustimmung der/des Jugendlichen, der Herkunftsschule, des ZAL und des Jugendamtes.

Eine wichtige Grundlage für die Entscheidung zur Aufnahme im ZAL ist die Einschätzung über Leistungs- und Sozialverhalten des Schülers/der Schülerin sowie eine Beurteilung anderer bisher am Fall beteiligter Helfer/-innen (z. B. Schulsozialarbeiter/-innen, Sozialpädagogische Familienhilfe, Therapeuten/-innen). Im Falle einer Aufnahme in das ZAL kommt es zum Vertragsabschluss mit dem Schüler/der Schülerin. Mit der Stammschule wird eine Kooperationsvereinbarung über die Beschulung im ZAL abgeschlossen.

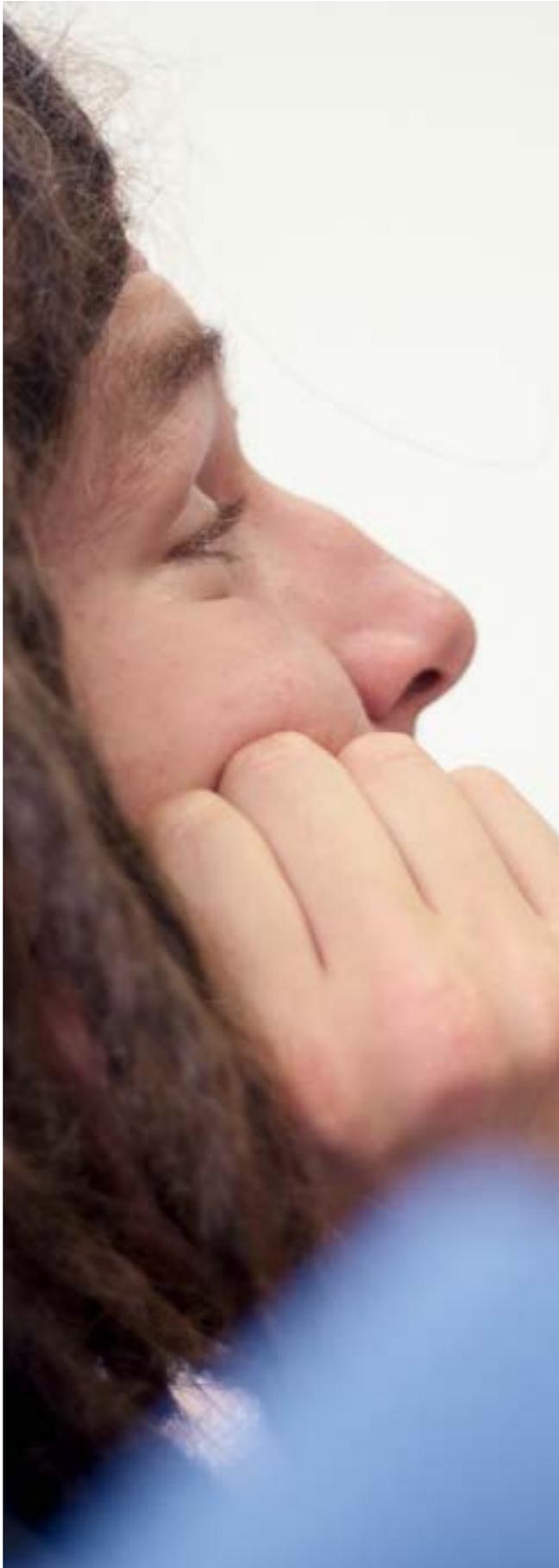
Die alternative Schule versteht sich als ein Raum, der in hohem Maße so zu strukturieren ist, wie das den Bedingungen und Kontexten seiner Besucher/-innen entspricht.

Inhalte können sein:

- fließend Lesen und Schreiben zu lernen,
- Lerngruppenarbeit anzunehmen,
- Gruppensituationen auszuhalten,
- Erkenntnisgewinnung, dass es trotz problematischer familiärer Verhältnisse einen Ort gibt, an dem man sich angenommen fühlt, die Zukunft zu planen.

Eine wichtige Leitlinie besteht darin, den Schülern/-innen zu ermöglichen, Unterschiede zu erleben: Unterschiede in den Lernanforderungen, in den Lerngruppen, Beziehungsunterschiede etc. Diese Unterschiede können es erleichtern, sich für bestimmte Lern- und Lebensformen zu entscheiden, herauszubekommen, wo die eigenen Stärken und Schwächen liegen. Ein weiterer Grundsatz geht auf die These zurück, dass jeder „Fall“ von Schulverweigerung sehr unterschiedlich bedingt ist. Daraus entsteht die Notwendigkeit, auf individuelle Konditionierungen einzugehen, Hypothesen zu entwickeln und Interventionen vorzubereiten.

Eine Rückkopplung zu weiteren Helfern/-innen erfolgt individuell und je nach Notwendigkeit in der Regel telefonisch. Die Form der gemeinsamen Zusammenarbeit für den/die Jugendliche/-n und deren Familien wird im gemeinsamen Hilfeplan festgelegt, um diese so transparent wie möglich



zu gestalten. Bei unserer Arbeit verfolgen wir verschiedene Ansätze:

- **Systemischer Ansatz**

Wir betrachten den Jugendlichen und sein Verhalten stets im Kontext zum System Familie, System Schule, System Peer-group etc. Die Erarbeitung von Hypothesen und Interventionsmöglichkeiten erfolgt lösungsorientiert und zielgerichtet. Fallbesprechungen werden durch Mitarbeiter/-innen des Vereins mit einer systemischen Ausbildung durchgeführt.

- **Lebensweltorientierung**

Wir nehmen wahr, aus welcher Lebenswelt der/die Jugendliche kommt, welche Ressourcen er/sie mitbringt und welche positiven Aspekte aus seiner/ihrer Lebenswelt sinnvoll genutzt werden können.

- **Eigenverantwortung und Transparenz**

Eine Beteiligung der Jugendlichen an den Prozessen zielt auf die Förderung von Eigenverantwortung ab. Dabei finden die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Jugendlichen und ihrer Familien Beachtung. An den individuellen Verträgen wird kontinuierlich gearbeitet, dabei hat das Setzen der eigenen Ziele einen besonderen Stellenwert. Gleichzeitig wird das Geschehen durch die Arbeit mit individuellen Verträgen für die Jugendlichen transparent und überschaubar.

Im ZAL gibt es drei Unterrichtsformen, die von Beginn an entwickelt wurden:

„Klassischer“, fachbezogener Unterricht im Unterrichtsraum

Mit dem Ziel, den Unterricht zumindest teilweise an dem auszurichten, was schultypisch ist, lehnen sich alle Bereiche des Unterrichts an den entsprechenden Rahmenrichtlinien an. Diese Unterrichtsform heißt für uns: Kleingruppenunterricht (drei bis sechs Personen), auch Einzelunterricht (besonders bei Legasthenie etc.). Entweder wird dieser Unterricht von den Schülern/-innen „frei gewählt“ oder er findet in festen Lerngruppen statt, entsprechend eines Stundenplans. Der Unterricht wird durch Fachlehrer/-innen oder Projektmitarbeiter/-innen durchgeführt.

Produktiver Unterricht

- Herstellung alternativer Lernmaterialien bzw. zum Eigenbedarf
- Betriebspraktika
- Bewerbungstraining/Training von Vorstellungsgesprächen
- Erschließung verschiedener Berufsfelder
- Verbindung von Theorie und Praxis

Entweder im Rahmen des berufsvorbereitenden Jahres (BVJ der Berufsbildenden Schule) oder auch im Rahmen des Unterrichtes an Sekundarschulen im Fach Werkstatt – Technik und

---

Hauswirtschaft haben die Schüler/-innen die Möglichkeit, ihre handwerklichen Fähigkeiten zu überprüfen und auszubauen. Die oftmals vorwiegend kognitiv betonten Lernformen werden hier durch ganzheitliche Anforderungen ersetzt – für viele ein wichtiger Akzent.

### Erlebnispädagogik

Alle erlebnispädagogischen Unternehmungen bieten ganz neue Herausforderungen an Einzelne und die Gruppe. Es geht um das Erkennen von Grenzen, typischen Rollen in der Gruppe, das Erschließen unbekannter Räume, das eigene Aufstellen von passenden Regeln und Normen. Um dem besonderen Charakter des ZAL gerecht zu werden, ist es notwendig, einige von der Normalschule abweichenden „Räume“ zu schaffen, in denen es möglich ist, stärker der individuellen Zielsetzung nachzugehen. Dementsprechende Verfahren sollen beispielhaft erläutert werden:

#### ● Die Vertragsschließung

Grundlage für die Zusammenarbeit des Schülers mit dem ZAL ist – von Beginn an – ein ZAL-interner Vertrag. Vertragsbestandteile sind vor allem die Art des Unterrichts (Anzahl der Fächer und der zu belegenden Wochenstunden – max. 32 Stunden), die Anzahl der Ziele (u. a. in Form von Zensuren) und der Abschlüsse (Klassenziel, Schulabschluss), spezifische Zielstellungen (z. B. Lese-Rechtschreib-Training), mögliche Praktika, Auszeitstunden. Im Laufe des Schuljahres wird der Vertrag, je nach Notwendigkeit, der aktuellen Lernsituation angepasst und unterliegt ständiger Modifikationsmöglichkeiten.

#### ● Die Jokerstunde

Einmal wöchentlich findet eine Jokerstunde als Einzelgespräch statt. Dabei wird über den Vertrag und den damit verbundenen Stundenzettel gesprochen. Wichtige Ereignisse der vorhergehenden Woche werden reflektiert und die folgenden Tage geplant. Jokerstunden finden auch mit der gesamten Gruppe statt: Bei Themen, die gruppenbezogen sind oder wichtige Probleme oder Ziele betreffen, werden Unterrichtsstunden als Joker bezeichnet, um damit auf die Wichtigkeit dieser Themen hinzuweisen.

#### ● Die Auszeitstunde

Wenn Unterrichtsstunden nicht besucht werden (können) oder der Besuch so passiv erfolgt, dass keinerlei Zusammenarbeit möglich ist, wird dies als „Auszeitstunde“ bezeichnet. Diese können geplant werden (Höchstzahl vertraglich fixiert), werden manchmal aber auch aus der Situation heraus vereinbart.

#### ● Das Wochenzeugnis

Jede Woche wird hinsichtlich der erreichten Ergebnisse (Stun-

denzahl, ggf. Zensuren, etc.) ausgewertet. Jede/-r Schüler/-in erhält ein Wochenzeugnis. Das Wochenzeugnis wird im Rahmen einer Jokerstunde übergeben und durch Schüler/-in und Mitarbeiter/-in des ZALs gegengezeichnet.

#### ● Elternarbeit

Der Einbeziehung des familiären Bezugssystems wird in unserer Arbeit eine große Bedeutung beigemessen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Arbeit mit den Familien eine zentrale Rolle einnimmt. Eines der wichtigsten Ergebnisse, die während der Projektlaufzeit des ZAL entstanden, ist die Notwendigkeit eines Beratungsangebotes, vor allem in der unmittelbaren Kooperation mit Schulen und im direkten Kontakt zu Eltern, Schülern/-innen u. a.

Im systemischen Arbeiten mit der Klientel wurde in allen Bereichen unserer Arbeit die Wichtigkeit der Kontexte, in denen die Schüler/-innen leben, hervorgehoben. Neben schulischen Kontexten sind die familiären und außerfamiliären Kontexte aus dem (Beratungs-)Alltag des ZAL nicht wegzudenken.

Pro Schuljahr werden zehn Schüler/-innen im ZAL beschult. Es gibt grundsätzlich eine Warteliste, da die Bedarfe in jedem Schuljahr größer sind als die Kapazitäten.

Innerhalb der letzten zehn Jahre erwarben 25 (von 36 möglichen) ZAL-Schülern/-innen den Hauptschulabschluss im Rahmen des Kolloquiums im BVJ. Somit gelang 69 Prozent der möglichen Kandidaten/-innen dieser Erfolg. Alle Schüler/-innen konnten nach Erfüllung der Schulpflicht in eine betriebliche, überbetriebliche Ausbildung oder eine Orientierungsmaßnahme vermittelt werden. Das ZAL ist als Angebot für besonders schwierige Jugendliche aus der Schullandschaft der Region nicht mehr wegzudenken. //

#### Die Autorin:

Jana Dossall ist Diplom-Sozialpädagogin und Projektleiterin des Zentrums für alternatives Lernen (ZAL) sowie Bereichsleitung Hilfen zur Erziehung und übernimmt die operative Geschäftsführung von „Rückendwind e.V. Schönebeck“. E-Mail: [jana.dossall@rueckenwind-schoenebeck.de](mailto:jana.dossall@rueckenwind-schoenebeck.de)

Weitere Informationen finden Sie auf  
[www.rueckenwind-schoenebeck.de](http://www.rueckenwind-schoenebeck.de)

A photograph of two children climbing a grey rock wall. The girl in the foreground is wearing a white tank top and blue overalls, reaching up with her right hand. The boy behind her is wearing a blue and yellow striped shirt and dark pants, also reaching up. The wall is covered with various colored climbing holds.

# Mobile Kindersozialarbeit in Ellwangen

Zita Forster

Seit April 2015 gibt es in Ellwangen einen neuen Standort der Mobilen Kindersozialarbeit. In langjähriger Erfahrung in der Mobilen Jugendsozialarbeit „Ellwangen Goldrain“ hat sich gezeigt, dass es notwendig ist, eigene Angebote für Kinder weiterzuentwickeln, nachdem seit ca. fünf Jahren dort – überwiegend durch ehrenamtliches Engagement – Kinder intensiv in der Jugendsozialarbeit mitbetreut wurden.

2014 gehörten 52 Prozent unserer Klienten/-innen der Altersgruppe der bis zu 14-Jährigen an. Dies ist eine deutliche Zunahme der betreuten Kinder dieser Altersspanne gegenüber den Vorjahren – daher wurde der Bedarf an einer Mobilen Kindersozialarbeit deutlich. Die Projektausschreibung der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendsozialarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V., „Weiterentwicklung eines Konzeptes Mobile Kindersozialarbeit“, ermöglichte es, ein Konzept gezielt und finanziell gefördert für den Projektzeitraum März 2015 bis Dezember 2016 in die Praxis umzusetzen. In Baden-Württemberg gibt es aktuell sechs Standorte für Mobile Kindersozialarbeit, wobei Ellwangen der einzige Standort im ländlichen Raum ist.

Das Aufwachsen in der Ellwanger Südstadt ist von schwierigen Rahmenbedingungen geprägt. Die sozialen und kulturellen Voraussetzungen im Stadtteil und auch der jeweiligen Herkunftsfamilien und/oder einer „Community“ haben erhebliche Auswirkungen auf die Kinder und deren Zukunft: Den Kindern wird die Chance auf einen Integrationsprozess vorenthalten und kontinuierliche Bildung kann nicht stattfinden. Pädagogen/-in-

nen und Lehrkräfte stehen vor einer enormen Herausforderung. Viele Integrationsbemühungen enden an der Haustüre dieser Familien. Die Folgen sind Abschottung einerseits sowie Diskriminierung und Exklusion andererseits.

Viele Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Ethnien leben in diesem Stadtteil, ein hoher und weiter steigender Anteil kommt aus Westthrakien/Griechenland, so auch die Kinder und Jugendlichen, mit denen wir vorrangig arbeiten. Die „Thraker/-innen“ sind eine türkischstämmige muslimische Minderheit in Griechenland, die aber nicht anerkannt und teilweise stark diskriminiert wird. Traditionelle Familienbilder, ein sehr enger Zusammenhalt untereinander und auch Bildungsferne sind Folgen dieser Minderheitensituation. Darin begründen sich aber auch wichtige Ressourcen, etwa wenn ältere Geschwister für jüngere Kinder Verantwortung übernehmen.

Ein hoher Anteil der Kinder hat bislang nur geringe familiäre oder institutionelle frühkindliche und schulische Bildung erfahren. Analphabetismus ist unter den Erwachsenen signifikant hoch und auch bei den jüngeren Zugewanderten dieser Gruppe noch häufig. Oft wohnen die Familien in sehr beengten Verhältnissen. Die Kinder haben keinerlei Rückzugsmöglichkeiten. Häufig pendeln Familien zwischen ihrem Heimatland und Deutschland, sie sind oftmals bislang nicht heimisch in Ellwangen geworden und begegnen den Institutionen oder auch den Fachkräften reserviert oder auch ablehnend. Viele Kinder im Stadtteil kennen keine „klassische“ Tagesstruktur. So weicht der

---

Tag- und Nachtrhythmus manchmal so stark ab, dass z.B. die Öffnungszeiten von Kindergärten und pädagogischen Angebote nicht wahrgenommen werden. In der Folge fehlen die Kinder bei den vorschulischen Bildungsangeboten und sind für einen Eintritt in die Schule nicht ausreichend vorbereitet. Jugendliche können häufig keinen durchgängigen Schulbesuch nachweisen, daher sind ihre Schulabschlüsse gefährdet und für eine berufliche Ausbildung oft nicht ausreichend. Anschließend berufliche Fördermaßnahmen erfordern Verlässlichkeit und Bereitschaft von Seiten der jungen Menschen. Die Fachkräfte der Mobilen Jugendsozialarbeit stehen hier den Jugendlichen zur Seite, damit die Motivation für die weitere Ausbildung erhalten bleibt. Gleichzeitig führte diese Analyse und Erfahrung dazu, früher anzusetzen und verstärkt mit den Kindern zu arbeiten, indem man sich um jüngere Geschwister der Jugendlichen kümmert, die zum Klientel in der Mobilen Jugendsozialarbeit zählten. Aus der Gruppe der älteren Jugendlichen erklärten sich mehrere Jungen und Mädchen bereit, die Jüngeren zu unterstützen.

## Wie können wir diese Kinder erreichen, ansprechen und angemessen fördern?

Zwei wichtige Beobachtungen möchte ich an den Beginn stellen: Die Kinder haben erst einmal wenige Erfahrungen des sozialen Miteinanders in gleichaltrigen Gruppen bzw. außerhalb ihrer Herkunftsfamilien gemacht. Vielen fällt es zunächst schwer, Grenzen zu akzeptieren und individuelle Bedürfnisse zurückzustellen, es fehlen ihnen wirksame Konfliktlösungsstrategien und geeignete Kommunikationsformen, die ihnen das Miteinander erleichtern würden. Von daher werden diese Kinder im Stadtteil bzw. in der Schule oft als problematisch angesehen und ausgegrenzt. Begegnen wir diesen Kindern entsprechend mit viel Aufmerksamkeit und vermitteln ihnen zu Beginn geeignete Verhaltensmuster, sind sie dafür offen und in wenigen Wochen sind Verhaltensänderungen wahrnehmbar. Von Beginn an lassen sich diese Kinder über einen längeren Zeitraum mit Begeisterung und Konzentration mit bewegungsorientierten Angeboten wie Sportspielen und Breakdance beschäftigen. Über diesen Weg lernen sie soziale Verhaltensweisen, die mit der Zeit auch in andere Kontexte im Tagesablauf übertragen werden.

Aber nun zu der Entwicklung unseres Angebots im Einzelnen: Zunächst ging es darum, Kinder an ihren Orten auf der Straße aufzusuchen und zu treffen. Ein nächster Schritt stellte die Unterstützung für die Schule da: Niedrigschwellig sollten ein verantwortlicher Umgang mit dem eigenen Lernmaterial und die Bereitschaft zur Erledigung von Hausaufgaben erlernt werden. Die Kinder sollen die Erfahrung machen, dass Regelmäßigkeit

schon ein erster Schritt zum Erfolg ist. Während der Hausaufgabenzeiten waren die Kinder zu Beginn jedoch übermüdet und hatten Hunger. Zudem wurde eine erhöhte Infektanfälligkeit festgestellt. Infolgedessen wurde der Ellwanger Kindertisch gegründet; dieser gab den Kindern die Möglichkeit, täglich ein warmes Mittagessen zu erhalten. Das Verhalten der Kinder und ihr Gesundheitszustand verbesserten sich ab diesem Zeitpunkt kontinuierlich. Das Durchhaltevermögen bei den Hausaufgaben nahm zu, die Infektanfälligkeit ging deutlich zurück, Streitereien und Reizbarkeit untereinander nahmen ab; es entwickelte sich Verlässlichkeit bei den Kindern. Die oft jungen Eltern fühlten sich entlastet und in der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Die Kinder bekommen durch die Angebote Mittagessen, Betreuung und Hausaufgabenförderung eine einfache, aber sehr tragfähige Tagesstruktur. Inzwischen werden diese Angebote sehr stark angenommen. Der Kindertisch ist auch ein Türöffner für die Eltern – er wurde zum zentralen Begegnungs- und Ausgangspunkt der sozialpädagogischen Arbeit. Die restliche Mittagspause verbringen die Kinder ebenfalls am Standort. Durch die Mittagsbetreuung wird sichergestellt, dass die Kinder den Nachmittagsunterricht pünktlich besuchen oder zuverlässig an der Hausaufgabenförderung teilnehmen. Hier kommen bis zu 38 Kinder aus allen Schularten.

Neben den erwähnten Angeboten der Tagesstruktur und Begleitung gibt es außerdem:

- eine theaterpädagogische Sprachfördergruppe für Kinder,
- Angebote zum Basteln, Kochen,
- Ausflüge und eintägige Ferienveranstaltungen,
- eigene Angebote nur für Mädchen.

Über diesen Angebotsblock erreichten die Mobile Kindersozialarbeit und die Jugendsozialarbeit innerhalb weniger Jahre, dass die Kinder mehrheitlich regelmäßig die Schule besuchen. Fehlzeiten aufgrund von Erkrankungen und Schulverweigerung sind signifikant zurückgegangen. Bei älteren Kindern zeigen sich gute bis sehr gute stabile Leistungen. Inzwischen wechseln nach der Grundschule häufiger Kinder in Realschulen und Gymnasien. Die flankierende Elternarbeit hat einige Familien stabilisiert. Viele Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder einmal einen guten Beruf haben. Sie erleben durch unsere Angebote und Unterstützung den Erfolg. Sie öffnen sich zunehmend und zeigen Bereitschaft, sich auf Veränderungen in ihren Familien einzulassen. Und das Wichtigste: Die Kinder erfahren eine besondere Wertschätzung, die sie so zuvor nicht kannten. //

**Die Autorin:**

Zita Forster ist Sozialpädagogin und verantwortlich für Mobile Kindersozialarbeit des DRK-Kreisverbands Aalen in der Ellwanger Südstadt. E-Mail: [zita.forster@drk-aalen.de](mailto:zita.forster@drk-aalen.de)

# Wir schaffen das!?!

## *Junge Menschen mit und ohne Fluchterfahrungen in der Jugendsozialarbeit – ein politischer Auftrag*

Christine Lohn

**W**ir schaffen das!“ – so die Bundeskanzlerin im September diesen Jahres. Sarah Connor hat eine Flüchtlingsfamilie bei sich aufgenommen: Eine Mutter mit fünf Kindern, vier davon minderjährig, eines noch im Säuglingsalter. Sie berichtet darüber in der ZEIT vom 15. Oktober 2015 selbst – eine Story, die formal im Boulevardteil Platz gefunden hätte, jetzt aber eine volle Seite im Politikteil der Wochenzeitschrift einnimmt. Gleichzeitig mehren sich die Berichte über sexuelle Übergriffe in Flüchtlingsheimen, Johannes-Wilhelm Röhrig, unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, mahnt mit Blick auf die teilweise unhaltbaren Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen an, sichere Räume zu schaffen und Schutz-

konzepte umzusetzen. Neben den Übergriffen auf Flüchtlingsheime mehren sich die innerhalb der Einrichtungen unter den Flüchtlingen, beides wird medial in kürzester Zeit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ich bin mit meiner Tochter, die rein altersmäßig knapp der Zielgruppe der Jugendsozialarbeit „entwachsen“ ist, im Kurzurlaub auf Hiddensee. Alles ist entspannt, bis das Flüchtlingsthema in einer spätabendlichen Talkshow aufgegriffen wird. Während ich bei einigen der Diskutanten/-innen herben Alltagsrassismus „diagnostiziere“, nimmt meine Tochter Partei für die Phrase „Das Boot ist voll“. Eine kluge junge Frau, die ein Soziales Jahr bei der Evangelischen Kirche gemacht und sich dort aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit engagiert hat, die in ihrem Leben immer wieder erlebt hat, dass Menschen da wa-

---

ren und geholfen haben, wenn Notsituationen zu meistern waren. Diese junge Frau artikuliert mit für mich erschreckender Vehemenz die These, dass es nun endlich mal genug sei, dass Deutschland Härte zeigen müsse gegen all jene, die gekommen seien, um abzuschöpfen von dem, was sich die Menschen hier erarbeitet hätten. Sie kenne niemanden aus ihrer Generation, der das anders sähe – schließlich seien sie diejenigen, die zukünftig dafür sorgen müssten, dass dieses Land seinen Wohlstand halten könne. Ich bin fassungslos.

Wir konnten vieles klären in diesem Urlaub – weil wir uns die Zeit genommen haben, die Dinge an- und auszusprechen. Aber was passiert eigentlich bei all denen, die diese Möglichkeit zu Hause nicht haben? Hier muss der Bildungsauftrag der Jugendsozialarbeit greifen – als eindeutig politischer Auftrag zu Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung.

## Fluchterfahrungen und „multiple Problemlagen“

Junge Flüchtlinge haben besondere Hürden unter extrem ungünstigen Rahmenbedingungen zu überwinden: Sie müssen sich in einem ihnen fremden Land orientieren, von dem sie weder Sprache noch Kultur verstehen. Da sie meist bedeutend schneller Deutsch sprechen als ihre erwachsenen Familienangehörigen, werden sie im Asylverfahren nicht selten als Sprachmittler/-innen eingesetzt. Das führt zu einer nicht kindgemäßen Verantwortungsübernahme und kann gleichzeitig Retraumatisierungen bewirken, wenn sie die Gewalterfahrungen der nächsten Verwandten beim Übersetzen noch einmal durchleben müssen. Unbegleitete Minderjährige haben zusätzlich zu oft traumatischen Fluchterfahrungen die Trennung von ihren Familien zu bewältigen, meist verbunden mit dem Auftrag, in Deutschland Fuß zu fassen und von hier aus die Familie zu unterstützen und/oder nachzuholen.

Ähnliche Erfahrungen haben – wenn auch in einem völlig anderen Kontext – viele junge Menschen in Deutschland gemacht, ob „biodeutsch“ oder mit Migrationshintergrund hier geboren oder aufgewachsen. Wo junge Flüchtlinge schneller Deutsch lernen als ihre Eltern, haben sie schneller gelernt, mit dem Bildungs- und Sozialsystem hier umzugehen, und mussten frühzeitig Verantwortung übernehmen, die nicht ih-

rem Alter entsprach: als Partnerersatz für Mutter oder Vater ebenso wie als Elternersatz für jüngere Geschwister – und für sich selbst. Zu früh zu viel Verantwortung bei zu wenig Unterstützung – das ist eine gängige Erklärung für das, was viele von ihnen später als „multiple Problemlage“ auch in Angeboten der Jugendsozialarbeit führt. Und es ist das, was bei einem nicht unerheblichen Teil solcherart belasteter junger Menschen zu dem führt, was wir als Resilienz bezeichnen: der Kompetenz, auch unter schwierigsten Bedingungen das Leben zu meistern und den eigenen Weg zu gehen. Schwer zu verstehen, warum dem einen hilft, was der anderen schadet – selbst für all jene, die beruflich mit den Auswirkungen dieser Tatsache zu tun haben.

## Das Streben nach Glück – ein universales Menschenrecht

Resilienz kann man fördern, man kann sie aber nicht von außen erzeugen. Menschen haben unterschiedliche Unterstützungsbedarfe, und sie haben das Recht zu entscheiden, welche Hilfen sie annehmen und wie sie ihr Leben gestalten wollen. Mit dem Recht auf Leben, Freiheit und auf das Streben nach Glück („life, liberty and the pursuit of happiness“), erstmals deklariert in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika 1776, ist lange vor der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein Recht formuliert worden, das die Würde des Menschen in seiner Individualität verankert. Nichts kann so individuell definiert werden wie Leben, Freiheit und das Streben nach Glück – und nichts wird genau deshalb gerade jetzt so kontrovers diskutiert.

Die Diskussion um eine Begrenzung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland, das Leistungsrecht für Asylbewerber/-innen oder etwa der Vorschlag, die Schulpflicht für junge Flüchtlinge auszusetzen (wie es der Erfurter Bürgermeister Andreas Bausewein kürzlich gefordert hat), machen deutlich, dass eigene Rechte schon mal anders bewertet werden als die derer, die hier Schutz suchen. Niemand würde auf die Idee kommen, in den bevölkerungsarmen Gebieten der Flächenländer Deutschlands die Schulpflicht auszusetzen, weil die Kommunen überlastet sind. Gleichzeitig darf falsch verstandene Toleranz aber auch nicht dazu führen, dass Grundwerte unserer Gesellschaft infrage gestellt werden mit Verweis auf individu-

---

elle Rechte. Deutschland darf – wie jeder Staat, der Asylrecht gewährt – Integrationsleistungen verlangen von all jenen, die temporär oder dauerhaft hier leben wollen: das Erlernen der deutschen Sprache und die Anerkennung der demokratischen Grundordnung (Grundgesetz).

## Jugendsozialarbeit: Mit Menschenrechtsbildung auf Demokratiekurs!

Menschenrechtsbildung schafft über die Vermittlung von Wissen ein Bewusstsein für allgemeingültige Werte und Normen und fördert die Entwicklung von Handlungskompetenz. Dabei folgt sie dem Ansatz des hierarchiefreien Miteinanderlernens und wirkt damit sowohl auf die Sozialarbeitenden als diejenigen, die Wissen methodisch aufbereitet anbieten, als auch auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen, die sich auf dieses Angebot einlassen. Junge Menschen lernen im Kontext von Jugendsozialarbeit, dass das Wahrnehmen von Rechten die Pflicht zur Übernahme von Verantwortung impliziert; für das eigene Handeln ebenso wie in der Achtsamkeit gegenüber dem/der Nächsten und der Gesellschaft. Die in der täglichen Arbeit der Jugendsozialarbeit praktizierten Werte wie Partizipation, Diskriminierungsschutz, Förderung von Verantwortungsübernahme und Autonomie, Förderung von Geschlechtergerechtigkeit u. v. m. fördern Menschenrechtsbildung. Es geht um das bewusste Erleben, das Üben demokratischer Praktiken oder um die Verhandlung der Frage, wie weit die Rechte jedes/-r Einzelnen reichen und was zu tun ist, wenn mein Recht mit dem meines Gegenüber nicht vereinbar ist – dass es dazu eben gerade nicht der Abgrenzung vom Gegenüber bedarf, sondern eines Aushandlungsprozesses, der auf der Akzeptanz gleichberechtigten Seins, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft und Religion etc. basiert. Junge Flüchtlinge mit ihren Ressourcen und Bedarfen treffen im Alltag und in den Angeboten der Jugendsozialarbeit auf junge Menschen mit völlig anderen Hilfebedarfen und Sozialisationserfahrungen, die sich zusätzlich regional unterscheiden – in der Stadt und auf dem Land, im Norden und im Süden, aber auch immer noch in Ost und West. Mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen unterscheidet sich das kollektive Bewusstsein in den neuen und den alten Bundesländern erheblich aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Das rechtfertigt in keiner Weise Ausschreitungen in einzelnen Regionen Deutschlands gegen Menschen, die aus größter Not hierher geflüchtet sind. Es macht aber einmal mehr deutlich, dass Menschenrechtsbildung unterschiedliche Ansätze braucht, um die notwendige Bewusstseinsbildung differenziert ermöglichen zu können.

Jugendsozialarbeit hat sowohl die Chance als auch den konkreten anwaltschaftlichen Auftrag, neben formaler Beratung und individueller Begleitung einen Beitrag zu leisten zur Förderung aller Prozesse, die nötig sind, um gegenseitiges Verstehen zu ermöglichen – und damit die Basis zu schaffen für Anerkennung, Akzeptanz, gelingende Integration und auf lange Sicht Inklusion. //

Die Autorin:

Christine Lohn ist Referentin für Jugendhilfe in Schule bei der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. E-Mail: [christine.lohn@diakonie.de](mailto:christine.lohn@diakonie.de)



Informationen zu den Aktivitäten  
des Kooperationsverbundes  
Jugendsozialarbeit finden Sie unter  
[www.jugendsozialarbeit.de/junge\\_fluechtlinge](http://www.jugendsozialarbeit.de/junge_fluechtlinge)

# Nirgendwo erwünscht.

Anna Traub

**M**ax Matter: Nirgendwo erwünscht. Zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten. Schwalbach 2015.

58.000 EU-Zuwanderer/-innen netto im Jahr 2011! Davon 10 bis 15 Prozent sogenannte Armutszuwanderer/-innen, also nicht gut oder sehr gut qualifiziert. Fast drollig wirken ange-

sichts der aktuellen Flüchtlingszahlen die Fakten, die Anfang 2013 die Republik in Alarmstimmung versetzten. In Deutschland war und ist die Debatte dennoch geprägt von Schlagworten wie „Asylmissbrauch“, „Missbrauch der EU-Freizügigkeiten“, „Armutszuwanderung“, „Schreckenshäuser“ usw.

Mit Max Matters „Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über Zuwanderung aus Südosteuropa“<sup>1</sup> startet der Rat für Migration<sup>2</sup> eine neue Publikationsreihe. Detail- und kenntnis-

---

reich trägt Matter die Fakten und Diskurse zur Situation der Roma(-Minderheiten) im Europa der vergangenen Jahrzehnte zusammen. Dass im Zuge der Transformation ehemaliger Ostblockstaaten ca. die Hälfte aller Menschen und darunter fast alle Angehörigen der jeweiligen Roma-Minderheiten ihre Arbeitsplätze verloren, dürfte vielen bekannt sein. Wer aber erinnert sich noch daran, dass 1994 das junge Tschechien mit seiner Staatsbürgerschaftsreform unter massiver internationaler Kritik einen großen Teil seiner Roma-Minderheit faktisch ausbürgerte und zu Staatenlosen ohne Aufenthaltsgenehmigung und Sozialleistungsansprüche machte?<sup>3</sup> Dass in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre tschechische Roma in Großbritannien, Kanada und den USA als Flüchtlinge aufgenommen wurden, auch aufgrund massiver rechtsextrimer Gewalt und fehlendem Schutz durch die Polizei?<sup>4</sup> Dass es in der benachbarten Slowakei nach einer Steuer- und Sozialleistungsreform 2004 zu wahrhaftigen Hungerrevolten unter den Roma kam, gegen die die Polizei Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer einsetzte?<sup>5</sup>

Detailliert setzt sich Matter mit Fortschritten und Rückfällen der Roma-Inklusion in Osteuropa – auch vor dem Hintergrund regionaler politischer Gegebenheiten – auseinander und nimmt Bezug auf zahlreiche Studien. Den – auch von EU und Europarat verwendeten – Begriff einer europäischen Minderheit lehnt er ab und stellt stattdessen heraus, wie jeweils im konkreten lokalen Kontext Selbst- und Fremdwahrnehmung als ethnisches „Wir“ bzw. „Ihr“ durch die Zuschreibung weniger trennender bzw. verbindender Merkmale entsteht. Er bezieht hierbei auch die Ergebnisse der Vorurteilsforschung ein und setzt sich andererseits intensiv mit den Grundlagen der (u.a. von Norbert Mappes-Niedieck in den Raum gestellten) These auseinander, viele als romantypisch angesehene Verhaltensweisen seien schlicht als Anpassung an eine Situation extremer Armut und Perspektivlosigkeit zu verstehen.<sup>6</sup>

Im Jahr 2015 endet die von Weltbank, EU und weiteren Sponsoren finanzierte und durch eine gemeinsame Erklärung von derzeit zwölf europäischen Staaten<sup>7</sup> getragene Dekade der Roma-Integration. Der Autor zeichnet die Entstehung und den Verlauf verschiedener europäischer und internationaler Initiativen zur Verbesserung der Situation der europäischen Roma-Minderheiten nach (Dekade der Roma-Integration, EU-Rahmen zu nationalen Romastrategien, Programm DOSTA des Europarates). Er dokumentiert die Kritik an den betreffenden

Programmen, mögliche Gründe für deren weitgehende Erfolglosigkeit sowie deren Weiterentwicklung.<sup>8</sup> Genannt werden u. a. die mangelhafte Beteiligung bestehender Selbstorganisationen bei der Planung und Auswertung von Maßnahmen, die Entstehung und Einbindung neuer „Selbstorganisationen“ allein zum Zweck der Durchführung von Maßnahmen sowie wie im Fall Ungarns der regelrechte Missbrauch angeblicher Integrationsmaßnahmen zur rassistischen Schikane und Demütigung.<sup>9</sup>

Insgesamt sieht der Autor Defizite eher im fehlenden politischen Willen zu einer sinnvollen und systematischen Umsetzung als in den Programmstrukturen selbst. Das gilt auch für Deutschland: Hier befasst sich Matter mit dem Engagement der Bundesregierung für Sinti und Roma in Deutschland sowie für die europäischen Roma-Minderheiten. So beschreibt der Band konkret die Antworten der Bundesregierung auf verschiedene große und kleine Anfragen der Opposition und stellt die Fortschrittsberichte der Bundesregierung zum EU-Rahmen für nationale Strategien zur Roma-Integration vor. Insbesondere wird der Ergänzungsbericht von Roma-Verbänden und Experten/-innen zum ersten Bericht der Bundesregierung 2011 in Bezug auf eine (aus Sicht der Bundesregierung nicht nötige) nationale Roma-Strategie ausführlich dargestellt. Dass die Bundesregierung damals so hemdsärmelig mit der immer noch massiven Benachteiligung der deutschen Sinti- und Roma-Minderheit, den zumindest punktuell erdrückenden Problemen von Städten und Gemeinden mit Armutszuwanderung und der extremen Not der betroffenen Menschen umging, führte zu massivem und dezidiertem Widerspruch der Zivilgesellschaft – und hatte den Alarmruf des Deutschen Städtetages u. a. erst zur Folge. Matter beschreibt Fortschritte und Initiativen der Folgejahre: Die Unterstützung der betroffenen Kommunen durch den Bund, die Gründung des Bundesweiten Arbeitskreises zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolges junger Sinti und Roma, das vom BMFSFJ geförderte Projekt MigoVITA usw. Er zeigt aber auch – u. a. am Beispiel der derzeit schlechten personellen Ausstattung der im EU-Rahmen empfohlenen nationalen Kontaktstelle<sup>10</sup> für Information, Kooperation und Evaluation in Roma-Fragen –, wie der Bund die Möglichkeit zur Entwicklung koordinierter und evaluierter Strategien in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ungenutzt lässt.

Beginnend mit den allerersten, als „Roma-Migration“ wahrgenommenen vorübergehenden Zuzügen in einzelne Ruhr-

# „Die Anerkennungsrate sinkt – Gewalt und Diskriminierung setzen sich fort.“

gebietsstädte in den Jahren 2007 und 2008 schildert Matter, wie Polizei, Lokalmedien und Nachbarn/-innen – geprägt von Abwehrgefühlen gegenüber den vermeintlich wenig zivilisierten „neuen Nachbarn/-innen“ – reagierten. Erst ab 2010 sei nach und nach deutlich geworden, dass eine Verdrängung der Einwanderer/-innen nicht mehr möglich und eine Problemlösung nur auf dem Wege der Integration zu haben sei. Wenngleich sich das betreffende Kapitel streckenweise wie aus Protokollen und Sachstandsberichten zusammenkopiert liest: Es ist eines der interessantesten und lehrreichsten des Bandes, gerade weil es so konkret und detailreich die Entwicklung verschiedener Stadtteile Duisburgs beschreibt – von den ersten Alarmrufen über runde Tische, öffentliche Diskurse, Berichterstattung, Wahrheiten und falschen Behauptungen bis hin zu Konkurrenzen, Demonstrationen, Gegendemonstrationen, Beratungsprojekten und Willkommensklassen.

Abschließend wird der Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung um Sozialleistungsansprüche arbeitssuchender EU-Bürger/-innen dargestellt: Weil strittig war, ob die deutsche Bestimmung, arbeitssuchenden EU-Bürgern/-innen grundsätzlich kein Arbeitslosengeld II auszuzahlen, gegen EU-Recht verstößt, sprachen Sozialgerichte im Widerspruchsverfahren gegen Entscheidungen des Jobcenters dieses in der Regel zu, und Landessozialgerichte bestätigten häufig den Sozialleistungsanspruch. Inzwischen hat nun aber der Europäische Gerichtshof die deutsche Regelung für EU-Rechtskonform erklärt. Es steht zu befürchten, dass die Zahl der Menschen, die ohne jegliche soziale Absicherung unter uns ihr Leben fristen, nach diesem für die Betroffenen ungünstigen Urteil wieder merklich zunimmt. Ob das Urteil auch dazu führen wird, dass die Zahl der Aufstocker/-innen zunimmt und weniger am Arbeitsmarkt gänzlich chancenlose EU-Bürger/-innen nach Deutschland kommen, muss sich in den nächsten Jahren zeigen. Gerade für junge Menschen dürfte es schwierig werden, als EU-Bürger/-innen in Deutschland eine Arbeit oder Ausbildung zu finden, da immer noch viele ausbildungsfördernde Maßnahmen an einen Hartz-IV-Anspruch gebunden sind.

In Bezug auf Flucht und Asyl stellt der Autor dar, dass in den Jahren nach 1990 immer wieder Roma aus dem östlichen Europa als Flüchtlinge anerkannt wurden, im Lauf der Jahre aber die Anerkennungsraten kontinuierlich sanken, obwohl sich Gewalt und Diskriminierung teilweise sogar verschlimmerten. //

Die Autorin:

Anna Traub koordiniert das Nachbarschaftszentrum sowie die Notunterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge des DRK-Kreisverbandes Wedding/Prenzlauer Berg e. V. E-Mail: [anna.traub@gmx.de](mailto:anna.traub@gmx.de)

## NACHGEFRAGT

DREIZEHN: „Derzeit sind es wieder die Menschen aus Südosteuropa, die unter den Flüchtlingen als ‚nicht erwünscht‘ gelten – unter ihnen manche, die als geduldete ehemalige Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland aufgewachsen sind. Junge Menschen haben Jahre oder Jahrzehnte in Deutschland verbracht, oft in Gemeinschaftsunterkünften. Warum verlieren Sie in Ihrem Buch so wenige Worte über diese Gruppe?“

Max Matter: „Es handelt sich bei einem Teil der Zuwandernden aus dem Westbalkan tatsächlich auch um Roma. Zum Zeitpunkt, als ich an dem Buch gearbeitet habe (2013 und 2014), stellte sich die Situation noch nicht so dramatisch dar wie dann danach bzw. heute. Aus den ehemaligen Bürgerkriegsgebieten des zerfallenen Jugoslawiens waren gerade auch Roma – die zwischen die Fronten der eigentlichen Kriegsparteien geraten waren – nach Deutschland gekommen. Ein Teil von ihnen ist inzwischen in Deutschland gut integriert. Ein anderer Teil lebt immer noch ohne Aufenthaltstitel in Unsicherheit hier. In Bezug auf diese Menschen ist zwar einiges getan worden (Altfallregelungen), doch fällt es in der Tat schwer zu akzeptieren, dass Menschen, die schon sehr lange hier leben bzw. die hier aufgewachsen und mit dem Leben in Deutschland vertraut sind, abgeschoben wurden und werden, wenn gleichzeitig die Rede davon ist, dass der deutschen Wirtschaft Arbeitskräfte fehlen. Mein Buch bezieht sich zwar auf Roma allgemein, der Schwerpunkt liegt aber doch auf den Zuwandernden aus den EU-2-Ländern deren Bürgerinnen und Bürger Rechtsansprüche aus den EU-Verträgen haben.“

DREIZEHN: „Zehn Jahre Roma-Dekade, ohne dass sich in der Breite etwas verbessert hat in irgendeinem osteuropäischen Land – was macht Sie so sicher, dass in Projekten und Strategien noch mehr auf Empowerment und Diskriminierungsschutz geachtet werden muss? Sind diese Ansätze nicht gescheitert und wäre nicht – trotz oder gerade wegen der allgegenwärtigen Diskriminierung – von schlichter und konsequenter Armuts- und Konjunkturpolitik mehr zu erwarten?“

Matter: „Ohne eine Verbesserung der Verhältnisse zwischen Mehrheiten und Minderheiten wird sich die Lage der Roma nie wirklich positiver gestalten lassen. Politik und Verwaltung können es sich nicht erlauben, gegen den Willen der Mehrheitsbevölkerung Programme für Roma durchzuführen. Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung auf Seiten der Mehrheit und Stärkung des Selbstwerts der Minderheiten scheinen mir hier sehr wichtig zu sein. Das heißt nicht, dass nicht auch eine gezielte Armutsbekämpfung erfolgen muss.“

Die Fragen stellte Anna Traub.

---

Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Matter (2015), S. 23.
- <sup>2</sup> Der Rat für Migration ist ein 1998 zur kritischen und öffentlichen Begleitung von Migrationspolitik und Migrationsberichterstattung gegründeter bundesweiter interdisziplinärer Zusammenschluss von Wissenschaftlern/-innen.
- <sup>3</sup> Die meisten tschechischen Roma waren aus dem slowakischen Teil der damaligen Tschechoslowakei zugewandert, galten somit aus der Sicht des jungen Tschechien als Slowaken und konnten die tschechische Staatsbürgerschaft oder eine Aufenthaltserlaubnis als Ausländer/-innen nur unter bestimmten, für viele Roma unrealistischen Bedingungen erhalten (völlige Straffreiheit, auch Bagatelldelikte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) (Matter (2015), S. 79).
- <sup>4</sup> Nachdem aber die Antragszahlen um die Jahrtausendwende zu hoch wurden, übten u. a. Kanada und Großbritannien massiven Druck auf die tschechische Regierung aus, die Chancen auf Asyl als aussichtslos darzustellen. Zeitweise überprüften sogar britische Beamte/-innen auf dem Prager Flughafen(!) Reisende auf Rückfahrkarten und wiesen sie ggf. zurück (ebenda).
- <sup>5</sup> Ebda, S. 87; zu den in diesem Zusammenhang stattgefundenen Lebensmittelplünderungen wurde von rechtsbürgerlichen Kreisen verbreitet, es sei den Plündernden vor allem um Alkohol und Zigaretten, nicht um Grundnahrungsmittel gegangen; im Übrigen kommt auch Matter wie schon 2012 Mappes-Niedeck zu der Feststellung, dass gerade die bitterärmsten Roma in der Ostslowakei in erstaunlich geringem Maße migrieren; dass also für eine Migrationsentscheidung ein gewisses Maß an Ressourcen und Lebensperspektiven Voraussetzung zu sein scheint.
- <sup>6</sup> Insbesondere bezieht er sich hier auf die Forschungen von Oscar Lewis (u. a. „The culture of poverty, Columbus 1964), die er in erstaunlichem Maß mit den Beschreibungen der „Armutmerkmale“, z. B. rumänischer Roma, kongruent sieht (Matter (2015), S. 191). Er setzt sich aber auch mit der Kritik und Fortentwicklung dieses Konzeptes in der aktuellen Armutsforschung auseinander (ebd., S. 192).
- <sup>7</sup> Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Ungarn, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, die Slowakei und Spanien – der Vorsitz wechselt jährlich.
- <sup>8</sup> Insbesondere für Akteure der Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit, die finanziert aus diesen Programmen an diversen Austausch- und „Empowerment“-Aktionen teilnehmen, dürfte diese Einordnung von Interesse sein.
- <sup>9</sup> Abschlussbericht des letzten Ombudsmanns für Minderheitenrechte 2011, S. 100. Das Amt wurde inzwischen, wie zahlreiche andere Einrichtungen des Minderheitenschutzes, abgeschafft.
- <sup>10</sup> Als nationale Kontaktstelle wurde ohne Ressourcenaufstockung das Referat M II 4 (nationale Minderheiten, Regional-sprachen und Europäische Minderheitenpolitik) eingesetzt.

---

## Impressum

DREIZEHN

Zeitschrift für Jugendsozialarbeit  
Ausgabe 14/2015, 8. Jahrgang  
ISSN 1867-0571

Herausgeber:

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit  
(Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft  
Katholische Jugendsozialarbeit e. V.)  
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin  
Tel.: 030 288 78 95-38  
Fax: 030 288 78 95-5  
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de  
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.:

Doris Beneke (Sprecherin Kooperations-  
verbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:

Annika Koch (ak), Andrea Pingel (ap)  
Mitarbeit für Ausgabe 14: Katja Albrecht,  
Birgit Beierling, Doris Beneke,  
Rüdiger Fritz, Achim Wieghardt,  
Gisela Würfel

Redaktionsbeirat:

Wolfgang Barth, Birgit Beierling,  
Doris Beneke, Rüdiger Fritz,

Ulrike Hestermann, Judith Jünger,  
Michael Kroll, Dr. Thomas Pudelko,  
Uwe Strothmann, Petra Tabakovic,  
Dr. Oliver Trisch, Klaus Umbach,  
Klaus Wagner, Angela Werner,  
Achim Wieghardt, Gisela Würfel

Grafisches Konzept, Layout und Satz:  
Anja Zemlin – HELDISCH.com, Berlin

Korrektorat:

Tom Seidel – The Proofreaders, Brighton



Fotonachweis:

Titel: S. 4, 5: photocase.de  
 S. 8, 10, 16, 25, 27, 35, 36, 42, 44:  
 HELDISCH.com, Berlin  
 S. 15: photocase.de  
 S. 20: iStock  
 S. 30: photocase.de  
 S. 40: Kristin Haug  
 S. 46: DRK-Kreisverband Aalen  
 S. 48: shutterstock.de  
 S. 51: photocase.de

Karikatur S. 55: Thomas Plaßmann

Druck:

BLOCH & Co

Beiträge von Autoren/-innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

#### KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Chausseestraße 128/129 | 10115 Berlin

Tel. 030 288 78 95-38 | Fax 030 288 78 95-5

[kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de](mailto:kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de)

[www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de)

 [www.facebook.com/KVJugendsozialarbeit](https://www.facebook.com/KVJugendsozialarbeit)

